7. JAHRGANG 6. März 1931 NUMMER 10

Magazin der Wirtschaft

EINE WOCHENSCHRIFT

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

Inhalt

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1 M / VIERTELJÄHRLICH 12 M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS" NEUE FOLGE

7. JAHRGANG — BERLIN, 6. MÄRZ 1931 — NUMMER 10

Baukrise — Ursachen und Symptome

Das Baugewerbe steht am Beginn einer Sonderkrise. In rascher Aufeinanderfolge sind einige Großfirmen zusammengebrochen. Diese Baukrise ist nicht nur auf die Wirkungen des Konjunkturrückgangs und auf die Drosselung des Wohnungsbaus zurückzuführen, sondern zum großen Teil auch auf die Übersetzung des Baugewerbes, auf Mängel der Zwischenfinanzierung, Fehler der Kalkulation und falsche Einschätzung der hohen Risiken, die auf dem Baugeschäft, insbesondere beim Wohnungsbau, lasten.

Im Baugewerbe kriselt es. Dem Betrachter der Aktienmärkte bezeichnen die Fälle Industriebau, Emil Heinicke und Magdeburger Baubank den Weg dieser Krise, der Kenner der Branche kann zahlreiche andere Zusammenbrüche aufzählen, die sich während der letzten Monate ereignet haben. Und es hat den Anschein, als ob wir uns erst am Beginn der Krise befänden, als ob diese erst in der nächsten Zeit mit voller Wucht das Baugewerbe treffen würde.

Die Baukrise böte keine besonderen Probleme, wenn es sich hier nur um einen Teilausschnitt der allgemeinen Depression handelte, die auf der deutschen Wirtschaft lastet. Das ist aber nicht der Fall. Wir stehen im Baugewerbe am *Beginn einer Sonderkrise,* die sich nur zum geringeren Teil aus der — natürlich von der allgemeinen Konjunktur beeinflußten — Schrumpfung der Bauproduktion erklären läßt. Das Bauvolumen hat sich zwar im Jahre 1930 gegenüber den beiden Vorjahren beträchtlich vermindert, nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung von rund 8,9 Milliarden auf 7,1 Milliarden RM. Weit stärker als der Umfang der Bauvollendungen sank der Auftragszugang, und für das neue Jahr ist auf allen Gebieten der Bauproduktion ein weiterer Rückgang zu erwarten. Dem Wohnungsbau ist ein großer Teil der öffentlichen Mittel, aus denen er bisher gespeist wurde, entzogen worden; der gewerbliche Bau zeigt bereits seit 1928, seit dem Abschluß der Rationalisierungsperiode, rückläufige Tendenz und ist im neuen Jahr völlig ins Stocken geraten; der öffentliche Bau hat infolge der Finanznot der öffentlichen Körperschaften eine starke Drosselung erfahren. Es ist erklärlich, daß diese Einschränkungen der Bautätigkeit für das Baugewerbe schwerwiegende Folgen nach sich ziehen mußten. Dennoch ist die gegenwärtige Krise nicht nur auf den Rückgang der Beschäftigung zurückzuführen, sondern zum großen Teil auch auf die eigenartigen Bedingungen, unter denen das Baugewerbe arbeitet, und auf die besondere Entwicklung, die es während der letzten Jahre genommen hat.

Diese Entwicklung war ungesund. Von der großen Reinigungskrise, die fast alle anderen Zweige der deutschen Wirtschaft während der Jahre 1925/26 erfaßte, war das Baugewerbe verschont geblieben. Freilich hatte es während der Inflation auch nicht die ungeheure Aufblähung erfahren, die bei den anderen Wirtschaftszweigen eine Bereinigung notwendig machte. Die Zahl der Baubetriebe und der beschäftigten Arbeitnehmer hat sich von 1907 bis 1925 nur um etwa 5 % erhöht. Die meisten anderen Branchen sind während dieser Zeitspanne weit stärker gewachsen. Erst im Jahre 1925 — gerade als in den anderen Wirtschaftszweigen die Reinigungskrise einsetzte — begann im Baugewerbe der große Aufschwung, der nicht zum wenigsten durch das Hereinströmen von Auslandskapital gefördert wurde. Es galt auf allen Gebieten der Bauwirtschaft, das während des Jahrzehnts 1914/1924 Versäumte nachzuholen. Im gewerblichen Bau setzte die Sonderkonjunktur der Rationalisierung ein, die öffentlichen Körperschaften entwickelten eine für das Baugewerbe sehr nutzbringende Aktivität, im Wohnungsbau, dessen jährlicher Produktionswert während der Inflation auf wenige hundert Millionen zusammengeschrumpft war, wurden von Jahr zu Jahr steigende Anstrengungen zur Überwindung der Wohnungsnot gemacht.

Wert der baugewerblichen Produktion[1])

(Mill. RM)	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Wohnungsbau	1,10	1.85	2.10	2.90	3.20	3,50	3.00
Gewerblicher Bau	1,23	2.16	1,84	2.53	2.99	2.70	2.40
Öffentlicher Bau[2])	1,11	1.81	1,85	2.38	2,72	2,70	1.70
Zusammen	3,44	5,82	5,79	7,81	8,91	8,90	7,10

[1]) Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung. Neubau und Unterhaltung. — [2]) Einschl. des gesamten Tiefbaus, von dem ein kleiner Teil auch auf den gewerblichen Bau entfällt.

Ein Bild von der Wirkung des binnen weniger Jahre rapide wachsenden Bauvolumens auf das Baugewerbe vermitteln die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbeamten. Sie geben zwar nur die Zahl der Betriebe und Arbeitnehmer für die mittleren und die Großbetriebe an; deren Bewegung kann aber doch als für das ganze Baugewerbe repräsentativ betrachtet werden.

Groß- und Mittelbetriebe im Baugewerbe

Anzahl[1])	1926	1927	1928	1929
Groß- u. Mittelbetriebe	26 098	31 129	32 964	33 831
davon Großbetriebe[2])	2 509	3 782	3 960	3 880
Arbeitnehmer	604 807	841 544	885 276	893 837

[1]) Betriebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern; nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. — [2]) Mit 50 und mehr Arbeitnehmern.

Die günstige Baukonjunktur hat also von 1926 bis 1929 zu einer Vermehrung der Baubetriebe um 30 %, der beschäftigten Arbeitnehmer um etwa 48 % und zu einer Erhöhung der Zahl der Großbetriebe gar um über 50 % geführt. Mit dieser Entwicklung steht das Baugewerbe unter allen deutschen Industriezweigen einzig da.

Die Insolvenzwelle, die sich jetzt im Baugewerbe bemerkbar macht, ist demnach die Begleiterscheinung einer *Reinigungskrise*, die sich hier vollzieht. Das ständig wachsende Bauvolumen der Jahre 1926/29 hat aber nicht nur die Zahl der Baubetriebe in ungesundem Maße erhöht, sondern auch die Geschäftsführung der Unternehmer in merkwürdiger Weise beeinflußt. *Der Hauptkrisenherd des Baugewerbes ist der Wohnungsbau.* Hier lag seit 1927 eine besonders stürmische Entwicklung vor, und man hat sich vielfach so eingerichtet, als ob diese Entwicklung unbegrenzt weiterlaufen würde. Die Löcher, die sich da und dort auftaten, glaubte man am besten durch Erhöhung des Umsatzes, durch Expansion zu stopfen. Fehlgeschäfte wollte man durch Ausführung neuer großzügiger Projekte wettmachen, bei denen dann nicht mit genügender Vorsicht verfahren wurde. Anzahlungen auf neu gewonnene Bauaufträge mußten dazu dienen, Verpflichtungen für bereits fertiggestellte Bauten zu decken — für Bauten, deren Auftraggeber womöglich aus den mannigfachsten Gründen zur Zahlung nicht bereit oder fähig waren. Bei diesem System kann unter den Umständen, wie sie im letzten Jahr eintraten: rückgängiger Umsatz und Schwierigkeit der Kreditbeschaffung, der leiseste Anstoß genügen, um das ganze Gebäude zu Fall zu bringen.

Wohl in keinem Industriezweig wird so *ungenau kalkuliert* wie im Baugewerbe. Es fehlt häufig sowohl an einer genauen Vorkalkulation wie an einer sorgfältigen Nachprüfung des Kostenanschlags. Große Objekte werden zuweilen in Angriff genommen, ohne daß überhaupt verbindliche Abmachungen über den Preis vorliegen, nachträgliche Änderungen des Projekts führen zu Überschreitungen des Kostenanschlags. Beanstandungen bei der Abrechnung sind dann an der Tagesordnung. Bei den Insolvenzen Magdeburger Bau und Carl Koerner konnte man einen Einblick in das Ausmaß dieser Beanstandungen gewinnen, deren Folgen langwierige Schiedsgerichtsverfahren und Prozesse sind; ehe diese zur Entscheidung kommen, kann unter Umständen das Ausbleiben der erwarteten Zahlungen den Zusammenbruch herbeiführen. Dazu kommen noch die zahlreichen, für mehr oder minder dunkle Zwecke bestimmten „Nebenspesen", die im Baugewerbe die Selbstkosten in unvorhersehbarer und unkalkulierbarer Weise belasten — ein besonders trübes Kapitel.

Die ohnehin wenig sorgfältige Kalkulation ist im letzten Jahr durch *wachsende Konkurrenz* vollends über den Haufen geworfen worden. Von dem verringerten Bauvolumen suchte jedes Unternehmen so viel wie möglich an sich zu reißen. Die Unterbietungen, die sich hieraus ergaben, waren nicht einmal immer für die Auftraggeber nützlich, denn sie führten in vielen Fällen zu Pfuschbauten, diese wieder zu Beanstandungen, Prozessen usw.

Gewiß können nicht alle Eigenheiten des Baugeschäfts, die sich dem kritischen Betrachter aufdrängen, dem Gewerbe als solchen zum Vorwurf gemacht werden. Es gibt eine große Zahl kleiner, mittlerer und großer Firmen, die sich von Fehlern, wie sie hier geschildert wurden, mit Erfolg freizuhalten suchen und die deshalb auch die gegenwärtige Krise überstehen werden. *Die innere Sanierung des Baugewerbes ist zum größten Teil ein Persönlichkeilsproblem.* Mehr noch als in anderen Industriezweigen überwiegt hier in der Leitung der Techniker mit seiner natürlichen Freude am großen Projekt. Es fehlt am Gegengewicht des vorsichtigen, kühl kalkulierenden Kaufmanns, es fehlt dem Techniker häufig an solider finanzieller Beratung. Die kaufmännische Führung ist stark mit spekulativen Elementen durchsetzt — zum Teil noch aus der vor dem Krieg üblichen Verbindung des Bauunternehmertums mit dem Terraingeschäft. Daran hat auch die zunehmende *Konzernbildung* im Baugewerbe vorläufig nichts geändert, denn wenn sie auch straffere und vielleicht auch sauberere Geschäftsmethoden mit sich bringt, so stellt sie doch neue schwierige Probleme. Das Filialsystem erschwert den Überblick. Eine unzureichende örtliche Bauleitung kann, wie der Fall Magdeburger Bau gezeigt hat, einen ganzen Konzern ins Wanken bringen (vgl. Nr. 8, S. 390). Regelmäßige Kontrolle ist durch die Natur des Geschäfts erschwert, das Revisionswesen noch wenig ausgebildet. Die endgültige Abrechnung großer Bauvorhaben nimmt oft Jahre in Anspruch, so daß sich das finanzielle Ergebnis nur schwer voraussehen läßt.

Das *Risiko* des Baugeschäfts war wegen des hohen Werts des einzelnen Objekts von jeher beträchtlich; durch die Gestaltung des Wohnungsbaus nach dem Kriege hat es sich noch erhöht. An die Stelle des früher normalen städtischen Mietzinshauses mit 10 bis 30 Wohnungen sind die großen Häuserblocks oder Reihensiedlungen getreten. Der Wert des einzelnen Objekts hat sich im Durchschnitt vervielfacht, und es ist durchaus kein Sonderfall, daß mittlere Baufirmen mit geringem Eigenkapital gleichzeitig mehrere Millionenobjekte ausführen. Kein Wunder, daß dann ein Fehlschlag auch nur bei *einem* Bauvorhaben die Existenz des ganzen Unternehmens gefährdet. Arbeitsgemeinschaften, wie sie neuerdings öfters gebildet werden, haben diesem Übel noch nicht steuern können.

Auf der anderen Seite hat sich die *Bonität der Auftraggeber* gegenüber der Vorkriegszeit kaum gebessert. Der spekulative, als Auftraggeber oft höchst gefährliche „Baulöwe" der Vorkriegszeit ist zwar fast vom Schauplatz verschwunden, auch der finanziell vielfach nicht genügend fundierte kleingewerbliche Hausbesitzer spielt keine Rolle mehr. Aber die „gemeinnützigen" Baugesellschaften (deren Gemeinnützigkeit meistens nur in der Beziehung zu einigen Stadtverordneten besteht), die Baugenossenschaften, die oft nur Aushängeschild reiner Erwerbsunterneh-

mungen sind, und die wenigen Einzelunternehmer, die gegenwärtig das Feld beherrschen, sind im Durchschnitt als Auftraggeber des Baugewerbes für den Wohnungsbau nicht „sicherer“ als jene. Auch heute ist die zu schmale Eigenkapitalbasis der meisten Bauherren die Crux des Baugewerbes. Sie könnte noch tragbar sein, wenn nicht auch die *Finanzierung mit Fremdkapital* so oft *problematisch* wäre.

Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen selbst große Bauvorhaben in Angriff genommen werden, ohne daß die endgültige Finanzierung durch Hypothekarkredit gesichert ist (Beispiel: der Fall „Schmargendorf“ bei der Industriebau Held & Francke AG). Man weiß nicht, ob hier die Leichtfertigkeit des Bauherrn oder die des Bauunternehmers größer ist; ohne Frage wird das überwiegende Risiko vom Unternehmer getragen. Es mag sein, daß an dem Ausbleiben des Hypothekarkredits zuweilen auch die Unzuverlässigkeit mancher Realkreditinstitute schuld ist; meistens ist es aber der Bauherr, der — ohne im Besitz verbindlicher Finanzierungszusagen zu sein — auf schnelles Bauen drängt und fast immer auch einen Unternehmer findet, der zu diesem riskanten Geschäft bereit ist.

Weit größer noch sind die *Mängel der Zwischenfinanzierung*, und es ist kennzeichnend, daß ein beträchtlicher Teil gerade der Großinsolvenzen der letzten Zeit auf diese Mängel zurückzuführen ist. Der regelrechte Hypothekarkredit wird erst ausgezahlt, wenn der Bau „schlüsselfertig“ ist. Bis dahin muß die Bauausführung kurzfristig finanziert werden. Hier tritt die schon von jeher als gewinnreich, aber auch als in höchstem Maße risikovoll bekannte Zwischenfinanzierung ein. Mit diesem Geschäftszweig befassen sich die verschiedensten Stellen. Zunächst finanzieren z. B. die meisten Sparkassen und ein Teil der Realkreditinstitute die von ihnen zur endgültigen Beleihung vorgesehenen Objekte auch kurzfristig. In den letzten Jahren hat die im Besitz des Reichs und anderer öffentlicher Körperschaften befindliche Deutsche Bau- und Bodenbank AG als Zwischenkreditinstitut zunehmende Bedeutung gewonnen. Daneben ist noch ein anderes Spezialinstitut, die Baukredit AG, zu nennen. Alle diese Stellen pflegen das Zwischenkreditgeschäft im allgemeinen mit Erfolg, denn sie können dank ihrer Spezialisierung oder dank des Apparats, der ihnen für das Hypothekengeschäft zur Verfügung steht, den Kreditnehmer, das Bauvorhaben und dessen Fortschreiten (die Zwischenkredite werden nach dem Stand des Baus ratenweise ausgezahlt) sachverständig kontrollieren. Dagegen haben z. B. die Großbanken, die sich diesem Geschäftszweig in den letzten Jahren in verstärktem Maße zuwandten — wegen der Stagnation auf anderen Gebieten und gelockt von den hohen Zinssätzen, die hier bewilligt werden —, bei der Baufinanzierung recht erhebliche Verluste erlitten. Noch problematischer ist das Zwischenfinanzierungsgeschäft, soweit es von jenen kleinen Geldvermittlern betrieben wird, deren Angebote man im „Immobilienmarkt“ jeder großen Tageszeitung lesen kann. Natürlich befassen sich gerade die soliden Kreditinstitute nur mit sorgfältig durchkalkulierten Projekten, deren endgültige Finanzierung völlig gesichert ist. Für die anderen bleiben nur mehr oder minder trübe Geldquellen übrig. In dieser Situation wird häufig der Bauunternehmer freiwillig oder unfreiwillig zum Zwischenkreditgeber, und mit der Übernahme dieser ihm fremden Funktion beginnt meistens sein Verderben. Die Grundlage der Zwischenfinanzierung ist der (entsprechend der Bauzeit mehrfach prolongierte) Wechselkredit. Bleibt die endgültige Hypothekarbeleihung aus, wird der Auftraggeber insolvent oder kommen Beanstandungen vor, so kann sich der Bauunternehmer Wechselverpflichtungen gegenübersehen, deren Höhe seine meistens sehr geringen flüssigen Mittel weit übersteigen. Im besten Fall wird er dann Hypothekengläubiger oder Hausbesitzer und legt so sein Kapital auf eine seinem Geschäft durchaus nicht gemäße Art fest. Aus solchen Fehlschlägen entspringt das krampfhafte Bemühen nach neuen Aufträgen — die ersten Bauraten sind eine Verlockung, der in dieser Lage nur wenige widerstehen können —, nach Aufträgen zu jedem Preis, die den Zusammenbruch eher beschleunigen als aufhalten. Leider ist trotz aller Anstrengungen, trotz Gründung der Bau- und Bodenbank usw. eine solide Fundierung des Zwischenkreditgeschäfts noch nicht in vollem Ausmaß gelungen.

Man hat oft für die Zeit um 1935 eine Baukrise prophezeit, weil sich von da an nach allen Berechnungen die abnehmende Zahl der Eheschließungen in einem katastrophalen Rückgang des Wohnungsbaus auswirken müsse. Tatsächlich ist die Baukrise früher ausgebrochen, nicht nur durch den Konjunkturrückgang und durch Eingriffe von außen (Drosselung des Wohnungsbaus), sondern auch infolge schwerer Fehler der Baufinanzierung und des Baugewerbes selbst. Es ist zu wünschen, daß diese Krise zu einer wirklichen Bereinigung führe, damit das Baugewerbe der schweren Zukunft, der es entgegensehen muß, gefestigt gegenübersteht. Noch kann niemand voraussehen, ob nicht später der Ausfall des Wohnungsbaus wettgemacht werden kann durch erhöhte Tätigkeit auf anderen Gebieten; diese Möglichkeit hängt letzten Endes von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Aber auch wenn man in dieser Hinsicht optimistische Erwartung hegt, wird sich das deutsche Baugewerbe für die Dauer auf ein Bauvolumen einrichten müssen, das wesentlich geringer ist als das der Sonderkonjunktur, deren es sich in den letzten Jahren erfreute. Wenn die gegenwärtige Baukrise eine rechtzeitige Einstellung auf die gewiß nicht rosige Zukunft bewirkt, so hat sie damit ihren Sinn erfüllt.

Protektionismus neben den Zöllen II

Von Karl Lange, geschäftsführendem Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten

Abgesehen von den administrativen Maßnahmen spielt im „Protektionismus neben den Zöllen" die stimmungsmäßige Propaganda für die Bevorzugung heimischer Waren eine außerordentlich wichtige Rolle. Sie führt, falls das heimische Erzeugnis nicht besser und billiger ist als das ausländische, zu einer unwirtschaftlichen Verlagerung der Produktion und ist darum ebenso abzulehnen wie die entgegengesetzte Neigung, das fremde Erzeugnis aus unbegründeter Ausländerei zu bevorzugen. Gerade die deutsche Wirtschaft hat ein besonderes Interesse daran, alle derartigen künstlichen Störungen der internationalen Arbeitsteilung abzulehnen.

Der Gefühlsprotektionismus

Gewiß hätten sich administrative Verfälschungen der Handelspolitik nicht durchsetzen lassen, wenn sich die öffentliche Meinung ein ausreichendes Maß von kritischer Unbestechlichkeit den Wirtschaftsvorgängen gegenüber bewahrt und stets beachtet hätte, daß der nationalen Wirtschaft das am besten dient, was der *Gesamtheit des Volkes* zum Vorteil gereicht, daß es also mehr im Interesse der Nation liegen kann, einzelne Waren, die im Inland nicht in gleicher Güte erzeugt werden können, aus dem Auslande im Austausch mit heimischen Produkten anderer Art zu beziehen, statt zugunsten einzelner Interessentengruppen durch Appell an das Gefühl oder durch Druck die Gesamtheit des Volkes zur Verwendung etwaiger minderwertiger Inlandswaren anzureizen oder zu zwingen.

Diese Voraussetzung lag jedoch nicht vor. Kein kritischer Blick für wirtschaftliche Wirklichkeit hinderte die Käufer fast aller Länder, in den Kreis chauvinistischer Ideen auch ihr wirtschaftliches Verhalten einzubeziehen, und kein Sinn für maßvolle Verantwortung gegenüber dem Wirtschaftsganzen hinderte manche Interessentengruppen, diese Eigenschaft der Käufer ihrem egoistischen Vorteil dienstbar zu machen. Es geschah vielmehr das Gegenteil: man mobilisierte chauvinistische Instinkte gegen die ökonomische Vernunft, und so entstand das Phänomen des *Gefühlsprotektionismus.*

Diese Art des Protektionismus ist ihrem Wesen nach dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht auf Eingriffen oder Vorschriften des Staates basiert, sondern daß sie an die *private, gefühlsmäßige Einstellung des einzelnen* appelliert. Man erzieht den Käufer zu einer Beurteilung der Waren nach ihrer Nationalität und weniger nach ihrer Qualität oder ihrer Preiswürdigkeit. Die Jahre nach dem Kriege boten der Entwicklung und Verbreitung des Gefühlsprotektionismus ein geeignetes Feld. In den neu geschaffenen Staaten fand die forcierte und kostspielige Industrialisierung der Wirtschaft ihre psychologische Voraussetzung in einem besonders starken und empfindlichen Nationalstolz, und zwar richteten sich derartige gefühlsprotektionistische Ressentiments besonders und vor allem *gegen Deutschland.* Die stellenweise künstlich genährte Fortdauer der Kriegspsychose, das Wiedererscheinen Deutschlands auf dem Weltmarkt, die Stimulierung des deutschen Exports durch die Inflation, der später einsetzende Zwang zu verstärktem Export als Folge der Reparationsverpflichtungen — all das ließ das deutsche Erzeugnis als Eindringling in den fremden Ländern erscheinen, dessen Qualität nicht bestritten, dessen Einfuhr trotz zollpolitischer Hindernisse nicht gesperrt werden konnte, das zu kaufen man aber aus nationalistischem Ressentiment ablehnte.

Diese latente Verfassung der breiten Massen konnte leicht ein sehr realer Faktor im Wirtschaftsvollzug werden, und zahlreiche Interessentengruppen ließen diese Möglichkeit einer Verstärkung des Protektionismus nicht ungenutzt.

Die schärfste Form des Gefühlsprotektionismus ist der *Boykott.* Sieht man von den Ursachen des Boykotts im Einzelfalle ab, so sind seine Wirkungen mit denen eines Verbots der Einfuhr aus bestimmten Ländern durchaus zu vergleichen. Der Boykott ist eine radikale und gefährliche Form des Wirtschaftskrieges, weil er mit Waffen aus dem Arsenal unkontrollierbarer Psychosen kämpft. Das Ende eines solchen Boykotts läßt sich außerdem schwerer dekretieren als sein Beginn; denn die psychologischen Spannungen werden auch durch handelspolitische Mittel nicht gelöst.

Der sich im Boykott in extremer Form äußernden Animosität gegen fremde Ware steht als gelinderes Mittel gegenüber die *Stimmungspropaganda für die Bevorzugung heimischer Ware.* Sie hat nicht eine ähnlich starke Erschwerung der Einfuhr im Gefolge wie der Boykott, sondern wirkt gemäßigter, etwa einer Zollerhöhung oder einer verwaltungsprotektionistischen Preisdifferenzierung entsprechend. Es ist aber außerordentlich schwer, die tatsächliche Wirkung einer solchen Propaganda für die Verwendung heimischer Erzeugnisse einigermaßen genau festzustellen. Bei stärkerer Vertiefung des Gefühlsprotektionismus entwickelt er sich aus einer anfangs freiwilligen Haltung des Käufers zu einem moralischen Druck auf den Käufer, der vom Boykott nicht mehr weit entfernt ist. Gesellschaftlicher und korporativer Zwang in den verschiedensten Schattierungen bestimmt den einzelnen oft genug auch gegen besseres Wissen zur Bevorzugung des heimischen Produkts.

In fast allen Ländern beschäftigen sich Interessentengruppen oder auch eigens gebildete Verbände

damit, die Bevölkerung von der Überlegenheit der heimischen Erzeugnisse zu überzeugen, und es ist merkwürdig, wie wenig in der Öffentlichkeit beachtet wird, *daß sich die gleichzeitig in vielen Ländern betriebene Propaganda „Kauft das heimische Erzeugnis" in ihrer Wirkung gegenseitig aufheben muß.*

In Dänemark herrscht unter dem Namen „Dansk Arbejde" eine Bewegung, die mit Nachdruck um die Fernhaltung fremder Ware, insbesondere der deutschen, vom dänischen Markte kämpft und von der dänischen Zollverwaltung ausgiebig in ihrer Tätigkeit unterstützt wird. In der *Schweiz* hat sich der Verein „Schweizer Woche e. V." in Bern die Aufgabe gestellt, für den Absatz schweizerischer Erzeugnisse im Lande durch Werbewochen, durch Plakatwerbung, Flugschriften, Vorträge usw. alle Schichten der Bevölkerung für den Kauf der schweizerischen Erzeugnisse zu gewinnen. In *England*, das von allen Ländern zuerst mit der Zwangsmarke „Made in Germany" einen heftigen, aber vergeblichen Versuch des Appells an das Gefühl gemacht hat, wurde 1926 das „Empire Marketing Board" gegründet, das mit außerordentlich umfassenden Mitteln den Absatz der britischen und der Empire-Erzeugnisse zu fördern sucht. Die im englischen Poststempel gegebene Mahnung „Buy British Goods" ist in aller Welt bekannt. Auch in *Deutschland* sind ähnliche Bestrebungen zu beobachten, die in der letzten Zeit durch die Krise der Landwirtschaft besonderen Auftrieb erfahren haben.

Das Beispiel *Frankreichs* zeigt vielleicht am deutlichsten die groteske Übersteigerung des Chauvinismus, deren der Gefühlsprotektionismus fähig ist. In Paris besteht ein „Service de la Propaganda", der wöchentlich eine Zeitschrift erscheinen läßt unter dem Titel: „L'animateur des Temps Nouveaux". Diese Zeitschrift ist ausgefüllt mit Argumenten, die für jeden, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge übersieht, schlechthin undiskutabel sind; soweit aber der Kampf dieses Organs gegen die ausländischen Waren der Rolle Deutschlands auf dem französischen Markt gilt, gewinnt er für Deutschland Interesse, nicht etwa wegen der zahllosen Verstiegenheiten in der Beweisführung, sondern wegen eines Tones, den man sonst nur noch bei obskuren Hetzblättern vorzufinden gewohnt ist. So wird z. B. gegen das deutsche Erzeugnis mit folgenden Argumenten Stimmung gemacht: „Eine Lehre, die Frankreich nichts genützt hat: der Krieg von 1914 war möglich dank dem Handel, den die Deutschen zuvor bei uns trieben. Schon vor dem Kriege versuchten einige aufgeklärte Geister auf folgenden Zusammenhang hinzuweisen: Die Deutschen hatten in unserem Handel eine bemerkenswerte Stellung inne. Mit dem Gewinn aus diesem Handel bezahlten sie die Steuern für die Kanonen, mit denen der Kaiser uns zu vernichten befahl." „Das Verderben kommt von Deutschland; gleich wie 1914, so kehren die Deutschen auch heute wieder: erst die Industrie, dann die Bomben!" „In Deutschland kaufen, heißt einen neuen Krieg vorbereiten. Französisches Geld den Deutschen geben, heißt Hitler und seinen Banden erlauben, den Krieg vorzubereiten... mit unserem Geld." Das ist der Geist der neuen Zeiten, zu denen das Organ des französischen Gefühlsprotektionismus animiert. Aber auch ein ernst zu nehmender, sich von derartigen Verstiegenheiten und Hetzen fern haltender Verband wie die „Fédération de la Mécanique", die Organisation der französischen Fertigindustrie, weist in einem Werbeblatt auf die zunehmende Passivierung des Außenhandels hin, um mit diesem ökonomisch unhaltbaren Argument zum Kauf französischer Maschinen aufzufordern.

Im allgemeinen tritt der Gefühlsprotektionismus fast immer da am stärksten hervor, wo ein Wirtschaftszweig seine internationale Konkurrenzfähigkeit verloren oder noch nicht gewonnen hat. Verschlagen Zölle nichts mehr, reizen die Preise nicht mehr, verliert die Qualität ihre Beweiskraft, so ist immerhin die Nationalität, sozusagen die *Rasse der Ware* das letzte Argument, das noch zu wirken verspricht. Dieser Übung, die zuerst in den Bezirken leistungsunfähiger Wirtschaftszweige entstand, bedienen sich neuerdings in wachsendem Maße auch solche Wirtschaftszweige, die dank ihren Leistungen und der Qualität ihrer Produkte bei ihrer Absatzwerbung an den wirtschaftlichen Verstand appellieren könnten und es nicht nötig hätten, sich nur hinter gefühlsmäßigen Argumenten zu verstecken.

Positive Möglichkeiten

Besteht auf der einen Seite die große Gefahr, daß der Gefühlsprotektionismus den Sinn der Masse für das wirtschaftlich Richtige trübt und ein ökonomisches Verhalten fördert, das, abgesehen von handelspolitischen Schwierigkeiten, bei breiterer Ausdehnung auch zur Schwächung der Wirtschaftlichkeit der Produktivkräfte des eigenen Landes zugunsten einzelner Interessentengruppen führen kann, so kann ihm doch innerhalb ganz bestimmter Grenzen die Berechtigung nicht bestritten werden. Die *Berechtigung des Gefühlsprotektionismus* ist vor allem da gegeben, wo es sich um die Bekämpfung jener Neigung handelt, das ausländische Produkt nur der ausländischen Herkunft halber vor dem einheimischen Erzeugnis zu bevorzugen. Verwirft man den Gefühlsprotektionismus, der die heimischen Erzeugnisse nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Nationalität bevorzugt, so muß man natürlich mit denselben Gründen gegen die umgekehrte Vorstellung kämpfen, das ausländische Produkt sei eo ipso das bessere. Die unberechtigte Bevorzugung ausländischer Ware, sei es im allgemeinen oder auf bestimmten einzelnen Gebieten, hat fast immer dieselbe wirtschaftsgeschichtliche Ursache: die angenommene Überlegenheit des Auslandes hat, meist infolge eines zeitlichen Vorsprungs des betreffenden Landes in der Entwicklung, tatsächlich einmal bestanden. Inzwischen ist dieser Vorsprung zwar vom eigenen Lande aufgeholt worden, der früher begründete Ruf der Überlegenheit des ausländischen Erzeugnisses sitzt aber so fest, daß er den Wegfall seiner Entstehungsursache überdauert.

So hatte die allgemeine, heute erfreulicherweise endlich fast überall überwundene Ausländerei, die jahrhundertelang geradezu als Nationalfehler der Deutschen galt, ihren wesentlichen Grund darin, daß gegenüber dem durch den Dreißigjährigen Krieg zerrütteten Deutschland, Frankreich und England etwa ein Jahrhundert lang auf fast allen Gebieten der Zivilisation und Kultur tatsächlich im Vorsprung waren. Auch nachdem Deutschland diesen Vorsprung, zuerst in Literatur und Wissenschaft, zuletzt in der gewerblichen Produktion, von der zweiten Hälfte des 18. bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überholt hatte, blieb doch der Ruf der Überlegenheit des Ausländischen auf manchen Gebieten wesentlich länger bestehen, als er in den Tatsachen begründet war. In der Fabrikation feiner Lederwaren z. B. hatte Mitte des 19. Jahrhunderts England zunächst einen unleugbaren Vorsprung, und infolgedessen erfreuten sich diese englischen Lederwaren, die das englische Wappen in Blindpressung als schmückendes Herkunftszeichen trugen, auf dem ganzen Kontinent beberechtigter Beliebtheit. Als sich dann in Deutschland die Lederwarenindustrie besonders in der Gegend von Offenbach entwickelte und den Vorsprung der englischen mehr als einholte, saß die Meinung von der Überlegenheit englischer Lederwaren doch noch so fest, daß lange Zeit hindurch deutsche Erzeugnisse, um im Wettbewerb bestehen zu können, den englischen Wappenstempel tragen mußten. Daß ausländische Werke die starke Neigung des Deutschen zur Ausländerei stellenweise auch heute noch als sicheren Faktor in ihre Absatzkalkulation einbeziehen, geht aus einer Bemerkung hervor, die in der „Times" vom 6. Oktober 1928 zu lesen war und folgenden Wortlaut hat:

> „Wenn eine englische Firma versuchen würde, typische deutsche Hüte in Deutschland zu verkaufen, so würde sie keinen Erfolg haben, denn ihre Preise würden bei weitem zu hoch sein. Aber wenn sie echt englische Hüte ausstellte, könnte sie 50—75 % mehr erzielen als für deutsche Hüte, nicht unbedingt weil die Qualität besser ist, sondern wegen des anderen Aussehens. Als Regel kann gelten, daß der deutsche Käufer gewöhnlich einen höheren Preis zahlt für alles, was er noch nie gesehen hat oder was ihm ausländischer Herkunft zu sein scheint. Er glaubt nicht gerade, daß das deutsche Erzeugnis minderwertig sei; aber Geschmack und gute Einkaufstradition sind ihm unbekannte Dinge."

Als Verstärkung eines unberechtigten Fortwirkens früherer Überlegenheit des Auslandes wirkt auf dem Gebiet der Produktionsmittel z. B. der Umstand, daß man sich an die ausländische Konstruktion gewöhnt hat und daß sich besonders Werkmeister und ähnliche Organe ungern und oft nur mit dem größten Widerstreben auf das noch so gute heimische Erzeugnis umstellen. Falls ein Betrieb von früher her ausschließlich ausländische Maschinen bestimmter Konstruktion laufen hat, kann natürlich ein Typenwechsel auch gewissen objektiven Schwierigkeiten begegnen; aber bei gutem Willen sind diese fast stets überwindbar.

In allen Fällen ist eine Beseitigung *unbegründeter Vorurteile* nicht nur berechtigt, sondern darüber hinaus erwünscht, weil mit einer Beseitigung unberechtigter Verlagerungen dem Prinzip vernünftigster Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft entsprochen wird. Auf diesem Gebiete liegen die Möglichkeiten und Aufgaben, die von Propagandaorganisationen etwa in der Art des „Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes" zu bewältigen sind. Daß auch im Auslande diese gesunde Anschauung wenigstens grundsätzlich Vertreter findet, geht hervor aus dem Beispiel Dänemarks, wo an die Aufforderung zum Kauf dänischer Waren ausdrücklich der Vorbehalt geknüpft wird: *Falls diese Waren nicht teurer und nicht schlechter sind als die ausländischen Erzeugnisse.* Allerdings hält sich die propagandistische Praxis Dänemarks, besonders Deutschland gegenüber, bedauerlicherweise oft nicht innerhalb der Schranken dieses vernünftigen Grundsatzes.

Die Behauptung, daß ein ausländisches Erzeugnis dem entsprechenden heimischen nur noch aus Vorurteil oder aus Trägheit vorgezogen werde, wird natürlich im einzelnen Falle durch eingehende und genaue Vergleichsversuche auf Qualität und Leistungsfähigkeit bewiesen werden müssen. Hier kann die *Zusammenarbeit* zwischen den beteiligten Verbänden der Erzeuger und Verbraucher fruchtbare Arbeit leisten. Die alte „Vereinigung zur Förderung des Gewerbefleißes" in Deutschland hat neuerdings die Absicht kundgetan, sich auf diesem Gebiet zu betätigen, und auch für Organisationen wie das *Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit* ließe sich hier eine ersprießliche Mitarbeit denken, die ebensowohl der Aufklärung der Käufer wie dem Fortschritt der Produktion selber dienen würde.

Ergebnis

Der *„Protektionismus neben den Zöllen"* bedeutet in der Vielgestaltigkeit seiner Methoden und seiner Anwendbarkeit besonders *für die deutsche Wirtschaft eine nicht zu unterschätzende Gefahr.* Kein Land kennt unter dem Einfluß seiner geographischen Lage, seiner wirtschaftlichen Struktur und nicht zuletzt auch unter dem Druck der Reparationen einen ähnlich starken Zwang zum Export, kein Land ist deshalb an der Beseitigung auch der hier behandelten Handelshemmnisse stärker interessiert als Deutschland. Deutschland kann es sich unmöglich gefallen lassen, daß sein in mühevoller Arbeit langer Jahre unter großen Opfern aller Beteiligten aufgebautes Handelsvertragssystem durch verwaltungsprotektionistische und gefühlsprotektionistische Machenschaften ausgehöhlt und um seine Wirksamkeit betrogen wird. Es muß gefordert werden, daß sich Deutschland auch auf diesem Gebiet zu einer *kraftvollen Wahrung seiner nationalen Belange* entschließt. Der Weg der Repressalien durch ähnliche falsche Maßnahmen des indirekten Protektionismus würde Deutschland bei seiner oben geschilderten Lage mehr Schaden als Nutzen bringen.

Darum wird ernsthaft die Frage zu prüfen sein, welche Mittel des internationalen Vertragsrechtes zur Bekämpfung des „Protektionismus neben den Zöllen"

anwendbar erscheinen. Die *Verlagerung der Handelspolitik* in die Bezirke der Administration und der Psychose zu unterbinden, rückt als handelspolitische Aufgabe der Zukunft immer stärker in den Vordergrund. Die zuständigen Organe des Völkerbundes und die Internationale Handelskammer haben mehrfach mit Entschiedenheit in diesem Sinne Stellung genommen, und diese Stellen trügen der Bedeutung der in Frage stehenden Probleme durchaus Rechnung, wenn sie ihren Kundgebungen auch wirklich Maßnahmen von konkreter Wirkung folgen lassen würden. Eine der wichtigsten derartigen Maßnahmen wäre zweifellos die, in den *allgemeinen Teil der Handelsverträge* Klauseln einzufügen, die gewisse Garantien auch gegen diese Formen des Protektionismus bieten. Die Erfolgsmöglichkeiten eines solchen Vorgehens sind gewiß nicht unbegrenzt, aber zweifellos wird sich eine ins Gewicht fallende Zurückdämmung des „Protektionismus hintenherum" erzielen lassen. Eine genaue Untersuchung dieses Fragenkomplexes ist jedenfalls höchst angebracht.

Will Deutschland diesen Weg beschreiten, auf den ihn sein Interesse weist und auf dem es ihm auch an internationaler Gefolgschaft keineswegs fehlen wird, so wird es allerdings auch für sein eigenes Verhalten entsprechende Konsequenzen ziehen müssen. Das wird ihm aber um so leichter fallen, als die deutsche Wirtschaft dabei *weit mehr zu gewinnen als zu verlieren* hat.

Kampf gegen die Doppelverdiener

Von Prof. Georg Bernhard

Um der Arbeitslosigkeit zu steuern, wird häufig vorgeschlagen, die „Doppelverdiener" aus den Betrieben auszuschalten. Man versteht unter Doppelverdienern einmal Personen, die neben einer staatlichen Pension Arbeitseinkommen beziehen. Der Verfasser hält es für gerechtfertigt, daß die Pension so lange nicht ausgezahlt wird, als der Arbeitsverdienst anhält. Eine zweite Kategorie Doppelverdiener stellen Familien dar, von denen mehrere Mitglieder Lohn oder Gehalt empfangen. Hier ist keineswegs die Entlassung zweckmäßig, sondern eine höhere Besteuerung.

In der politischen und wirtschaftlichen Agitation tauchen oft Schlagworte auf, die mit gleichsam magischer Gewalt alle Welt faszinieren und deren Wirkung unausrottbar scheint. Eines der modernsten dieser Schlagworte heißt „Doppelverdiener". Es ist begreiflich, daß man angesichts der ungewöhnlichen Not eines Millionenheers von Arbeitslosen nach jedem Erfolg versprechenden Linderungsmittel greift. Ist aber wirklich die Losung „Heraus mit den Doppelverdienern aus den Betrieben" ein Allheilmittel gegen das Elend der Erwerbslosigkeit?

Zunächst bestehen verschiedene Meinungen darüber, was denn eigentlich ein Doppelverdiener ist. Einmal versteht man darunter eine Person, die *neben einer Pension Arbeitsverdienst* bezieht. Unter den jetzigen Verhältnissen gehört dazu die große Zahl von Offizieren des alten Heeres, die zwangsweise aus einer Tätigkeit, die ein erheblicher Teil von ihnen liebte, gerissen wurden. Ihre Pensionierung erfolgte damals mit dem Wunsche, daß sich recht viele dieser teilweise doch noch sehr jungen Menschen mit Erfolg bürgerlichen Berufen zuwenden mögen. Glücklicherweise haben sich auch viele Tausende dieser Männer nach der Pensionierung nicht etwa als Agenten und Weinreisende betätigt, sondern sie haben wirklich umgesattelt, sogar noch einmal die Schulbank gedrückt, und sind heute ihrem Verhalten und ihrer Fachkenntnis nach nicht mehr von denen zu unterscheiden, die von Anfang an den kaufmännischen Beruf erlernten. Sie sind tatsächlich insofern günstiger gestellt als die übrigen kaufmännischen Angestellten, als die Pension, die man ihnen nicht mehr nehmen kann, sie vor der äußersten Sorge schützt. Es scheint mir deshalb die Forderung gerechtfertigt, daß ihnen in der jetzigen Notzeit *ihr Arbeitseinkommen* in vollem Umfang *auf die Pension angerechnet* wird. Wenn man den Grundsatz der Gerechtigkeit bis zum letzten durchführen wollte, so ließe sich natürlich auch dagegen sehr vieles einwenden. Denn dem Beamten sowohl wie dem Offizier wird die Pension vom Staat nicht geschenkt. Im Durchschnitt der Jahre und der Konjunkturen erhält der Beamte ein niedrigeres Gehalt als der Angestellte. Den Rest seines Gehalts zahlt der Staat gleichsam in eine Pensionskasse, der er später die Pensionszahlungen entnimmt, die also im Grunde eingespartes Gehalt bedeuten. Durch das Anstellungsverhältnis hat mithin der Beamte das Recht auf Pension erworben. Und dieses Recht auf Pension ist viel eher ein „wohlerworbenes" Recht, als viele andere sogenannte wohlerworbene Rechte, die man gegenwärtig in den Vordergrund rückt. Solange man also die Dinge rein privatrechtlich betrachtet, ist es ungerecht, dem Beamten unter irgendeinem Vorwande die Pension zu nehmen. Aber wenn man den weitergehenden und stärkeren Grundsatz der *sozialen* Gerechtigkeit und des Gemeinwohls anwendet, so liegt es zweifellos im öffentlichen Interesse begründet, den Beamten vor die Wahl zu stellen, entweder auf seine Privatbeschäftigung zu verzichten oder für die Dauer der Beschäftigung die Finanzen des Staats durch Verzicht auf seine Pension zu erleichtern. Er steht sich ja auch dann noch immer besser als andere Angestellte, denn wenn er seine Stellung verliert, bleibt ihm immer noch die Pension, die natürlich nur ruht und sofort wieder auflebt, wenn die Gründe für ihre vorübergehende Einbehaltung fortfallen.

Viel komplizierter liegen die Verhältnisse bei der anderen Kategorie von Doppelverdienern, auf die der Name eigentlich nicht ganz zutrifft, die aber eine viel erheblichere Rolle spielt. Typischer Fall dieser Art von Doppelverdienern, die immer nur gekoppelt auftreten können, sind *Ehemann und Ehefrau.* Die einzelne Person verdient gar nicht doppelt. Aber die Familie verfügt durch Arbeit beider Teile über doppelten Verdienst. Da scheint nichts einfacher als zu dekretieren: es darf nur noch ein Gatte arbeiten, der andere hat einem Arbeitslosen Platz zu machen. Vom Standpunkt des Arbeitslosen aus scheint diese Forderung sehr gerecht zu sein. Man braucht aber nur etwas näher hinzusehen, um zu erkennen, daß sie in Wirklichkeit höchst ungerecht ist. Die Familie besteht ja nicht bloß aus den Gatten. Sie ergänzt sich bei älteren Ehepaaren durch die erwachsenen Söhne und Töchter, aber unter Umständen auch durch sonstige Verwandte, die nicht bloß im Hause wohnen, sondern auch zum Familienverband zählen und eventuell ein Recht auf Unterstützung geltend machen können. Die Familie und (besonders seit der Inflation) die Wohngemeinschaft mit mehreren Einkommensbeziehern ist besonders in der Großstadt typisch geworden. Konstruieren wir einen Fall, der, wenn auch vielleicht in anderer Zusammensetzung, in den Konsequenzen gar nicht ungewöhnlich ist: der Vater ist mittlerer Beamter, die Mutter Musiklehrerin, der eine Sohn Ingenieur, die eine Tochter Sekretärin bei einem Großkaufmann, der andere Sohn Handlungsgehilfe. In vielen Arbeiterfamilien ist in anderer sozialer Schichtung wahrscheinlich ein ähnliches Bild vorhanden. Darin liegt es ja gerade begründet, daß unsere Arbeitslosenstatistik durchaus nicht reine Elendsstatistik ist. Denn wenn in dem oben konstruierten Familienfall der eine Sohn arbeitslos ist, so kann er in seiner Familie noch erheblich behaglicher weiterleben, als vielleicht ein Arbeiter, der gegen kärglichen Lohn arbeitet. Wenn man nun vom Standpunkt der jetzt aufgestellten unerbittlichen Gerechtigkeit verfahren will, so muß man zunächst dem Sohn, der als Angestellter tätig ist, die Weiterarbeit verbieten, denn er ist genau in der Lage des Gatten eines doppelt verdienenden Ehepaars. Außerdem sind gegenwärtig unendlich viel Musiklehrerinnen brotlos, die ein Einkommen sicherlich viel nötiger haben als die Beamtengattin. Und selbst wenn man auch noch dem Ingenieur die Arbeit nähme, so blieben der fünfköpfigen Familie doch zwei Arbeitende erhalten, nämlich der pensionsberechtigte Vater und die Sekretärin. Wenn man konsequent sein will, so soll man es schon ganz sein. Weshalb sich nur an das kinderlose doppelverdienende Ehepaar halten?

Hier wird nun ein Teil des stimmungsmäßigen Gehalts offenbar, der der scheinbar so gerechten Forderung zugrundeliegt: Die *Abneigung gegen die arbeitende Frau,* eine Abneigung, die teils durch die Konkurrenz, teils durch gewisse Vorstellungen über Moral und Familienleben bedingt ist. Die Selbstverständlichkeit, mit der man die Frau heute noch als minderwertig behandelt, kommt besonders drastisch zum Vorschein bei der Stellungnahme gegenüber der verheirateten Beamtin. Es gibt auch eine Menge Menschen — sie sitzen zum großen Teil in den Behörden —, welche die Gleichberechtigung der Frau in der Arbeit nur anerkennen, solange sie nicht verheiratet ist. Wir erinnern an die Debatten, die der letzte Reichstag anläßlich des Beamtenabbaus und der Abfindungsfrage über diese Probleme geführt hat. Auch jetzt ist die Regierung aufgefordert worden, den verheirateten Beamtinnen nahezulegen, gegen Abfindung auf ihren Dienst zu verzichten.

Die Lehrerin war in der Kaiserzeit vor ein scheußliches Dilemma gestellt. Wenn sie nicht in des Wortes wahrster Bedeutung alte Jungfer werden wollte, so blieb ihr nur übrig, entweder auf den Lehrberuf zu verzichten oder unverheiratet zu lieben. In diesem Fall lief sie Gefahr, mit Schimpf und Schande aus dem Dienst gejagt zu werden. Heutzutage wäre vielleicht das Risiko nicht mehr so groß. Es fällt wohl völlig weg, wenn es sich nicht um *beamtete* Frauen handelt. Die Folge also: wer doppelt verdienen will, der lebe entweder im Konkubinat oder lasse sich, wenn er sich bereits voreilig trauen ließ, wieder scheiden. Allein der Hinweis auf diese Möglichkeit zeigt, wie schwer es wäre, in gerechter Weise gegen diese Art Doppelverdiener vorzugehen.

Bisher hat man es eigentlich als einen Fortschritt gegenüber der früheren Zeit betrachtet, daß heutzutage die jungen Menschen in der Eheschließung freier sind, weil jeder zu den Kosten des Haushaltes beitragen kann. Eine große Reihe von Ehen ist überhaupt nur unter dieser Voraussetzung möglich. Von dem so stark in den Vordergrund gestellten Gesichtspunkt der Rassenhygiene betrachtet, scheint es wirklich wünschenswerter, daß zwei arbeitskräftige und arbeitsfreudige Menschen eine Ehe schließen, als daß die Mitgift der Frau für die Wahl des Mannes bestimmend ist, wie das früher nur allzu oft der Fall war. Aber es scheint, daß diese Dinge gegenwärtig vollkommen vergessen sind. Man starrt allein auf das — natürlich sehr schwere — Arbeitslosenproblem.

Ähnlich verhält es sich mit der *Arbeitsethik.* Wieviel ist doch darüber gesprochen und geschrieben worden, daß die Arbeit nicht bloß wirtschaftliche Tätigkeit sei, sondern auch ethischen Wert habe. Handelte es sich nur darum, daß der Verdienst geschmälert würde, wenn der Mann oder die Frau die Arbeit einstellen, so lägen die Dinge viel einfacher. Aber es gibt schließlich Menschen, denen die Arbeit um ihrer selbst willen wert ist. Sie müssen und wollen arbeiten, auch abgesehen von materiellen Gesichtspunkten. Die Freude an der Arbeit tritt in der Regel um so stärker hervor, je gehobener die Tätigkeit ist. Die Beamtin, die Ärztin (man denke etwa an eine angestellte Ärztin), die kaufmännische Disponentin, auch die Sekretärin, sie lieben ihre Tätigkeit. Gut, dann soll ihnen die Arbeit belassen werden, und der Mann möge feiern. Abgesehen davon, daß bei ihm dieselben Voraussetzungen wirksam sein können, wie muß seelisch der Zustand auf ihn einwirken, daß er sich von seiner Frau ernähren lassen muß!

Zu alledem kommt, daß man nicht statistisch berechnen kann, wieviel Arbeitslosen man Beschäfti-

gung verschafft, wenn man die Entlassung anderer Personen, insbesondere arbeitender Frauen, veranlaßt. Hier handelt es sich doch nicht um fungible Werte, die gegeneinander ausgetauscht werden können. Man darf nicht vergessen, daß z. B. Frauenarbeit nicht immer durch Männerarbeit ersetzbar ist. Der größte Teil der berufstätigen Frauen ist in der Landwirtschaft tätig und außerdem auch in spezifisch weiblichen Berufen.

Daß diese Zusammenhänge so wenig beachtet werden, daß man das Menschliche, das auch im Wirtschaftlichen Achtung heischt, so wenig berücksichtigt, hängt mit dem Zuge unserer Zeit zusammen, alles zu nivellieren und in nummernmäßiger Reihenfolge zu erledigen. Der Arbeitsnachweis mit der Kartothek scheint immer noch das Ideal allzu vieler zu sein. Manche Leute scheinen sich einzureden, daß dies die wahre Demokratie oder echter Sozialismus sei. In Wirklichkeit hat es weder mit Demokratie, noch mit Sozialismus zu tun. Es ist nämlich nur Bürokratie. Vor einer Reihe von Jahren habe ich als Leiter der „Vossischen Zeitung" eine schnurrige Korrespondenz mit einer Behörde in München geführt. Es handelte sich darum, dem verstorbenen Sling, der als redaktioneller Vertreter des Blattes nach München gehen sollte, eine Wohnung zu verschaffen. Die Münchener schrieben, sie dächten gar nicht daran, ihm eine Wohnung zuzuweisen; auf dem Münchener Arbeitsnachweis seien genügend beschäftigungslose geistige Arbeiter vornotiert. Ich schrieb zurück, daß ich gern auf die Entsendung Slings verzichten und einen Korrespondenten vom Arbeitsnachweis beziehen würde, wenn mir die Münchener nachwiesen, daß der bayerische Landtag nach derselben Methode bei der Besetzung der bayerischen Ministerposten verführe. Sling bekam umgehend seine Wohnung.

Zum Schluß ein Vorschlag: Trotz aller Einwände liegt in den Bestrebungen, die Doppelverdiener auszuschalten, etwas gefühlsmäßig Verständliches. Man empfindet, daß in einer Zeit, wo so viele Menschen unter den materiellen und seelischen Folgen der Arbeitslosigkeit leiden, in manchen, vielleicht sogar in häufigen Fällen, diejenigen in unverhältnismäßig günstiger Lage sich befinden, in deren Familien mehrfacher Arbeitsertrag zusammenfließt. Aber muß, damit Unglücklichen geholfen wird, wirklich immer an anderer Stelle Unglück gestiftet werden? Wäre nicht ein System zweckmäßiger, das den Überfluß der einen zugunsten der Bedürftigen abschöpft? Man könnte verstehen, daß, da wir nun einmal die Institution der Bürgersteuer haben, von Familien, in deren Wohngemeinschaft mehrere arbeiten, ein gestaffelter Beitrag erhoben würde. Dabei kann man das Gesamteinkommen bis zu einer bestimmten Grenze von der erhöhten Steuer freistellen. Zu einem Teil würde übrigens dasselbe Prinzip durch die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die mit Lohnausfall verbunden ist, befolgt werden. Solche oder ähnliche Maßnahmen wären verständlich. Aber man soll nicht Menschen, die glücklicherweise noch arbeiten, die Arbeit entziehen, ohne zu wissen, ob man damit die Zwecke erreicht, die einem vorschweben.

Internationale Wanderungen

Von Prof. Dr. Paul Mombert

Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat die europäische Auswanderung einen starken Rückgang, die Wanderbewegung innerhalb Europas dagegen eine erhebliche Zunahme erfahren. Gleichzeitig wurde die Aus- und Einwanderungspolitik ein immer wichtigerer Teil der staatlichen Politik, hauptsächlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik; damit ging die Bedeutung der Wanderbewegung für den internationalen Arbeitsmarktausgleich stetig zurück. Wandlungen in der gegenwärtigen Gestalt der internationalen Wanderungen werden erst eintreten, wenn das Volkswachstum im Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang in einer Reihe europäischer Länder und in den Vereinigten Staaten zum Stillstand gekommen sein wird.

Man hat die neuzeitliche Wanderbewegung als eine *moderne Völkerwanderung* bezeichnet. Der Umfang der modernen Wanderungen ist in der Tat den großen Völkerwanderungen vergleichbar. Nach einer neuen amerikanischen Veröffentlichung[1]), der auch einige der im folgenden gegebenen Zahlenreihen entnommen wurden, sind in dem Zeitraum von 1820 bis 1924 allein in die Vereinigten Staaten rund 36 Millionen Menschen eingewandert, nach Kanada und Argentinien zusammen in der Periode von 1851 bis 1910 6,16 und nach Brasilien in der Zeit von 1871 bis 1910 2,58 Millionen Menschen. In der Periode von 1841 bis 1900 hat Europa einen Verlust durch Wanderungen in Höhe von 22,8 Millionen Personen gehabt. Ein genaueres Bild von der Gestaltung der *überseeischen Einwanderung* nach den wichtigsten, dafür in Frage kommenden Gebieten gibt die folgende Tabelle:

Zeitraum	Einwanderer im Jahresdurchschnitt	Davon nach (Prozent)			
		Vereinigte Staaten	Kanada	Brasilien	Argentinien
1861 bis 1865	199 362	78,9	11,1	5,2	4,8
1866 „ 1870	377 410	81,9	9,6	2,5	6,0
1871 „ 1875	384 138	80,4	7,7	4,2	7,7
1876 „ 1880	240 573	73.3	5,0	11,5	9,3
1881 „ 1885	633 321	81,4	6,2	4,3	8,1
1886 „ 1890	683 304	66.4	4,8	11,6	17,2
1891 „ 1895	613 146	67,3	4,1	21,1	7,5
1896 „ 1900	513 730	60,8	4,6	18,6	16,0
1901 „ 1905	994 718	76.8	6,8	5,8	10.6
1906 „ 1910	1 415 077	67,1	9,7	5,7	17,5
1911 „ 1915	1 299 119	61,9	13,1	9.4	15,6
1916 „ 1920	266 202	56,5	15,2	13,8	14,5
1921 „ 1924	713 543	59,7	11,4	8,5	20,4

1) *International Emigrations.* Volume 1. Statistics. Compiled by I. Ferenczi and W. F. Willcox. New York. National Bureau of Economic Research, Inc. 1929.

Die ältere Wanderbewegung, die etwa bis zum Jahre 1900 reicht, trug aber einen ganz anderen Charakter als die heutige. Das ist vor allem nach zwei Seiten hin der Fall, einmal hinsichtlich der *Bedeutung für die Einwanderungsgebiete,* dann aber auch hinsichtlich der *Herkunft der Auswanderer.* Die Bedeutung der älteren Einwanderung lag namentlich in der Aufschließung ländlicher Gebiete; die Einwanderung trug einen ausgeprägten landwirtschaftlichen Charakter. Erst die europäische Einwanderung hat diesen Gebieten die Arbeitskräfte gebracht, um die reichen Gaben des Bodens ausbeuten und nutzen zu können. Diese Bedeutung der Einwanderung hat inzwischen für die Vereinigten Staaten wohl ganz aufgehört, und für die übrigen Einwanderungsgebiete hat sie erheblich nachgelassen. Noch in den Jahren 1899 bis 1915 gehörten von 1000 Einwanderern nach den Vereinigten Staaten 246 der Landwirtschaft an, in den Jahren 1921 bis 1924 nur noch 69.

Die zweite Änderung, die sich vollzog, berührt die *Herkunft der Einwanderer.* Die Einwanderung aus West- und Nordeuropa, d. h. aus den überwiegend germanischen Gebieten, hat in den letzten Jahrzehnten einen starken Rückgang, diejenige aus Ost- und Südeuropa, d. h. aus den romanischen und slavischen Gebieten, eine starke Zunahme erfahren.

Herkunft der Einwanderer in die Vereinigten Staaten

(Promille)	1821 bis 1840	1841 bis 1890	1891 bis 1915	1921 bis 1924
Ost- und Südeuropa ..	12	82	668	413
West- und Nordeuropa	788	812	256	252
Britisch-Nordamerika .	22	70	32	186
Mexiko	15	1	8	87
Andere Gebiete	163	35	36	62

Mit diesen Änderungen ist es in erster Linie zu erklären, daß die Vereinigten Staaten (wie auch andere wichtige Einwanderungsgebiete in Übersee) den alten liberalen Standpunkt der Einwanderung gegenüber aufgegeben und tiefgreifende *Einwanderungsbeschränkungen* festgesetzt haben, die bei den Vereinigten Staaten bis zu einer Kontingentierung der Einwanderung für jedes Land gehen. Für diese Einschränkungen ist namentlich das Interesse der heimischen Arbeiterschaft maßgebend, die von einer hemmungslosen Einwanderung aus Gebieten mit niedriger Kultur und Lebenshaltung einen ungünstigen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen befürchtet. Schon auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart im Jahre 1907 hat die Frage der Ein- und Auswanderung vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus auf der Tagesordnung gestanden. Damals ist es bereits zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber gekommen. Wie einer der Redner sagte, war schon damals der springende Punkt, man könne unmöglich zugeben, daß in Ländern mit hochentwickelter Arbeiterbewegung die Errungenschaften jahrzehntelanger politischer und gewerkschaftlicher Organisation mit einem Schlage illusorisch gemacht werden durch Masseneinwanderung fast völlig bedürfnisloser Arbeiter[2]).

[2]) Vgl. *J. W. Brown: Das Wanderungsproblem und die Arbeiterklasse,* und *Bericht des Weltwanderungskongresses,* einberufen vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Amsterdam 1926.

Neben dieser Rücksicht auf den Arbeitsmarkt und die eigene Arbeiterschaft spielen bei den meisten Einwanderungsstaaten auch nationale Gesichtspunkte eine wesentliche Rolle. Man zieht vielfach die Einwanderung aus jenen Gebieten vor, deren Bewohner sich erfahrungsgemäß leicht in der neuen Heimat nationalisieren lassen. Südamerikanische Staaten sind aus demselben Grund darauf bedacht, bei neuen Ansiedlungen eine *Mischung* der Ansiedler in nationaler Hinsicht zu erreichen. Unter dem Einfluß solcher Maßnahmen hat die Einwanderung in diese Gebiete seit Kriegsende stark nachgelassen.

Zahl der Einwanderer in der Vor- und Nachkriegszeit[3])

Einwanderungsland	1913	Durchschnitt 1920 bis 1924	1925	1926	1927
Vereinigte Staaten	1 112 000	394 000	170 000	179 000	177 000
Argentinien	302 000	132 000	125 000	135 000	162 000
Kanada	303 000	86 000	67 000	115 000	135 000
Brasilien	100 000	74 000	82 000	118 000	97 000
Australien	142 000	91 000	52 000	56 000	62 000
Kuba	43 000	53 000	32 000	16 000	14 000
Südafrika	14 000	17 000	5 000	7 000	7 000
Zusammen	2 016 000	827 000	533 000	626 000	654 000

Nach alledem hat innerhalb der internationalen Wanderungen diejenige nach Übersee im letzten Jahrzehnt erheblich an Bedeutung verloren. An ihre Stelle ist in steigendem Umfang *die kontinentale Wanderung* getreten, die vor dem Kriege, vor allem in Europa, nur in relativ bescheidenem Ausmaße vorhanden war. Nächst den Vereinigten Staaten war Frankreich in den letzten Jahren das Land, das die meisten Einwanderer aufgenommen hat. Diese kontinentale Wanderbewegung, d. h. eine Wanderbewegung von Land zu Land innerhalb desselben Kontinents, findet sich in allen Erdteilen. Auch die Vereinigten Staaten haben sie; dort bewegte sie sich während der letzten Jahre etwa in derselben Höhe wie die überseeische Einwanderung. Von besonderem Interesse sind aber die Bewegungen innerhalb Europas: Aus Belgien, Spanien, Italien, Polen, Portugal, Schweden und aus der Tschechoslowakei sind in der Periode von 1920 bis 1927 nicht weniger als 2,286 Millionen Menschen in andere europäische Staaten ausgewandert. Diese Bewegung fand vor allem zwischen Frankreich als Einwanderungsland und Italien und Polen als Auswanderungsgebieten statt[4]). Während der Jahre 1921 bis 1927 sind nach Frankreich allein 656 000 Polen und Italiener eingewandert. Damit hat der Anteil der Fremdbevölkerung in Frankreich eine beträchtliche Zunahme erfahren:

Frankreichs Fremdbevölkerung

Jahr	Gesamtzahl der Bevölkerung	Gesamtzahl der Fremden	Es entfielen auf 10 000 der Bevölkerung Fremde
1881	37 672 048	1 000 454	266
1891	38 342 948	1 101 798	287
1901	38 961 945	1 037 778	267
1911	39 609 992	1 132 692	286
1921	39 209 518	1 550 459	396
1926	40 743 851	2 498 230	613

Wenn jedoch auch an Stelle der rückläufigen überseeischen Auswanderung in verstärktem Maße seit Kriegsende die kontinentale Wanderbewegung ge-

[3]) *Die Wanderungsbewegungen 1925 bis 1927.* Internationales Arbeitsamt. Genf 1929.

[4]) Auf die *Rückwanderung* kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden, obwohl sie von großer Bedeutung ist.

treten ist, so hat doch — als Ganzes gesehen — die internationale Wanderbewegung gegenüber der Vorkriegszeit eine *Abnahme* erfahren. Genaue zahlenmäßige Vergleiche lassen sich mangels brauchbarer statistischer Unterlagen nicht durchführen. Wenn man jedoch den Rückgang der Auswanderung nach den Überseegebieten betrachtet (vgl. die Tabelle S. 470), dann erkennt man ohne weiteres, daß hierfür durch die Zunahme der kontinentalen Wanderbewegung in Europa kein Ausgleich geschaffen werden konnte. Das ist um so weniger der Fall, als in den letzten Jahren die kontinentale Einwanderung nach Frankreich zurückgegangen ist und nicht zu erwarten steht, daß die Auswanderung nach Übersee in naher Zukunft zunehmen wird.

Ähnlich stark wie die Wandlungen der tatsächlichen Wanderbewegungen sind die Änderungen, die sich in *Gesetzgebung und Verwaltung* sowohl bei der Einwanderung wie bei der Auswanderung zeigen. Vor dem Krieg hatte in dieser Hinsicht eine weitgehende *Freiheit* geherrscht; heute kann man von einem staatlichen *Interventionismus* auf diesem Gebiete sprechen[5]).

Die Einwanderungsländer haben weitgehende Beschränkungen für die Einwanderung und die Einwanderer geschaffen. Am weitesten gehen hierin die *Vereinigten Staaten*, die jährlich nur etwa 153 000 Einwanderer zulassen. Von dieser Einschränkung sind jedoch die Angehörigen der übrigen amerikanischen Staaten ausgenommen. Freilich sind in den Vereinigten Staaten Kräfte am Werk, auch diese Einwanderung Beschränkungen zu unterwerfen — Kräfte, die angesichts der schwierigen Wirtschaftslage Amerikas auch bereits erfolgreich waren. Bei diesen Einschränkungen ist besonders darauf Bedacht genommen, daß vor allem Einwanderer aus Ländern mit tieferer Lebenshaltung zurückgehalten werden. Während nach den Bestimmungen des Jahres 1929 aus Großbritannien 65 721 und aus Deutschland 25 957 Einwanderer zugelassen sind, beträgt die Zulassung für die italienische und polnische Einwanderung nur 3845 und 6524 Personen. Innerhalb dieses Kontingents erhalten gelernte landwirtschaftliche Arbeiter den Vorzug, und je nach der Lage des Arbeitsmarktes kann unter bestimmten Voraussetzungen auch über das zugestandene Kontingent hinaus gelernten Arbeitern die Einwanderungserlaubnis erteilt werden.

Auch in anderen überseeischen Einwanderungsgebieten, z. B. in *Australien* und *Brasilien*, ist die Möglichkeit einer vollkommenen Aufhebung oder Beschränkung der Einwanderung vorgesehen. In einigen weiteren Ländern beschränkt sich die Erlaubnis zur Einwanderung auf bestimmte Berufe, oder sie ist für bestimmte Berufe vollständig untersagt. So ist z. B. in *Griechenland* die Beschäftigung in etwa 50 Berufen für Einwanderer verboten. In *Rumänien* wird vierteljährlich ein Verzeichnis derjenigen Berufe veröffentlicht, zu denen Ausländer im allgemeinen nicht zugelassen werden. In *Frankreich* ist es den Arbeitgebern verboten, Ausländer zu beschäftigen, die keine amtliche Erlaubnis zur Ausübung des Berufes in Frankreich besitzen. Es werden auch mitunter von Land zu Land über die Zulassung bestimmter Einwanderer Sonderverträge geschlossen. Eine solche Abmachung kam kürzlich zwischen der französischen und der rumänischen Regierung wegen der Einwanderung einer bestimmten Zahl rumänischer Bergarbeiter zustande[6]).

In jenen Ländern, die eine Einwanderung in einer gewissen Höhe gestatten, besteht meistens eine Reihe von Sondervorschriften für die Erteilung der Einreiseerlaubnis. So muß der Einwanderer z. B. in *Australien* eine bestimmte Summe baren Geldes beim Betreten des Landes oder eine Bescheinigung vorweisen, daß Verwandte oder Freunde „die Verantwortung für seinen Unterhalt und seine Unterbringung übernehmen". In anderen Ländern ist ein abgeschlossener Arbeits- oder Anstellungsvertrag Bedingung für die Zulassung. In *Deutschland* und *Frankreich* müssen die Arbeitgeber, die fremde Arbeiter beschäftigen wollen, eine behördliche Erlaubnis einholen, die immer nur von Fall zu Fall erteilt wird. In solchen Maßnahmen, die sich in den verschiedensten Formen in fast allen Ländern vorfinden, tritt deutlich die Rücksicht auf den heimischen Arbeitsmarkt hervor.

Andererseits gibt es in einer ganzen Reihe von Staaten Maßnahmen, die dahin zielen, die *Auswanderung* unmöglich zu machen oder doch mindestens unter eine gewisse Kontrolle zu stellen. Am weitesten gehen in dieser Hinsicht Rußland, Italien und Spanien. In *Rußland* ist die Auswanderung nahezu unmöglich gemacht, *Italien* und *Spanien* haben der Auswanderung aus bevölkerungspolitischen Gründen bestimmte Grenzen gezogen. Die italienische Auswanderungspolitik, die sich bereits vor dem Krieg in vorbildlicher Weise der italienischen Auswanderer annahm, ist immer mehr bestrebt, ihre Auswanderer in geschlossenen Siedlungsgruppen anzusetzen, um sie der eigenen Nationalität zu erhalten. Diese Gruppen erfreuen sich dann einer regen wirtschaftlichen Unterstützung aus der alten Heimat. Neuerdings hat Italien aus nationalen Gründen die Einwanderung nach Frankreich auf Saisonwanderer beschränkt[7]).

Derartige Maßnahmen beziehen sich jedoch keineswegs allein auf *Einschränkungen* bei der Aus- und Einwanderung. Wir begegnen auch Maßnahmen, die zur *Förderung* der Wanderungen dienen. Auch hierbei stehen bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte im Vordergrund. Die Einwanderung wird von denjenigen Staaten am meisten unterstützt, die unter einem Mangel an Arbeitskräften namentlich für bestimmte Berufe leiden. So haben z. B.

[5]) Vgl. die eingehende Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts in Genf: *La Réglementation des Migrations*. 1. Band: Les Législations sur l'Emigration. 2. Band: La Législation sur l'Immigration. 3. Band: Les Traités et les Conventions internationales. Genf, 1928/29.

[6]) Eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Maßnahmen der Ein- und Auswanderungsländer, die auch diesen Darlegungen z. T. zugrunde liegt, findet sich in der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Veröffentlichung *„Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Beleuchtung 1920 bis 1928"*. Genf, 1929.

[7]) Vgl. *I. Ferenczi: Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker*. Jena, 1930.

südamerikanische Staaten Zuschüsse für die Überfahrt der Einwanderer gegeben — ein Verfahren, das freilich neuerdings immer mehr abzunehmen scheint. In Argentinien wird jeder Einwanderer fünf Tage lang auf Kosten des Staates untergebracht und beköstigt und dann auf Wunsch (ebenfalls auf Staatskosten) in ein bestimmtes Gebiet des Staates weiterbefördert.

Eine staatliche Unterstützung und Begünstigung der *Auswanderung* bestand z. B. in Großbritannien, wo entlassene Heeresangehörige nach dem Kriege mit ihren Familien freie Überfahrt in die britischen Kolonien erhielten; in der Empire-Settlement-Act von 1922 wurde auf Grund von Abmachungen mit den Dominions diese staatlich unterstützte Auswanderung auf eine noch breitere Basis gestellt. Im Jahre 1929 hat die englische Regierung durch erhebliche Zuschüsse zu den Überfahrtskosten 35 296 Personen die Übersiedlung erleichtert. Freilich hat sich diese Übersiedlung nicht in dem ursprünglich geplanten Umfang durchführen lassen; denn die englischen Kolonien zeigten zu wenig Entgegenkommen. Dies hing vor allem damit zusammen, daß die Kolonien in erster Linie Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern hatten, die für Siedlungszwecke geeignet waren, während das Mutterland in der Hauptsache nur gewerbliche Arbeiter abgeben konnte. Von diesen ungünstigen Erfahrungen ausgehend, versucht man in England seit dem Jahre 1925, auf eigenen Lehrgütern jungen Leuten eine landwirtschaftliche Schulung zu geben, um ihnen die Auswanderung zu erleichtern.

Außer den bisher besprochenen Maßnahmen zur Regelung der Wanderbewegungen gibt es zahlreiche internationale Abmachungen, die den Schutz und die Organisation der Auswanderer betreffen. Auch diese Abmachungen haben in den letzten Jahren an Umfang und Bedeutung zugenommen. Es handelt sich hierbei vor allem um den Abschluß internationaler Verträge, welche die Arbeitsbedingungen, vielfach auf Grund eines Musterarbeitsvertrags, zum Gegenstand haben.

Die Aus- und Einwanderungspolitik ist also in neuester Zeit für alle in Frage kommenden Staaten ein Teil ihrer allgemeinen Politik, insbesondere ein Teil ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik, geworden. Völkische und nationale Gesichtspunkte, Rücksichten auf Konjunktur und Arbeitsmarkt spielen dabei die entscheidende Rolle. Mit dieser großen Bedeutung der Wanderpolitik in den letzten Jahren hängt es zusammen, daß man der Aus- und Einwanderungs*statistik* in den letzten Jahren viel mehr Aufmerksamkeit schenkt als früher und daß sie in wichtiger Hinsicht vervollkommnet worden ist.

Der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Wanderung liegt auf der Hand. Steht doch die ganze Wanderbewegung in besonders hohem Maße unter dem Einfluß wirtschaftlicher und sozialer Tatsachen. Wer aus seiner Heimat fortwandert, tut dies in der Regel nur, um eine Besserung seiner Lage zu erzielen. Für die Stärke und die Richtung der Wanderbewegung sind also die wirtschaftlichen und sozialen Zustände sowohl in dem Aus-, wie in dem Einwanderungsland von Bedeutung. Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ging früher zurück, wenn sich mit einer Verschlechterung der dortigen wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit des Fortkommens ungünstiger gestaltete; sie ging aber auch zurück, wenn eine entsprechende Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Auswanderungsgebieten eintrat. Solange vollkommene Freiheit in der Wanderbewegung herrschte, konnte man diesen Zusammenhang deutlich wahrnehmen. Als kurz nach der Jahrhundertwende in Deutschland eine schwere Wirtschaftskrise ausbrach, ging vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1902 die überseeische Auswanderung aus Deutschland um 45 % in die Höhe. Auch heute kann man mitunter diesen Zusammenhang noch zahlenmäßig beobachten. Er ist aber doch zum Teil dadurch außer Wirksamkeit gesetzt, daß die Zuwanderung vielfach eingeschränkt ist und daß der Umfang der Wanderbewegung in entscheidendem Maße von der Konjunktur und der Lage des Arbeitsmarkts in den Einwanderungsgebieten abhängt. Nur dort, wo die Wanderbewegung wirklich noch ganz frei ist — wie z. B. bei der kontinentalen Auswanderung in die Vereinigten Staaten —, kann man noch diesen Zusammenhang wahrnehmen, wie die folgende Tabelle zeigt[8]):

Einwanderung und Beschäftigung in den Vereinigten Staaten

Jahr	Übersee-Einwanderung	Kontinentale Einwanderung	Gesamt-Einwanderung	Beschäftigungsindex*)
1920	572 229	136 333	708 562	109,9
1921	494 761	69 144	563 905	85,0
1922	281 351	99 816	381 167	88,4
1923	487 057	263 993	751 050	100,0
1924	135 321	219 449	354 770	90,3
1925	169 515	121 210	290 725	91,2
1926	179 013	157 282	336 295	91,9
1927	176 744	147 141	323 885	88,5

*) Allgemeiner Beschäftigungsindex in der verarbeitenden Industrie.

Welche Rolle für die Einwanderungsländer die Lage auf dem eigenen Arbeitsmarkt bei der Behandlung der Einwanderer spielt, zeigt eine Tatsache, über die vor einiger Zeit die Internationale Rundschau der Arbeit berichtete[9]). Im Jahre 1929 hatte auf Grund einer Vereinbarung mit der kanadischen Regierung die von England ausgehende subventionierte Auswanderung dorthin einen erheblichen Umfang angenommen: „Diese große Auswanderung fiel jedoch mit einem überaus schlechten Erntejahr zusammen, das außerdem von einer finanziellen Depression und einer Verengerung des Arbeitsmarkts begleitet war. Auf diese Weise ergab es sich, daß den Arbeitern noch vor Ende der Ernteperiode gekündigt wurde. Sie waren dadurch gezwungen, öffentliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gemäß den kanadischen Gesetzesvorschriften zieht die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe die Ausweisung nach sich. Insgesamt sind etwa 20 % der Arbeiter ausgewiesen worden, die auf Grund der Verhandlungen nach Kanada ausgewandert waren."

Es kann keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression

[8]) Vgl. *Das Problem der Arbeitslosigkeit 1920—1928*, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt. Genf 1929. S. 147.
[9]) *Internationale Rundschau der Arbeit*, 8. Jahrg., Heft 9, S. 882.

in dem Einwanderungsland eine Einwanderung die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt noch mehr verschlechtern kann. Darin liegt einer der wesentlichsten Gründe der Einwanderungsbeschränkungen. Freilich liegen in dieser Hinsicht die Verhältnisse in den einzelnen Überseegebieten keineswegs gleichartig. Es gibt unter ihnen eine ganze Reihe — in erster Linie gehören hierher wohl Mexiko, Kanada und eine Reihe südamerikanischer Staaten —, wo zwar zunächst eine Einwanderung den Arbeitsmarkt ungünstig zu beeinflussen vermag, wo aber das vermehrte Angebot an Arbeitskraft auf die Dauer die ganze Wirtschaft des Landes und damit auch dessen Wohlstand und die Lebenshaltung der Bewohner günstig beeinflussen kann.

Bei diesen wirtschaftlichen Auswirkungen der Ein- und Auswanderung handelt es sich letzten Endes um das Mengenverhältnis der verschiedenen Produktionselemente Boden, Arbeit und Kapital. Alle diese Einwanderungsgebiete sind in gewisser Hinsicht untervölkert, da es in ihnen aus Mangel an Arbeitskraft nicht möglich ist, die Gaben der Natur vollkommen auszunutzen. „Mexiko ist ein Land von 20 000 000 qkm Bodenfläche, hat nur 15 Millionen Menschen zu ernähren und ist für sein Brotgetreide, Weizen und Mais, doch auf die Einfuhr angewiesen.“[10])

Unter solchen Voraussetzungen kann ein stärkeres Volkswachstum, also eine Einwanderung, die Voraussetzung einer noch weiteren Steigerung von Kultur und Wohlstand sein. Freilich handelt es sich dabei keineswegs immer nur um die Beschaffung der fehlenden Arbeitskraft, sondern auch, was für diese Gebiete eine besonders große Rolle spielt, um die Beschaffung des erforderlichen *Kapitals*. In dieser Hinsicht haben sich in dem letzten Jahrzehnt erhebliche Wandlungen vollzogen. Früher floß gleichzeitig mit dem Heer der Einwanderer ein großer Kapitalstrom aus Europa in die überseeischen Einwanderungsgebiete. Dieser Strom hat seit Kriegsende fast ganz zu fließen aufgehört; an die Stelle Europas sind die *Vereinigten Staaten* als Gläubiger für die anderen Überseegebiete getreten. Es kann an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob nicht bei dem eigenen hohen Kapitalbedarf Europas, der zum großen Teil von den Vereinigten Staaten befriedigt wird, heute noch den übrigen überseeischen Einwanderungsgebieten relativ die gleiche Menge an Kapital zur Verfügung gestellt wird wie vor dem Kriege. Diese Frage steht in engem Zusammenhang mit der Aufnahmefähigkeit jener Länder für neu zuströmende Arbeitskraft; von ihrer Beantwortung hängt es ab, in welchem Umfang die neue Arbeitskraft nur als Belastung des Arbeitsmarkts anzusprechen ist oder im Zusammenhang mit dem einströmenden Kapital zur Aufschließung des Landes und zur Hebung seiner Produktivkräfte beiträgt, so daß sie als wirtschaftlich und sozial vorteilhaft erscheint. Hier tritt der Fall ein, den man früher bei der Einwanderung häufig beobachten konnte, daß die so verursachte Vermehrung der Arbeitskraft den Nahrungsspielraum mindestens proportional, wenn nicht sogar noch stärker, ausweitete. Das sind die Fälle, in denen eine Hebung der allgemeinen Lebenshaltung der Bevölkerung von der Vermehrung der Arbeitskraft selbst abhängt.

Es gibt noch heute zahlreiche Gebiete dieser Art, die in dem Sinne untervölkert sind, daß erst ein Zuwachs an Menschen die Voraussetzung zu einer Steigerung der Lebenshaltung und der wirtschaftlichen Kultur schafft. Wo dies zutrifft, ist die Möglichkeit zu einem gewissen Ausgleich auf den internationalen Arbeitsmärkten gegeben, d. h. zwischen jenen Ländern, die hinsichtlich der Gaben von Natur und Boden über- oder untervölkert sind. Diese Ausgleichsmöglichkeiten sind vor dem Kriege — in den Zeiten einer freien, ungehinderten Wanderbewegung — wesentlich stärker gewesen als heute, wo die internationale Wanderbewegung vom Staate vielfach in derselben kurzsichtigen Weise behandelt wird wie der internationale Warenverkehr. Um wieder auf diesem Wege einen gewissen Ausgleich zu ermöglichen, hat auf der World-Population-Conference in Genf im Jahre 1927 *Albert Thomas*, der Leiter des Internationalen Arbeitsamts, die Schaffung eines *Obersten Wanderungshofes* vorgeschlagen. Dieser soll die Aufgabe haben, die Wanderbewegungen unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten in zweckentsprechender Weise zu organisieren. Das soll in gleicher Weise für die überseeische wie auch für die kontinentale Wanderbewegung gelten, die beide in den Dienst eines Ausgleichs der Bevölkerung auf der ganzen Erde gestellt werden sollen. Man denkt dabei keineswegs allein an die dauernden Wanderungen, die eine endgültige Umsiedlung des Wandernden mit sich bringen. Auch die Saison- und Zeitwanderung kann in den Dienst eines internationalen Arbeitsmarktausgleichs gestellt werden. Mit Recht hat Ferenczi hervorgehoben[11]), daß die Zeitwanderungen einer solchen Regelung am leichtesten zugänglich sind; denn sie unterliegen sowohl vom Standpunkt des Ein- wie des Auswanderungslandes nicht denselben Bedenken wie die Dauerwanderungen, bei denen in viel höherem Grade politische und nationale Gesichtspunkte eine Rolle spielen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf diesem Gebiet durch internationale Vereinbarung — auch durch übergeordnete Organe wie den Völkerbund — viel erreicht werden kann. Das gilt besonders für die kontinentale Wanderung *innerhalb Europas*, und hier vor allem für die Zeit- und Saisonwanderung. So hat Ferenczi neuerdings gemeint, daß wir zu einem europäischen Kartell der Arbeitskraft gelangen müssen, um den wirtschaftlich erwünschten Umfang des Bevölkerungsaustauschs zu erreichen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob gerade bei einer solchen Ordnung erhebliche Erfolge für Europa innerhalb seiner kontinentalen Wanderung erzielt werden können. Denn allein *Frankreich* kann heute in größerem Umfange Ausländer als Arbeiter aufnehmen, und daß es dies während der letzten Jahre in relativ großem Umfang tun konnte, hing mit der besonders günstigen wirtschaftlichen Konjunktur Frankreichs zusammen. Die

[10]) *A. Reichwein: Die Rohstoffwirtschaft der Erde.* Jena 1928. S. 152.

[11]) Vgl. Anm. 7. S. 471.

überseeische Auswanderung wird für einen derartigen Bevölkerungsausgleich unentbehrlich sein.

Freilich können sich diese Zusammenhänge bald anders gestalten. Es werden nämlich in nicht allzu langer Zeit in der Richtung und in der Stärke der internationalen Wanderbewegung recht beträchtliche *Wandlungen* eintreten. In dem Volkswachstum der einzelnen Staaten beginnen sich — im Zusammenhang mit dem neuzeitlichen Geburtenrückgang — große Änderungen zu vollziehen. Die wichtigsten Kulturstaaten haben mit einer Stagnation, wenn nicht gar mit einer Abnahme der Volkszahl zu rechnen. Das gilt nicht nur für große europäische Länder, sondern auch für manche Überseegebiete, wie vor allem die Vereinigten Staaten. Wie sehr in diesem Lande die Geburtenhäufigkeit zurückgegangen ist, zeigt die Abnahme der Kinder. Während es im Jahre 1880 noch 635 Kinder unter fünf Jahren auf je 1000 Frauen im Alter von 16 bis 44 Jahren gab, betrug diese Zahl im Jahre 1900 nur 541 und sank bis 1910 auf 508 und bis 1920 sogar auf 467!

Es läßt sich heute noch keineswegs übersehen, welche Einflüsse diese Wandlungen im Volkswachstum auf die Wanderbewegung im einzelnen ausüben werden[12]); lediglich gewisse Tendenzen lassen sich aufzeigen. Es mag zunächst dahin kommen, daß sich im Zusammenhang mit dem Stillstand oder dem Rückgang der Volkszahl in manchen Auswanderungsgebieten von heute — wie Deutschland, England, der Schweiz oder den skandinavischen Staaten — die Lage auf dem Arbeitsmarkt so gestaltet, daß von einem Überfluß an Menschen, die für die Auswanderung in Frage kämen, keine Rede mehr ist. Die wirtschaftliche Lage in diesen Ländern kann sich aber auch so gestalten, daß das Gegenteil eintritt. Als wichtigste Abwanderungsgebiete in Europa würden dann namentlich Italien, Rußland und Polen, bei denen wohl noch auf längere Zeit hinaus mit einem stärkeren Volkswachstum zu rechnen ist, in Frage kommen. Vielleicht werden sich in einigen dieser europäischen Staaten Volkszahl und wirtschaftliche Lage so entwickeln, daß sich einmal ein Arbeitermangel und damit ein stärkeres Bedürfnis nach der Einwanderung fremdländischer Arbeitskräfte zeigt[13]).

[12]) Vgl. *Paul Mombert: Weltwirtschaftliche Auswirkungen einer abnehmenden Volkszahl.* Weltwirtschaftliches Archiv. Band 32 (1930). S. 81.
[13]) Vgl. *Paul Mombert: Tendenzen in der deutschen Bevölkerungsentwicklung und ihr Einfluß auf den Arbeitsmarkt.* Köln 1930.

Dann kann sich in Europa eine kontinentale Wanderbewegung herausbilden, bei der nicht nur Frankreich, sondern auch andere europäische Staaten den aufnehmenden Teil und in erster Linie Italien, Polen und Rußland die Auswanderungsgebiete darstellen. Daß sich damit große soziale und politische Probleme ergeben können, liegt auf der Hand[14]).

Auch in manchen der heutigen überseeischen Einwanderungsstaaten, vor allem in Australien und in den Vereinigten Staaten, können sich dann Wandlungen von tiefgreifender Bedeutung zeigen. Denn auch in diesen Gebieten ist mit einer starken Abnahme des Geburtenüberschusses zu rechnen. Es kann deshalb dahin kommen, daß die Einwanderungsbeschränkungen in ihrer heutigen scharfen Form fallen werden. Freilich sind dann auch noch viel weitergehende Wirkungen möglich, wenn einmal Europa als Auswanderungsland für diese Übersee-gebiete in Wegfall kommt, weil es vielleicht imstande sein wird, auf dem Wege einer kontinentalen Wanderung in sich selbst einen Ausgleich herbeizuführen.

Während in Europa — einschließlich Rußlands — nach den neuesten Zählungen auf einen Quadratkilometer 46,5 Bewohner kommen, beträgt die Dichte in den Vereinigten Staaten 13,48 und im australischen Staatenbund 0,71. Demgegenüber weisen die großen ostasiatischen Reiche alle Zeichen einer Übervölkerung auf. In Japan kommen auf einen Quadratkilometer 125 Einwohner. Von diesen Gebieten können zukünftig starke Kräfte ausgehen — heute sind bereits gewisse Tendenzen erkennbar —, die zu einer Besiedlung fremder Gebiete führen mögen. Hierfür kommt wohl in erster Linie Australien in Frage; aber auch für die Vereinigten Staaten ist mit solchen Möglichkeiten zu rechnen, wenn einmal das eigene Volkswachstum und die Einwanderung aus Europa zu Ende gehen. Das alles sind Möglichkeiten, die man heute nur andeuten kann. Auf sie wurde nur hingewiesen, um zu zeigen, daß es sich bei der Stärke und der Richtung der internationalen Wanderungen um historisch wandelbare Erscheinungen handelt und daß wohl noch die lebende Generation in dieser Hinsicht weitgehende Wandlungen erleben wird.

[14]) *G. Bürger: Das Problem der politischen Überfremdung der schweizerischen Eidgenossenschaft.* Eine Anregung zu bevölkerungspolitischen Maßnahmen gegen die politische Gefährdung des Deutschen Reichs. Leipzig 1929.

Glossen

Luther über die Reparationsfrage

In einer sehr beachtenswerten Rede, die Reichsbankpräsident Luther bei der Eröffnung der Leipziger Messe hielt, sprach er davon, daß die Lösung der Aufgaben, vor denen die Reichsregierung steht, Mut zur Unpopularität erfordere. Diesen Mut hat Luther selbst in seiner Rede bewiesen. Er hat auf eine Reihe von Tatsachen hingewiesen, die ungern gehört werden. Übrigens ist gerade der Mut zur Unpopularität im Deutschland unserer Tage populär. Das Volk wittert hinter harten und rücksichtslosen Worten die Kraft, die es der Krise entreißt; ein rauher Ton erweckt in ihm den Eindruck, geführt zu werden. — Zu den Dingen, die einen Politiker heutzutage unpopulär machen, gehört eine *realpolitische Einstellung zur Reparationsfrage*. Selbstverständlich sind sich alle Deutschen darüber einig — Niedertracht ist es, einem Volksgenossen das Gegenteil zu unterstellen —, daß die Befreiung von dem Zwang, Kriegsentschädigungen zu zahlen, eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik ist. Aber über den Weg, der

dabei einzuschlagen, über die Art, wie die Reparationsfrage zu behandeln ist, läßt sich sehr wohl streiten. Mit Recht weist Reichsbankpräsident Luther darauf hin, daß es ein Fehler sei, innenpolitische Fragen der Staats- und Verwaltungsreform ausschließlich oder vorwiegend unter reparationspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Es handelt sich bei diesen großen Reformen „um Deutschlands eigene Angelegenheiten“. Er erinnert daran, daß wichtige Organe unseres Staatswesens bis zur Inkraftsetzung des Young-Plans fremder Beaufsichtigung unterlagen, und er mahnt, bei der Beurteilung des Neuen Plans nicht zu vergessen, daß er uns die Freiheit von Besatzung und Kontrollen gebracht hat. An dem Young-Plan wird gegenwärtig herbe Kritik geübt, zum Teil von Persönlichkeiten, die für die Gestaltung der neuen Reparationsregelung mitverantwortlich sind. Es wird getadelt, daß im damaligen Zeitpunkt überhaupt Verhandlungen aufgenommen wurden, daß auf die Goldklausel verzichtet wurde u. a. m. Die Einwendungen bestehen z. T. zu Recht, es darf jedoch nicht vergessen werden, daß auch der Neue Plan nur eine Etappe auf dem Weg der Reparation darstellt, daß er eine erhebliche Verminderung der Annuitäten dieser Jahre brachte und daß er die Autonomie des Reichs wiederherstellte. Daß Reichsbankpräsident Luther auf diese guten Seiten des Young-Plans hinweist, ist um so höher anzuerkennen, als er mit weit größerem Recht die Annahme des Neuen Plans als Fehler brandmarken könnte als sein Amtsvorgänger, denn er hat, wie er in seiner Rede betont, „am Young-Plan nicht mitgearbeitet, ihn nicht unterschrieben und auch dem Haager Abkommen nicht zugestimmt“. Als Distanzierung von der Politik Dr. Schachts ist auch die Erklärung Luthers aufzufassen:

„Es kann nicht Aufgabe des Reichsbankpräsidenten sein, aus den Erkenntnissen, die hier mit allem Freimut dargelegt wurden, Entschlüsse für die praktische Politik herzuleiten. Nur die Reichsregierung entscheidet, ob, mit welchen Zielen, auf welchen Wegen und zu welchem Zeitpunkt sie diese Fragen zu neuer Erörterung stellen will.“

Die Erkenntnisse, auf die Dr. Luther in diesen Sätzen hinweist, beziehen sich auf die schädliche Wirkung der Reparationen, die, wie Luther ausführte, im Schuldnerland wie in den Gläubigerstaaten eine Störung der Marktverhältnisse bewirken. Diese Störungen werden dadurch kompliziert, daß sich das Ausland durch protektionistische Maßnahmen gegen die Einfuhr deutscher Ware sperrt und daß sich die Hoffnung, Deutschland werde in größerem Umfang billiges Kapital zur Verfügung gestellt werden — eine Hoffnung, die beim Abschluß des Young-Plans eine wichtige Rolle spielte —, nicht erfüllt hat. Luther hat damit die Stellen gekennzeichnet, an denen angesetzt werden muß, um den toten Punkt zu überwinden, auf dem sich gegenwärtig die deutsche Wirtschaft befindet.

Ein neues internationales Realkreditinstitut

Seitdem die Wirtschaftskrise international geworden ist, stößt der zwischenstaatliche Kapitalausgleich auf noch größere Schwierigkeiten als zuvor. Das kapitalanlegende Publikum scheut sich vor Investitionen in den kapitalarmen und von der Krise nicht zuletzt deshalb besonders stark betroffenen Ländern, zumal sich in den meisten dieser Länder gerade die politische Lage unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise zugespitzt hat. Die nachteiligen Folgen dieser Zurückhaltung spürt nicht nur Deutschland, sie machen sich auch auf dem Balkan, in den Oststaaten, in Südamerika und in anderen Ländern bemerkbar. Umgekehrt leiden manche Kapitalüberschußländer immer stärker an einem embarras de richesse. Wenn der Kapitalstrom trotz des Zinsgefälls nicht seinen natürlichen Weg findet, so liegt eigentlich nichts näher, als ihm *künstliche Kanäle* zu bauen. Schon seit längerer Zeit bemüht sich der *Kreuger-Konzern* um die Durchführung dieses Gedankens. Er stellt sich gewissermaßen mit seinem Giro zwischen die kapitalarmen Länder (Rumänien, Türkei, Deutschland u. a.) und die Kapitalüberschußländer, natürlich nicht, ohne Zinszwischengewinne einzuheimsen und gleichzeitig seine Zündholzmonopolpläne weiterzutreiben. In letzter Zeit mehren sich nun die Pläne, neue Banken mit der Aufgabe des Kapitalausgleichs zu betrauen. Unter der Ägide des Völkerbunds soll zur Gewährung von Krediten auf dem Balkan angeblich eine *„Internationale Agrarkreditbank“* in Genf gegründet werden. Auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich überlegt, wie sie in derselben Richtung wirken könne. Sodann ist schon vor einigen Monaten in Amsterdam von Banken verschiedener Länder, bezeichnenderweise unter Mitwirkung des Kreuger-Konzerns, die *„Compagnie Centrale des Prêts Fonciers“* mit 10 Mill. Gulden Nominal- und 2 Mill. Gulden begebenem Kapital gegründet worden (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 37, S. 1728). Mit ihr soll die jetzt in Basel z. T. von denselben Gründern und jedenfalls mit denselben Zielen errichtete *„Internationale Bodenkreditbank“* eng zusammenarbeiten. Beteiligt sind an dem neuen Baseler Institut die sechs bedeutendsten schweizerischen Banken, ferner die Chase National Bank in New York, Lee Higginson mit seinem Londoner und seinem Pariser Haus, Helbert Wagg & Co., London, Lazard Frères & Cie., Paris, Kreuger & Toll sowie die Skandinaviska Kredit AB, die vier deutschen Filialgroßbanken, die Reichs-Kredit-Gesellschaft, M. M. Warburg & Co., Fraenkel & Simon sowie die Deutsche Unionbank, der Stützpunkt des Kreuger-Konzerns, und last not least die *Deutsche Centralbodenkredit AG*, von der wohl der Hauptanstoß zu der Neugründung ausgegangen ist. Schon bei der im Herbst vorigen Jahres erfolgten Erweiterung der *Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken* wurde darauf hingewiesen, daß angesichts der starken internationalen Interessen der neuen Gruppe (Kreuger-Beteiligung!) weitgehende Auslandspläne verfolgt würden (MdW, Jahrg. 1930, Nr. 41, S. 1913). Die jetzige Basler Neugründung soll, gewissermaßen als *Investment Trust*, Pfandbriefe und Obligationen der führenden europäischen Realkreditinstitute übernehmen und sie zur Grundlage eigener Emissionen machen. Von ihrem Kapital von 25 Mill. Fr werden zunächst 20 % eingezahlt. Als erste Emission sollen bereits in den nächsten Wochen 20 Mill. Fr Obligationen ausgegeben werden, für die angesichts des großen Kreises der beteiligten Banken die Unterbringung gesichert sein dürfte. Man denkt dabei an einen 6 %igen Typ. Da in *Deutschland* 7 %ige Pfandbriefe und erst recht 7 %ige Kommunalobligationen teilweise noch wesentlich unter pari erhältlich sind, hat die Bank zunächst eine recht auskömmliche

Zinsmarge. Freilich soll sie nicht nur deutsche Werte hereinnehmen. Da sich das Institut aber auf dem Balkan und im Osten nicht betätigen soll, andererseits aber schon die eigenen Emissionen mit 6 % verzinsen zu müssen glaubt, wird es wohl zwangsläufig die deutschen Anlagen bevorzugen müssen, wenn es auf seine Kosten kommen will. Statutarisch kann es übrigens auch direkte Hypothekarausleihungen vornehmen, wird jedoch in der Praxis den heimischen Realkreditinstituten schwerlich Konkurrenz machen. Mit dem oben erwähnten *Amsterdamer Schwesterinstitut* soll eng zusammengearbeitet werden. Ob die Bank im internationalen Kapitalausgleich tatsächlich eine wichtige Rolle spielen kann, wird entscheidend von der *Aufnahme ihrer Emissionen* beim Publikum abhängen. Sie sind an sich vorzüglich gesichert. Den Erwerbern haften nämlich einmal das Basler Institut mit seinem ganzen Vermögen, sodann das Vermögen der Realkreditinstitute, deren Emissionen die Investment-Bank in Deckung genommen hat und schließlich die den Realkreditinstituten zur Verfügung stehenden Hypotheken oder Kommunaldarlehen. Auf lange Sicht wird die Bank wahrscheinlich versuchen müssen, den Zinsfuß ihrer Emissionen unter 6% herabzudrücken. Schon das Bekanntwerden der Basler Gründung hat in Deutschland eine nicht unerhebliche Steigerung der 7 %igen Hypothekenbank-Emissionen herbeigeführt, und daß sich auf die Dauer die deutschen Kapitalmarktrenditen in ihrer jetzigen übermäßigen Höhe halten werden, ist wenig wahrscheinlich.

Allgemeine Zollermächtigung?

Der vom Reichsernährungsminister angekündigte Entwurf eines Zollermächtigungsgesetzes (vgl. Nr. 9, S. 430) liegt jetzt im Wortlaut vor. Er enthält eine generelle Ermächtigung für die Reichsregierung, „im Falle dringender wirtschaftlicher Bedürfnisse Einfuhrzölle für einzelne Waren abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln". Ob der Entwurf in dieser Form wirklich zum Gesetz erhoben wird, steht noch dahin. Er scheint uns mehr als bedenklich zu sein. Die Ministerialbürokratie ist stets geneigt, Interessentenwünschen nachzugeben und auch die aufrichtigsten Vorsätze gerade auf dem Gebiet der Handelspolitik im Einzelfall rasch zu vergessen. Wir würden es für unerträglich halten, wenn nicht dem protektionistischen Streben einzelner Ressorts, insbesondere des Reichsernährungsministeriums, gewisse Grenzen gesetzt würden. Selbst in den gewiß nicht gerade freihändlerischen Vereinigten Staaten bedeutet die flexible clause des Zolltarifs eine Einschränkung der Zollerhöhungsfreudigkeit des Präsidenten. Er darf Eingangszölle nur um einen gewissen Prozentsatz erhöhen und ist an das Votum einer Kommission von Wirtschaftssachverständigen gebunden, die nicht nur aus Interessenten, sondern auch aus angesehenen Gelehrten zusammengesetzt ist; bei aller politischen Beeinflussung hat diese Kommission doch wenigstens ein gewisses Maß von Selbständigkeit des Urteils. Zumindest ist es erforderlich, aus dem Ermächtigungsgesetz reine Finanzzölle auszunehmen, die Zollbelastung bisher zollfreier Waren auszuschließen — man bedenke, daß nicht nur ein Zinkzoll im Interesse des Harriman-Konzerns, der Zinkbeteiligungen Otto Wolffs und der Gewerkschaft Giesches Erben, sondern auch ein Kohlenzoll auf einzelnen wirtschaftspolitischen Programmen steht — und schließlich das Ausmaß etwaiger Zollerhöhungen im Verhältnis zu den geltenden Zollsätzen nach dem amerikanischen Muster zu begrenzen. Werden nicht mindestens Kautelen dieser Art in das Zollermächtigungsgesetz hineingearbeitet, so kann es sehr leicht mißbraucht werden. Zum Beispiel ließe sich mit seiner Hilfe unschwer die vom Reichsfinanzministerium und der Zigarettenindustrie empfohlene Tabakzollerhöhung durchführen, der die gesetzgebenden Körperschaften noch vor kurzem ihre Zustimmung entschieden verweigerten. Für die agrarpolitischen Wünsche des Reichsernährungsministers würde die letzte Grenze entfallen, und es könnten handelspolitische Konflikte von unübersehbarem Ausmaß entstehen. Aus grundsätzlichen Erwägungen erscheint uns auch der Wunsch der Reichsregierung, zum Abschluß von zweiseitigen Handelsabkommen ermächtigt zu werden, die erst nach ihrem Inkrafttreten dem Reichstag vorgelegt zu werden brauchen, gefährlich. Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit der administrativen Handelspolitik gemacht haben, sprechen nicht dafür, der Reichsregierung so weitgehende Vollmachten zu erteilen.

Um das Gefrierfleisch-Kontingent

Der Kampf um die Gefrierfleischeinfuhr will seit Jahren nicht zur Ruhe kommen. Die erste Großtat des amtierenden Reichsernährungsministers war die Beseitigung des letzten Restes der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr, eines Einfuhrkontingents von 50 000 t jährlich. Jetzt hat der Reichstag, in dem sich nach dem Auszug der Deutschnationalen und Nationalsozialisten das politische Schwergewicht verschob, beschlossen, ein Kontingent in dieser Höhe wieder zuzulassen. Die Mehrheit, die diesen Beschluß herbeiführte, kann sich, soweit bei dieser „hochpolitisch" gewordenen Frage überhaupt noch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen, darauf stützen, daß die Unterbindung der Gefrierfleischeinfuhr keinen erhöhten Verzehr deutschen Fleischs, sondern eine absolute Einschränkung des Fleischverbrauchs, ja für die ärmsten Bevölkerungsschichten Deutschlands den völligen Verzicht auf Fleischverbrauch zur Folge hatte. Zweifellos würde schon die Einführung des in Aussicht genommenen Gefrierfleisch-Kontingents von wohltätigem Einfluß auf die Nahrungsmittelversorgung unseres Volks und auch auf unsere Handelsbeziehungen zu Argentinien sein. Grundsätzlich ist aber daran festzuhalten, daß weder die völlige Unterbindung noch die Kontingentierung der Gefrierfleischeinfuhr eine zweckmäßige Lösung des Problems darstellt. Die Diskriminierung des Gefrierfleischs, das mit den Mitteln einer sachlich nicht gerechtfertigten veterinärpolizeilichen Bestimmung von den deutschen Grenzen ferngehalten wird — für 50 000 t soll der in Frage kommende § 12 des Fleischbeschaugesetzes jetzt suspendiert werden —, ist völlig ungerechtfertigt. Man sollte deshalb die Gefrierfleischeinfuhr, gehemmt durch einen mäßigen Schutzzoll, völlig freigeben. Bei einem Zollsatz von 25 RM je Doppelzentner würde allein die Einfuhr des jetzt beantragten Kontingents dem Reich eine zusätzliche

Zolleinnahme von 12,5 Mill. RM bringen, die nach allen bisher mit der Kontingentierung gemachten Erfahrungen heute ohnedies auf dem Wege zum Verbraucher hängen bleiben. Geht die Einfuhr über diese Menge hinaus, so würden die Reichseinnahmen aus den Einfuhrzöllen noch steigen. Da der Antrag auf Wiederzulassung des Einfuhrkontingents von der Partei des Reichsfinanzministers gestellt worden war, hoffen wir, daß er solchen fiskalischen Überlegungen zugänglich sein und seinen Einfluß für eine Regelung einsetzen wird, die dem Wesen unseres handelspolitischen Systems besser entspricht als die Kontingentierung.

Aufklärungen über den Kauf der GIC

Als Mitte 1928 die Preußenkasse und die Rentenbank - Kreditanstalt gemeinsam den damals noch sogenannten „Scheuer-Konzern" erwarben, wiesen wir bereits auf die Bedenken gegen den Kauf und seine Begleitumstände hin und gaben der Befürchtung Ausdruck, daß „die jetzt vollzogene Investition, soll sie erfolgreich sein, weitere große Investitionen nach sich ziehen" müsse (vgl. Jahrg. 1928, S. 1102; ferner Nr. 29, S. 1150, Nr. 31, S. 1219). Die Frage nach dem Kaufpreis, die wir damals stellten und der Wunsch nach Aufhellung der verworrenen Geschäfte sind erst jetzt vom „Ausschuß zur Untersuchung der Roggenstützung" aufgegriffen worden; von einer Stelle also, die ganz andere Aufgaben hat und die sich zu einer Zeit in die Untersuchung dieser Geschäfte hat hineinlocken lassen, in der es bei weitem wichtiger gewesen wäre, die Hintergründe der Roggenstützung gründlich aufzuhellen. Wäre dies rechtzeitig geschehen, so hätte der Reichsernährungsminister im Kabinett ohne Zweifel eine beträchtlich schwerere Stellung gehabt, als es tatsächlich der Fall war, seine Gegner hätten wahrscheinlich schlagende Argumente gegen seine Absichten ins Feld führen können. Vielleicht hätten sich sogar für die Taktik Dr. Baades Erklärungen gefunden. Trotz der Bedenken, die man somit dagegen aussprechen muß, daß der Ausschuß die Geschäfte um die Getreide-Industrie und -Commission AG in diesem Zeitpunkt untersuchte, ist festzustellen, daß die Ergebnisse seiner Untersuchung höchst aufschlußreich sind. Wenige Wochen nach dem Kauf hat Herr Büchlein von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erklärt, die Mühlen der GIC seien ihm vor Jahresfrist „zur gefl. Auswahl" angeboten worden. Wir sprachen im Anschluß an diese Bemerkung die Vermutung aus, daß seine nachträgliche Beteiligung von 10 % zumindest eine moralische Entlastung der beiden Käufer darstelle. Im Licht der Erläuterungen, die jetzt über die Mühlen gegeben worden sind — Kommerzienrat Zielenziger wollte sie „noch nicht einmal geschenkt" haben —, erscheint das Geschäft, das die öffentlichen Banken machten, noch schlechter. Denn sie haben mit dem Kauf der GIC diese — zumindest vorläufig wenig rentablen und stark überkapitalisierten — Mühlen noch nicht einmal voll miterworben, sondern zu etwa einem Drittel extra bezahlen müssen, sie haben überdies neben den Aktien der Mühlenvereinigung auch noch die Aktien einzelner Mühlen nachträglich hereingenommen — fast alle diese Aktienposten zu Kursen, die je nach der Berechnung zwischen 180 und 190 % liegen. Provisionen sind dabei nicht gezahlt worden, wie unter anderem Herr Scheuer einmal vor dem Ausschuß mit Nachdruck erklärte; aber derselbe Herr Scheuer hat mit der Bankengruppe, die als Verkäuferin auftrat, eine beträchtliche Abfindung für den etwaigen (inzwischen eingetretenen) Verlust seines Generaldirektorpostens vereinbart und ausgezahlt erhalten. Am eigenartigsten berührt das Verhalten der verkaufenden privaten Bankengruppe, für die der Bankier Andreae (Hardy & Co.) brieflich und persönlich ausgesagt hat. Daß er als Kaufmann „verdienen will, solange er kann", wie es einmal Jacob Fugger der Große ausgedrückt hat, ist ihm sicherlich nicht übelzunehmen; die Art, in der die Bankengruppe ein Mißverstehen des Angebots durch die Unterhändler der öffentlichen Hand unaufgeklärt gelassen hat (Präsident Klepper hat sicherlich nicht rechtzeitig erkannt, daß er in der GIC einen Mantel fast ohne Inhalt kaufe und diesen später noch teuer werde nacherwerben müssen), geht aber über das, was man als „kaufmännische Tüchtigkeit" bezeichnet, wohl doch etwas hinaus. Ob freilich die Ansicht richtig ist, die man gelegentlich auf dem Getreidemarkt äußern hört, daß das Verhalten der Bankengruppe die Käufer eigentlich berechtigt hätte, Wandlung, d. h. Rücknahme der Aktien zu verlangen, könnte nur das Gericht entscheiden. — Gegenüber diesen schwerwiegenden sachlichen Ergebnissen der Untersuchung haben einzelne Interna geringere Bedeutung, so eigenartig sie auch erscheinen mögen; das gilt von der Horlacherschen Indiskretion über die Sitzungen des Verwaltungsrats der Rentenbank-Kreditanstalt — die erste hat den Ankauf (so wurde wenigstens in der späteren Generalversammlung erklärt) einstimmig genehmigt, in der zweiten kam es aber zu recht lebhaften, um nicht zu sagen rustikalen Erörterungen —; es gilt von den Verhandlungen, die die Verwaltung der GIC mit Herrn Arthur Lehmann, dem Verbandsgeschäftsführer der Getreidehändler, über seinen Eintritt in den Vorstand geführt hat, und es gilt von der noch immer etwas dunkeln Rolle und den Verdiensten des ehemaligen Staatssekretärs Hagedorn, der übrigens als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Mühlenvereinigung schon in der ersten Sitzung des Verwaltungsrats der Rentenbank-Kreditanstalt (dem er angehörte) diesem die notwendigen Aufklärungen hätte geben können. Der wichtigste Schluß, den man aus diesen ganzen Vorgängen und Erörterungen ziehen kann, ist wohl der, daß die Geschäfte von Kaufleuten, Industriellen und Bankiers immer dann am bedenklichsten sind, wenn diese von ihren großen volkswirtschaftlichen Absichten sprechen.

Wie die Ostpreußische Landschaft berichtigt

Zu unseren Ausführungen über die Berichtigung der *Ostpreußischen Landschaft* (vgl. Nr. 9, S. 432) gibt uns Dr. *Freiherr von Bißing*, Privatdozent an der Universität Berlin, der an der Abfassung des Berichts des Enquête-Ausschusses über „Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen" beteiligt war, einen dankenswerten Hinweis. Der Enquête-Bericht enthält eine Darstellung der finanziellen Lage, in der sich die Ostpreußische Landschaft befindet (S. 59 ff.). Es wird nicht nur darin der Status der Landschaft „als angespannt" bezeichnet, sondern ausdrücklich

auf den Verlust von 5,5 Mill. RM verwiesen, der aus der Abwicklung des Amerika-Geschäfts der Landschaft damals noch zu erwarten war und inzwischen eingetreten ist. Im Anschluß hieran heißt es wörtlich:

„Die Landschaft ist aus eigenen Kräften nicht in der Lage, diesen Betrag aufzubringen, und regt deswegen an, ihr diesen Betrag als Subvention seitens des Staates zur Verfügung zu stellen."

Wie Dr. Freiherr von Bißing mitteilt, beruht diese Darstellung des Enquête-Ausschusses „auf den Aussagen und schriftlichen Gutachten des Generallandschaftsdirektors der Ostpreußischen Landschaft vor dem Enquête-Ausschuß". Es ist anzunehmen, daß auch die Anregung, der Landschaft eine Subvention von 5,5 Mill. RM zur Verfügung zu stellen, von Herrn von Hippel stammte. Demgegenüber heißt es in der im vorigen Heft veröffentlichten „Berichtigung" der Landschaft:

„Schließlich wird festgestellt, daß die Landschaft niemals Staatshilfe nachgesucht hat, auch nicht daran denkt, das zu tun."

Das Urteil über die Glaubwürdigkeit der Ostpreußischen Landschaft überlassen wir nach diesen Mitteilungen unseren Lesern.

Kreditverhandlungen Berlins mit der Sofina

Die Frage, wie die Stadt Berlin im Laufe dieses Jahres 600 Mill. RM konsolidieren soll, konnte bisher nicht gelöst werden. Die Verhandlungen der Preußischen Elektrizitäts AG und der Elektrowerke AG bzw. der Viag über die Aufnahme ausländischen Kapitals auf der Grundlage des Berliner Werksbesitzes dauern an. Bei der Unklarheit, die über den künftigen verwaltungsrechtlichen Aufbau Berlins besteht, und angesichts des Mißtrauens, das man seiner — in den letzten Jahren unter dem Einfluß einer größenwahnsinnigen Verkehrspolitik allzu großzügigen — Finanzpolitik entgegenbringt, sind bei diesen Verhandlungen große Hindernisse, z. T. rein psychologischer Art, zu überwinden. Es kommt hinzu, daß es gegenwärtig schwierig ist, öffentliche Anleihen deutscher Unternehmungen zu placieren, und bei der Größe des Objekts wird sich eine öffentliche Emission nicht umgehen lassen. In den letzten Tagen spielt sich nun ein Intermezzo ab, das vielleicht als Vorspiel anzusehen ist. Das Konsortium *Sofina-Gesfürel* hat, anscheinend in Verbindung mit der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der Stadt Berlin ein Finanzierungsprojekt unterbreitet. Es hat, seine Hilfe bei der Konsolidierung der Berliner Schulden angeboten, wenn ihm dafür ein maßgebender Einfluß auf die Betriebsführung in der Berliner Elektrizitätswirtschaft zugestanden wird. Plötzlich, wie das Angebot kam, ist es unter Hinweis auf die Verhandlungen der öffentlichen Werke zurückgezogen worden. Auffällig war dabei die Begründung; die Gesfürel halte es nicht für richtig, „die von der Presse als aussichtsreich bezeichneten Verhandlungen der Preag zu stören". Das Urteil einiger Blätter über die Aussichten dieser Verhandlungen wird damit offensichtlich angezweifelt. Es ist wohl selbstverständlich, daß man nichts unversucht läßt, um die Kraftwerke der Reichshauptstadt unter deutschem Einfluß zu halten. Immerhin ist die Lage ernst. Die mittelmäßige Finanzverwaltung Berlins, die das Konsolidierungsproblem erst aufgriff, als ihr das Feuer auf den Nägeln brannte und die Fälligkeiten der kurzfristigen Kredite in greifbare Nähe rückten, hat die staatlichen Konzerne vor eine äußerst schwierige Aufgabe gestellt. Wir glauben, daß unter diesen Umständen die Anregung, zwischen den Projekten der Sofina und der Preag eine Verbindung herzustellen, sehr erwägenswert ist. Ergibt sich eine Möglichkeit, mit Hilfe der Sofina unter Sicherstellung einer wirtschaftlichen Verwaltung nicht nur der Berliner Kraftwerke, sondern auch des Berliner Verkehrswesens und unter Erhaltung des öffentlichen Einflusses in den neu zu konstruierenden Unternehmungen den Berliner Konsolidierungsbedarf zu decken, so sollte man diesen Weg beschreiten. Jedenfalls zeigt der Zwischenfall mit großer Deutlichkeit, wie ungeschickt es war, der Gesfürel im vorigen Jahr das städtische Minderheitspaket des Elektrizitätswerks Südwest zu überlassen, das, ganz abgesehen von der Preisbemessung, im Zuge der gegenwärtigen Verhandlungen in der Hand der Stadt ein nicht unwichtiges Kompensationsobjekt hätte sein können.

Subventionsgesuch des sächsischen Steinkohlenbergbaus

Von dem führenden privaten Unternehmen des sächsischen Steinkohlenbergbaus, dem Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktien-Verein in Zwickau, ist vor einigen Jahren den übrigen Steinkohlenwerken des Freistaats Sachsen und der sächsischen Staatsregierung ein umfassendes Fusionsprojekt für den ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau vorgelegt worden. Schon seit längerer Zeit ist bekannt, daß der Staat diesem Projekt nicht freundlich gegenübersteht; jetzt hat der sächsische Finanzminister in einer amtlichen Denkschrift den ablehnenden Standpunkt der Regierung begründet. In der Tat ist es zweifelhaft, ob bei der ungünstigen geologischen Beschaffenheit der sächsischen Steinkohlenflöze durch eine Fusion nennenswerte wirtschaftliche Vorteile erzielt werden können. Gleichzeitig mit dieser ablehnenden Stellungnahme zu den Fusionswünschen hat der Finanzminister mitgeteilt, daß die Steinkohlenbergwerke Sachsens um eine „Umschuldung" ihrer kurzfristigen Schulden mit Staatshilfe eingekommen seien. Der Kreditbedarf für diesen Zweck wird auf über 12 Mill. RM geschätzt. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die dem Siegerländer, dem Mansfelder und dem niederschlesischen Bergbau gewährten Subventionen hat der Finanzminister dieses Gesuch an den Reichswirtschaftsminister weitergeleitet. Da ernstlich zu befürchten ist, daß sich auch hier wieder die grundsätzliche Gegnerschaft gegen Subventionen in klingende Münze verwandelt, sei darauf hingewiesen, daß *jede Subvention des sächsischen Steinkohlenbergbaus als aussichtslos angesehen werden muß*. In seinem Bericht über die Kohlenwirtschaft (S. 67) hat der Enquête-Ausschuß die Lage des sächsischen Steinkohlenbergbaus folgendermaßen charakterisiert:

„Eine eigenartige Stellung nimmt innerhalb der deutschen Kohlenreviere das sächsische Steinkohlenrevier ein; in einem hochindustrialisierten Gebiet gelegen, ist es in der Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte von der Konjunktur der umliegenden Industrien abhängig. Sind die allgemeinen Arbeitsmarktverhältnisse günstig, so fällt es dem sächsischen Steinkohlenbergbau schwer, die erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen, während die

Nachfrage nach seinem Produkt ansteigt; umgekehrt sinkt bei ungünstiger Wirtschaftslage sein Absatz, während das Angebot von Arbeitskräften steigt.“ Bei guter Konjunktur ist der sächsische Steinkohlenbergbau also nicht lieferfähig, bei schlechter Konjunktur findet er keinen Absatz. Dieser ungünstigen Lage entsprechend geht die Steinkohlenförderung dieses Reviers seit langem — wenn man von kurzen Unterbrechungen absieht — zurück. Mit wenig über 3,5 Mill. t im Jahre 1930 lag die Förderung um rund ein Drittel unter der Produktion, die um die Jahrhundertwende noch zu verzeichnen war. Für 1931 wird mit einer weiteren Fördereinschränkung gerechnet. Daß man trotz dieses stetigen Niedergangs — der auch darin zum Ausdruck kommt, daß schon seit langer Zeit mehr kein einziges Unternehmen des sächsischen Steinkohlenbergbaus echte Rentabilität aufweist — eine Subvention ins Auge faßt, ist kennzeichnend für die schlimmen Fortschritte, die der Subventionsgedanke gemacht hat.

Produktionseinschränkung der Baumwollspinner

Die Schaffung von Kartellbindungen, die über das Konditionenkartell hinausgehen, ist in der Baumwollindustrie oft erstrebt, aber selten erreicht worden. Die Vielzahl und die verschiedene Struktur der Erzeugerfirmen, die Mannigfaltigkeit der erzeugten Produkte, die häufige betriebliche und unternehmungsweise Zusammenfassung von Spinnerei und Weberei, die Spezialisierung im Produktionsprogramm und schließlich der spekulative Einfluß vom Rohstoffmarkt her haben der Entstehung von Kartellen höherer Ordnung immer wieder Schwierigkeiten entgegengesetzt. Das gilt selbst für die Spinnerei, die als erste Verarbeitungsstufe noch am ehesten für eine straffe Kartellierung geeignet wäre. Auch hier haben sich bisher nur regionale Bindungen aufrechterhalten lassen. Der Beschluß des *Verbandes deutscher Baumwollspinner*, von Mitte März an auf die Dauer von zunächst sechs Wochen eine planmäßige Produktionseinschränkung vorzunehmen, stellt einen neuen Versuch dar, auf dem Wege zu einer kartellmäßigen Zusammenfassung der gesamten deutschen Spinnerei fortzuschreiten. Aber auch die geplante Durchführung dieses Versuchs zeigt deutlich die Schwierigkeiten, die jede schematische Regelung in diesem Produktionszweig bereitet. Man hat die Produktionseinschränkung stark differenziert. Firmen, die mit 60 % oder weniger der Normalbeschäftigung arbeiten, bleiben vorläufig von einer weiteren Einschränkung befreit; sie sollen ihre Beschäftigung nur nicht über den gegenwärtigen Stand hinaus ausdehnen. Die Firmen, die mit mehr als 60 % der Normalbeschäftigung arbeiten, verpflichten sich zu einer Drosselung der Produktion im bestimmten Ausmaß, wobei eine Staffelung zuungunsten der besser beschäftigten Unternehmungen vorgesehen ist. Betriebe mit mehr als 60 %, aber höchstens 70 % Ausnutzung sollen z. B. auf 60 % zurückgehen, Betriebe, die zu mehr als 90 % beschäftigt sind, ihre Produktion um ein Viertel kürzen. Die Form der Einschränkung — Arbeitszeitverkürzung oder Betriebsruhe — wird den einzelnen Unternehmungen freigestellt. Ausgenommen bleiben von dieser Regelung Fein- und Exportgarne sowie die Zweizylinder-Spindeln. Diese sind seit einiger Zeit in einem besonderen (westdeutschen) Kartell zusammengefaßt, im Verband der Zweizylinder-Spinnereien, der versucht, auf diesem Spezialgebiet ein straffes Produktions- und Preiskartell aufzubauen. Dieses Teilkartell, das u. a. mit den Mitteln der Kontingentierung, des Frachtausgleichs, des Treurabatts arbeitet, scheint auch als Vorbild für die weiteren Gesamtkartell-Pläne zu dienen. Die allgemeine Produktionseinschränkung, die zunächst beabsichtigt ist, stellt zweifellos ein *Experiment* dar, sowohl hinsichtlich der generellen Durchführbarkeit wie hinsichtlich der Wirkung. Die Spezialisierung geht schon in den Spinnereien so weit, daß es auch jetzt, während sich der größte Teil der Industrie in einer ausgesprochenen Absatzkrise befindet, Betriebe gibt, die voll arbeiten und für ihre Spezialprodukte einen auf Monate hinaus gesicherten Absatz haben. Werden diese Betriebe geneigt sein, auf volle Beschäftigung zu verzichten? Würde ihr Verzicht der Gesamtindustrie auch nur etwas nützen, da ja ihre Produktion von anderen nur in den seltensten Fällen übernommen werden kann? Es ist auch angesichts der Tatsache, daß schon jetzt sehr viele Spinnereien verkürzt arbeiten, sehr fraglich, ob der Zweck der Produktionseinschränkung, eine wirksame Verknappung des Angebots, erreicht werden kann. Die Maßnahme trifft ferner nur einen Teil des Markts; bei der großen Zahl von Spinnwebereien fallen nur die Verkaufsspindeln unter die Drosselung. Man kann unter diesen Umständen gespannt sein, ob der neue Versuch im Gegensatz zu früheren glückt.

Die Kartellsperre des Arbeitgeberverbands

Man schreibt uns: „Ein soeben veröffentlichtes Urteil des Kartellgerichts vom 18. Dezember 1930 kann sowohl in tatsächlicher wie in rechtlicher Hinsicht allgemeines Interesse beanspruchen. Die Entscheidung spricht — im Gegensatz zu der früheren Rechtsprechung des Kartellgerichts — den Satz aus, daß die Vorschriften der Kartell-Verordnung auch für sozialpolitische Verbände (Arbeitgeberverbände) gelten können, soweit sie sozialpolitische Ziele mit Hilfe wirtschaftlicher (kartellmäßiger) Sperrmaßnahmen zu verwirklichen suchen. Eine solche Maßnahme habe aber schon dann Kartellcharakter, wenn eine tatsächliche Marktbeeinflussung vorliege, ohne daß es einer besonderen hierauf gerichteten Absicht des Verbandes bedürfe. Der Arbeitgeberverband der Berliner Musikinstrumentenindustrie EV, dem Firmen verschiedener Wirtschaftsstufen angehören, hatte beschlossen, an Nichtmitglieder nur mit einem Preisaufschlag von 15 % zu liefern. Früher hatte der Verband die Belieferung von Nichtmitgliedern überhaupt verboten, und das Kartellgericht hatte damals (1929) die Vorschriften der Kartell-Verordnung mit Rücksicht auf die sozialpolitische Zielsetzung des Verbandes für unanwendbar erklärt. Der Verband hielt sich deshalb auch heute berechtigt, die betreffende Maßnahme zu treffen, weil das Verbot der Belieferung eine viel einschneidendere Bedeutung habe als ein bloßer Preisaufschlag. Außerdem könnten ja die betreffenden Firmen ihren Beitritt erklären, denn dem Verbande gehörten ohnehin fast sämtliche Firmen der Branche, die untereinander auch wieder im Verhältnis von Lieferanten und Abnehmern stän-

den, an. Das Kartellgericht hat die Preisdifferenzierung von Nichtmitgliedern verboten. Das Urteil geht davon aus, daß der Beschluß über den Preisaufschlag, der erst durch eine Satzungsänderung ermöglicht worden sei, kartellmäßigen Charakter habe. Denn mit diesem Beschluß nehme der Verband auf die Preise und Bedingungen seiner Mitglieder Einfluß. Wenn auch der sozialpolitische Zweck des Verbandes unverändert bestehen bleibe, so bedeute die Anordnung eines Preisaufschlags für Nichtmitglieder doch, daß der Verband dazu übergehe, mit Hilfe seiner monopolähnlichen Stellung in der Branche eine Beeinflussung des Markts auszuüben. Bei dieser Gelegenheit bringt das Kartellgericht zum ersten Male klar und deutlich zum Ausdruck, daß eine solche Marktbeeinflussung tatsächlich wesentliches Merkmal einer jeden kartellmäßigen Bindung sei. Weiter prüft die Entscheidung die wirtschaftlichen Wirkungen des Preisaufschlags und kommt zu dem Ergebnis, daß sie darauf hinausliefen, die Nichtmitglieder konkurrenzunfähig zu machen und von dem Geschäftsverkehr abzuschneiden. *Die Preisdifferenzierung sei deshalb ein Nachteil von sperrähnlicher Bedeutung* und bedürfe zu seiner Verhängung der Genehmigung des Kartellgerichts. Die Genehmigung müsse jedoch verweigert werden, weil den Nichtmitgliedern der Beitritt zum Verband nicht ohne weiteres zugemutet werden könne und jedenfalls derartige Maßnahmen nicht die geeigneten Mittel seien, für den Beitritt zu einem Arbeitgeberverband zu werben. Es ist erfreulich, daß das Kartellgericht unmißverständlich erklärt hat, daß kartellmäßige Beschlüsse und Maßnahmen der Aufsicht der Kartellbehörde niemals entzogen werden können, auch dann nicht, wenn der Verband als solcher rein sozialpolitischen Charakter trägt."

Streit um den Bahnhofshandel

Herr *Dr. Bruno Rückert* schreibt uns: „Der Einzelhandel sieht in der Verkaufstätigkeit des Bahnhofshandels, soweit sie außerhalb des allgemein angeordneten Ladenschlusses liegt, eine starke Schädigung seiner Interessen. Er verlangt deshalb die Gleichstellung der Geschäftszeiten des Bahnhofshandels mit denen des übrigen Einzelhandels. Da sich mit diesem Streit zahlreiche Verbände, Stadtverwaltungen, Behörden und die Reichsbahn befassen, und neuerdings die Klagen des Einzelhandels auch den Reichstag beschäftigen sollen, erscheint es angebracht, einmal den Wert des Streitobjekts festzustellen und zu einem Urteil darüber zu kommen, ob dieser große Aufwand an Kampfhandlungen angebracht ist. Auf der einen Seite steht der Einzelhandel mit seinen Hunderttausenden von Angehörigen. Er bewältigt nach den Berechnungen von Prof. Dr. Hirsch jährlich einen Umsatz von rund 30 Milliarden RM. Nach der Bevölkerungs- und Berufszählung von 1925 beträgt die Zahl der im Einzelhandel beschäftigten Angestellten etwa 1,5 Mill. Personen. Auf der anderen Seite der Bahnhofshandel, wozu auch der Bahnhofsbuchhandel (aber nicht die Bahnhofswirtschaften, deren jährlicher Umsatz rund 250 Mill. RM beträgt) gerechnet wird. Nach den Ermittlungen der Reichsbahn gibt es im Bahnhofshandel (einschl. Bahnhofsbuchhandel) 1760 Pächter mit einem Personal von 3892 Köpfen. Der Umsatz des Bahnhofshandels und der Automaten wird von sachverständiger Seite auf etwa 60 Mill. RM jährlich geschätzt. Wie man sieht, stehen sich also in dem Streit zwei recht ungleiche Partner gegenüber. Vom Einzelhandel wird nun jener Teil des Bahnhofshandel-Umsatzes als schädigend angesehen, der in den über den allgemeinen Ladenschluß hinausliegenden Zeiten erfolgt. Das ist nach den Angaben des Bahnhofshandels etwa ein Drittel seines Gesamtumsatzes. Da diese Zahl vom Einzelhandel nicht bestritten worden ist, der Einzelhandel auch keine eigenen Angaben über die durch den Bahnhofshandel hervorgerufenen Schädigungen der Einzelhandelsgeschäfte gemacht hat, darf man wohl diese Schätzung als ungefähr zutreffend ansehen. Es würde sich demnach für den Einzelhandel um rund 20 Mill. RM Umsatz jährlich handeln, um die er glaubt, seinen Gesamtumsatz vergrößern zu können. Man muß hier zunächst die Einschränkung machen, daß nicht der gesamte Einzelhandel der Gewinner sein würde, sondern nur ganz bestimmte Branchen. Sodann kommen zwei weitere Einschränkungen. Wenn dem Reisenden auf dem Bahnhof nicht die Möglichkeit gegeben wird, seinen Reisebedarf ganz oder teilweise bequem zu decken, so wird mancher Bedarf überhaupt ungedeckt bleiben. Ferner würde nicht nur der kleingewerbliche Einzelhandel an dem erhofften Umsatzgewinn teilnehmen, sondern auch die Warenhäuser, Konsumgenossenschaften, Gaststätten, Konditoreien und der Straßenhandel würden sich beteiligen; denn man kann nicht annehmen, daß der beim Bahnhofshandel früher gedeckte Bedarf nunmehr ausnahmslos in den kleineren und mittleren Geschäften befriedigt wird, die den Kampf gegen den Bahnhofshandel besonders energisch betreiben. Nutznießer würden gleichfalls die Bahnhofswirtschaften sein, vor allem für Zigarren, Zigaretten, Tabak, Obst, Schokolade, Konfitüren, Milch. Man sieht, daß mit der Zahl von 20 Mill. der vom Einzelhandel zu erwartende Umsatzgewinn bei weitem zu hoch veranschlagt wird; es dürften höchstens 10 bis 12 Mill. sein. Der Mehrumsatz in dieser Höhe würde sich nach der geforderten Einschränkung des Bahnhofshandels auf eine Reihe von Einzelhandelsgruppen verteilen, die insgesamt einen Umsatz von mehr als 10 Milliarden RM haben. Auch die Reichsbahn ist an diesem Streit interessiert. Einmal finanziell, da sie die Bahnhofsverkaufsstände verpachtet. Von dem Bahnhofshandel einschließlich des Bahnhofsbuchhandels erzielt die Reichsbahn jährlich etwa 5 Mill. RM Pacht, von denen etwa 3 Mill. auf die reinen Warenverkaufsstände entfallen, der Rest auf die Buchhandlungen. Zum anderen vertritt die Reichsbahn die Interessen des reisenden Publikums, für dessen Bequemlichkeit sie sich verantwortlich fühlt. Die Reichsbahn hat immer betont, daß der Bahnhofshandel der Reisenden wegen da ist, und daß er deshalb nicht an die innerhalb der Ortschaften festgelegten Verkaufszeiten gebunden werden kann; für die Verkaufszeiten des Bahnhofshandels müsse das Verkehrsinteresse maßgebend sein. Bei dieser Einstellung der Reichsbahn ist es nicht auffällig, wenn der Bahnhofshandel sich selbst ‚als ein Hilfsgewerbe des öffentlichen Verkehrs' betrachtet. Vom Gesichtspunkt der Hebung des Fremdenverkehrs aus setzen sich übrigens die Verkehrsvereine und die Stellen für die Fremdenwerbung gleichfalls für den Bahnhofshandel ein. Auch abgesehen von diesem Ver-

kehrsinteresse rechtfertigt der Wunsch des Einzelhandels, zu seinem Milliardenumsatz einen Teil der strittigen 10—12 Mill. RM Umsatz hinzuzugewinnen, keineswegs die Tatsache, daß von den streitenden Parteien nicht nur eine große Anzahl von Verbänden, Vereinen und Behörden sondern auch Parlamente in Bewegung gesetzt werden. Es muß durchaus möglich sein, daß die Gegner untereinander zu einer friedlichen Verständigung kommen, die auf das Verkehrsinteresse abzustimmen ist. Eine gesetzliche Regelung, wie sie jetzt vom Reichstag verlangt wird, ist überflüssig und sollte schon gar nicht von denen angestrebt werden, die sich sonst mit soviel Emphase gegen jeden Eingriff des Staates in die Wirtschaft wenden."

Konzernabbau bei der AG für Verkehrswesen

Bei der AG für Verkehrswesen ist eine eigenartige Entwicklung zu verzeichnen. Erst vor wenigen Monaten entstand zwischen der Direktion und dem im Aufsichtsrat vertretenen Bankenkonsortium ein Konflikt, weil den Banken die finanziellen Dispositionen der Direktion nicht solide genug erschienen und weil die Expansion auf dem *Baugebiet* den Banken zu riskant war. Die Banken haben sich damals zurückgezogen — aber die neu zusammengesetzte Verwaltung tut nunmehr das, was jene wollten. Nach dem Zusammenbruch der Industriebau Held & Francke AG, an der die AG für Verkehrswesen beteiligt ist (vgl. Nr. 9, S. 438), hat sie nunmehr die zweite Baubeteiligung, ihren Besitz an Aktien der *Dyckerhoff & Widmann AG* — etwa 3½ Mill. von insgesamt 8 Mill. RM Kapital — verkauft. Dafür erhält sie keinen Barerlös, sondern den gleichen Betrag Verkehrswesen-Aktien, die voraussichtlich später eingezogen werden sollen. Es handelt sich also um eine ausgesprochene *Konzernverkleinerung*, um eine Umkehr von dem früher befolgten Weg der forcierten Expansion. Diese Entwicklung scheint zu einer allmählichen Konsolidierung der AG für Verkehrswesen zu führen, und sie muß als vernünftig bezeichnet werden; aber natürlich taucht die Frage auf, warum die Direktion nicht früher, unter Vermeidung des Streites mit den Banken, diesen Weg beschreiten konnte. Offenbar war dazu ein starker Druck notwendig. Die Direktion wußte, daß sie *zum zweitenmal* eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Aufsichtsrat nicht aufs Spiel setzen durfte, und das gab diesem Aufsichtsrat ein starkes Übergewicht. Die Dyckerhoff-Transaktion bringt aber noch einen besonderen Vorteil mit sich. Die als Kaufpreis zu vergütenden rund 3½ Mill. Verkehrswesen-Aktien stammen aus dem Besitz der englischen Aktionärgruppe *Bennett*, deren Aktienpaket an verschiedenen Stellen lombardiert war. Durch die Transaktion wird also nun zugleich der Markt der Verkehrswesen-Aktien von jener Gefahr entlastet, die große lombardierte Aktienbestände stets darstellen. Dafür hat aber die Verkehrswesen-Verwaltung auch Zugeständnisse gemacht; sie hat Dyckerhoff-Aktien gegen Verkehrswesen-Aktien im Verhältnis von 1 : 1 getauscht, obwohl der Börsenwert der Dyckerhoff-Aktie weit höher ist als der der Verkehrswesen-Aktie. Einzelne Aktionäre der AG für Verkehrswesen werden vielleicht in der nächsten Generalversammlung dagegen Einspruch erheben, daß auf diese Weise einer Aktionärgruppe zum Schaden der Aktionärgesamtheit ein Sondervorteil zugeführt wurde. Immerhin stehen dem die oben erwähnten Vorteile für den Verkehrswesen-Konzern gegenüber. Der Bericht, den die Verwaltung über diese Transaktion ausgab, läßt die *Dividendenfrage* für das vergangene Geschäftsjahr noch offen. Es wird mitgeteilt, daß der Reingewinn den des Vorjahres (4,6 Mill.) nahezu erreichen werde, daß aber das notleidende Industriebau-Engagement noch etwa mit 2,8 Mill. RM zu Buch stehe. Wie weit Abschreibungen hierauf und ferner auf die Lenz-Beteiligung notwendig seien, soll erst entschieden werden, wenn sich der Verlauf der ersten vier Monate von 1931 übersehen lasse. Nach Ansicht maßgebender Verwaltungsmitglieder und unabhängiger Beobachter dürfte eine Dividende keinesfalls verteilt werden, wenn man es mit der Solidität ernst nehmen will. — Für die Dyckerhoff & Widmann AG, die gleichzeitig die früher abgegebenen Beteiligungen an holländischen Tochtergesellschaften von Verkehrswesen zurückerwirbt, bedeutet die Transaktion nach der kurzen Unterordnung unter die Verkehrswesen-Verwaltung eine *Verselbständigung*. Die Dyckerhoff-Verwaltung hat anscheinend im letzten Jahr, als die AG für Verkehrswesen so unerfreulichen Diskussionen ausgesetzt war, mehrfach bedauert, daß sie sich diesem Konzern angeschlossen hatte. Sie hat jetzt selbst das Konsortium, das die knappe Majorität übernahm, zusammengestellt. Neben den Persönlichkeiten der engeren Verwaltung besteht das Konsortium aus der englischen Gruppe Bennett und aus dem schwedischen Kugellager-Konzern.

Vor der Auflösung des Blumenstein-Konzerns

Einer der wenigen noch bestehenden „Inflations-Konzerne" scheint nunmehr der Auflösung verfallen zu müssen. Der sogenannte Blumenstein-Konzern hat allmählich eine so große Schuldenlast angehäuft — reichlich 50 Mill. RM kurzfristig und knapp 20 Mill. RM langfristig —, daß es unmöglich erscheint, die z. T. schon überfälligen Bankkredite ohne Realisierung wesentlicher Bestandteile zurückzuzahlen. Da die Konzernleitung selbst kaum Anstalten gemacht hat, diese notwendigen Auflösungsmaßnahmen einzuleiten, haben die Banken nunmehr einen Vertrauensmann in die Verwaltung entsandt. Daß es dafür höchste Zeit war, geht daraus hervor, daß vor einigen Tagen die Bereitstellung der Zins- und Amortisationsrate für die Londoner Anleihe der zum Konzern gehörenden *Bank für Textilindustrie* auf ernste Schwierigkeiten stieß, also vorübergehend effektive Zusammenbruchsgefahr bestand, bis sich die deutschen Bankgläubiger zu nochmaliger Hilfe entschlossen. Sie haben damit Zeit für die ruhige Abwicklung gewonnen. Wieweit die hohen Schuldbeträge überhaupt hereingebracht werden können, ist natürlich noch nicht zu übersehen. Die Auflösung dieses Inflations-Konzerns wird für die Gesamtwirtschaft keinesfalls ein Nachteil sein. Die Brüder Blumenstein haben — ursprünglich mit eigenen Kriegsverdiensten, später mit Kredit — Aktienpakete der verschiedensten Textilunternehmungen aufgekauft, aber sie haben mit diesen Paketen nicht mehr anzufangen gewußt als irgendein Spekulant. Die an-

gegliederten Gesellschaften wurden nicht zu einer höheren industriellen Einheit verschmolzen, sondern der ganze Konzern (wenn diese Bezeichnung überhaupt gerechtfertigt ist) behielt die Form einer reinen Aktienverwaltung, eines ungegliederten Haufens von lombardierten Aktienpaketen. Für die Gesamtwirtschaft wird es sicher von Vorteil sein, wenn diese Pakete allmählich wieder in Kreisen placiert werden, die nicht 50 bis 60, sondern jeweils nur *ein* Unternehmen kontrollieren und ihm die nötige Sorgfalt widmen können. Die Erreichung dieses Ziels wird aber dadurch erschwert, daß die Unternehmungen z. T. finanziell miteinander verflochten sind; vor allem haften elf Werke solidarisch für die englische Anleihe der Bank für Textilindustrie. Bevor diese Haftung nicht abläuft oder abgelöst wird, dürfte die Placierung der Pakete schwierig sein.

Gesetzliche Einschränkung der Zinnproduktion

Man sollte meinen, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Hoffnungen auf eine wirkliche Marktbesserung durch künstliche Produktionseinschränkung zur Genüge als vage erwiesen hätten. Trotzdem werden immer noch Maßnahmen dieser Art empfohlen und durchgeführt. Bei der Restriktion der Zinnerzeugung, die vom 1. März an erfolgt, ist man sogar soweit gegangen, die Beschlüsse formell zu legalisieren, indem man sie durch Verordnungen der zuständigen Regierungen, also der Regierungen der Malaienstaaten, Niederländisch-Indiens, Boliviens und Nigeriens, unterstützen läßt. Eine Überschreitung der festgesetzten Produktions- und Ausfuhr-Quoten ist für die Zinnproduzenten der genannten Länder nicht nur als Bruch einer Vereinbarung anzusehen, sondern als Verstoß gegen ein Landesgesetz strafbar. Es handelt sich also um eine reguläre *Zwangsbewirtschaftung der Zinnproduktion,* durch die man die internationale Gewinnung an diesem Metall von 185 000 t im Jahre 1930 auf 145 000 t im Jahre 1931 herabdrücken will; die Verordnungen sind zunächst für die Frist vom 1. März 1931 bis zum 28. Februar 1933 in Kraft gesetzt. Es ist kein Wunder, daß von englischen Interessenten — nicht nur von Verbraucherseite — ein ziemlich lebhafter Widerstand gegen diese Form der Zwangsbewirtschaftung geltend gemacht wird. Man hat gegen sie auch grundsätzliche Argumente vorgebracht; durch die Legalisierung der Maßnahme werde den Zinnbetrieben, die auch bei den gegenwärtigen Preisen noch rentabel arbeiten, ein Teil ihrer Produktionsmöglichkeit und damit ihrer Gewinnmöglichkeit von Staats wegen genommen, was gleichbedeutend sei mit einer Enteignung; Enteignungen ohne ordentliches Verfahren seien aber auf Territorien, die unter britischer Verwaltung stehen, verfassungswidrig. Abgesehen von diesen Einwänden, hat aber der Restriktionsplan auch keine sehr tragfähigen Grundlagen. Die Einschränkung um rund 22 % der Vorjahrsproduktion, die zunächst in Kraft tritt, wird die Entlassung einer erheblichen Anzahl von chinesischen und malaiischen Arbeitern sowohl in den Malaienstaaten als auch in Niederländisch-Indien zur Folge haben. Desgleichen werden im bolivianischen Bergbau Indios zur Entlassung kommen, die schon vor einem Jahre sehr unruhig wurden, als dort die Produktionseinschränkung begann. Jetzt werden diese Elemente den Regierungen der betreffenden Länder natürlich Schwierigkeiten machen, eine Gefahr, welche die zuständigen Behörden auch hervorhoben, ohne damit gegenüber dem Drängen der großen Finanzgruppen, die ihre Kapitalien im Zinnbergbau investiert haben, durchzudringen. Besonders für Bolivien ist ferner die Frage des Zinsendienstes für die in Amerika placierten Bonds von Bedeutung. Schwierigkeiten bestehen in dieser Hinsicht schon seit längerer Zeit. Es ist schwer zu sagen, wie man sie beheben will, wenn der wichtigste Exportartikel des Landes nur in stark eingeschränktem Umfang zum Verkauf gelangen kann. Die Vereinigten Staaten sind gezwungen, ihren gesamten Zinnbedarf durch Import zu decken. Gegenüber Aktionen, welche die Preise von Importwaren zu verteuern drohen, sind die Amerikaner bekanntlich sehr empfindlich. Im vorliegenden Fall kommt nun noch die Frage des bolivianischen Zinsendienstes hinzu. Wenn auch die Brüder Guggenheim in Bolivien selbst im Zinnbergbau tätig sind (bei der Aramayo-Gruppe), so ist dieses Interesse doch nicht groß genug, um die übrigen amerikanischen Interessen kompensieren zu können. Auf eine Gegenaktion von amerikanischer Seite wird man sich also gleichfalls gefaßt machen müssen. Dazu kommt noch, daß sich eine Reihe von malaiischen Zinngesellschaften dem Plan sehr ungern fügt, weil dieser in seiner Endwirkung eigentlich nur den neuen und während der großen Zinnhausse von 1925/1927 aus spekulativen Erwägungen gegründeten Unternehmungen dient. Der natürliche Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Erzeugergruppen trägt also ebenfalls ein Moment der Unsicherheit in die Durchführung des ganzen Planes hinein. Ob die Einschränkung unter diesen Umständen wirklich so funktionieren wird, wie es die Schöpfer des Planes hoffen, wird von den meisten Kennern des Markts bezweifelt.

Österreichische Zollpläne

Man schreibt uns aus *Wien:* „Erst im Sommer 1930 hat der Nationalrat rund ein Drittel der Zölle des österreichischen Tarifs erheblich heraufgesetzt. Damals wurde auch eine baldige Generalrevision des Tarifs angekündigt. Selbst die Gegner der Schutzzollbewegung wünschten eine solche herbei, da durch die wiederholten planlosen Zollrevisionen der Tarif völlig systemlos geworden war. Er bietet heute weder dem heimischen Markt wirklichen Schutz, noch ist er zur Förderung der Ausfuhr geeignet. Nur das Preisniveau wurde in ungesunder Weise gesteigert. Durch eine gründliche Aussprache über das gesamte Zollwesen konnte man hoffen, zu einem tarifpolitischen System zu gelangen. Damit hat es aber gute Weile. Die Regierung hat in Anbetracht der nahen Revision einer Reihe wichtiger Handelsverträge die Generalrevision des Zolltarifs verschoben und vorerst in alter Nachgiebigkeit gegen alle Interessentenwünsche eine *Teilnovelle zum Zolltarif* dem Hauptausschuß — nicht dem Nationalrat — vorgelegt. Der von den Parteien gleichmäßig beschickte Hauptausschuß hat nämlich das Recht, Zolländerungen in dringlichen Fällen im Verordnungswege durchzuführen. Es handelt sich diesmal aber um eine so große Zahl von Zöllen, die erhöht, und zwar sehr kräftig erhöht werden sollen, um eine so wesentliche Änderung des Zolltarifs, daß die Heranziehung des

Notparagraphen fast wie eine bewußte Umgehung des Nationalrats aussieht. Von der großen Zolliste seien angeführt: die Aufhebung der Höchstgrenze beim Gleitzoll für Getreide und die Steigerung des zu sichernden Preises auf 46 S bei Weizen und 42 S bei Roggen (gegenwärtiger Weizenpreis 22 S, Roggenpreis 19 S), die Erhöhung der Viehzölle, der Zölle fast aller Textilgewebe, mit Ausnahme von Baumwollgeweben, deren Sätze schon im Vorjahr hinaufgesetzt wurden, ferner der Zölle für Leder und Schuhe (gegen Bat'a), Hohlglas, Tonwaren, schmiede- und gußeiserne Röhren, Gußeisen- und Stahlwaren, elektrische und andere Maschinen, Automobile, eine Reihe von Chemikalien, Packpapier usw. Zudem besteht die Landwirtschaft auf der Einführung des Getreideeinfuhrmonopols und einer Kontingentierung der Vieheinfuhr. Nun steht es schon jetzt fest, daß die Opposition im Nationalrat die Regierung auffordern wird, die Zollnovelle dem Nationalrat und nicht dem Hauptausschuß vorzulegen. Da die Opposition stark genug ist, wird dies auch geschehen müssen. Die Regierung wird aber trotzdem den Nationalrat umgehen. Für die Vertragsverhandlungen genügt ihr nämlich auch die Zollvorlage. Sie wird auf Grund der Vorlage verhandeln. Das hat sie schon bei früherer Gelegenheit getan, und da die Handelsvertragspartner bisher darauf eingingen, hat sie diese Verhandlungsart zur Methode ausgebildet. Gelingt es der österreichischen Regierung, die beantragten Zollerhöhungen, bevor sie im Parlament beschlossen werden, in den Handelsverträgen unterzubringen, dann bleibt dem Nationalrat schließlich nichts übrig, als sie nachträglich gutzuheißen. Die Zollerhöhungen braucht die Regierung, wie gesagt, für die bereits eingeleiteten oder für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn, der Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien und der Schweiz. Begonnen haben die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei und mit Ungarn. Von der *Tschechoslowakei* wird die Zustimmung zu einer bedeutenden Erhöhung der österreichischen Zollsätze für Gewebe, Glas, Tonwaren, guß- und schmiedeeiserne Röhren, Stahlwaren, Packpapier und Maschinen gefordert. Die Forderung der österreichischen Ausfuhrindustrie auf Ermäßigung der tschechoslowakischen Zölle mußte angesichts dieses Kampfprogramms natürlich zurückgestellt werden. Im Gegenteil, es ist nicht ausgeschlossen, daß man, um die Zollerhöhungen durchzusetzen, der Ausfuhrindustrie noch Opfer zumutet. Denn um die Zollerhöhungen durchzusetzen, will man selbst vor einer Kündigung des Vertrags nicht zurückschrecken. Anders ist das Verhandlungsprogramm *Ungarn* gegenüber geartet. Hier soll in irgendeiner Form das regionale Vertragssystem vorbereitet werden. Ungarn soll nur noch begünstigte Einfuhrkontingente für Getreide und Vieh erhalten; über die Zugeständnisse, die man Ungarn abfordern wird, ist man sich noch nicht einig. Größte Aussicht auf Verwirklichung hat die — eine Umgehung der Meistbegünstigung darstellende — Prämiierung eines Teils des österreichischen Industrieexports nach Ungarn. Die begünstigten Kontingente der ungarischen Agrarausfuhr nach Österreich sollen ebenfalls prämiiert werden. Da die Prämien im Giro verrechnet werden sollen, bedeutet das Projekt nichts anderes als Zollrückvergütungen für noch zu bestimmende Ausfuhrkontingente. Gelingt es, mit Ungarn zu einem Vertrag dieser Art zu kommen, dann wird es wohl nicht schwierig sein, den Handelsverkehr mit Südslawien in derselben Form zu regeln. Dieser Vertrag läuft Mitte des Jahres ab. Die Revisionsverhandlungen sollen in der nächsten Zeit beginnen, danach die Verhandlungen mit Rumänien."

Teilverständigung und Zwangssyndikat im Ruhrbergbau

Der Bestand des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats ist für weitere drei Monate gesichert worden. Es ist zunächst der Syndikatsleitung gelungen, den Streit mit der Dessauer Gas AG beizulegen (vgl. Nr. 8, S. 388). Vom 15. März an wird die Magdeburger Großgaserei mit Syndikatskohle beliefert werden, und zwar offenbar im Prinzip mit Kohlen der Zeche Westfalen; der grundsätzliche Standpunkt des Syndikats, daß es nicht verpflichtet sei, ausschließlich Westfalen-Kohle zu verwenden, bleibt dagegen unberührt. Die der Magdeburger Großgaserei gelieferte Kohle unterliegt nicht der direkten Verrechnung zwischen Gaswerk und Zeche; ein Selbstverbrauchsrecht der Zeche wird nicht anerkannt. Vielmehr erhält die Zeche den Syndikatsverrechnungspreis, während das Gaswerk anscheinend auf der Preisbasis der bisher bezogenen englischen Kohlen beliefert werden soll. Diese Regelung dürfte sogar mit wirtschaftlichen Vorteilen für Dessauer Gas verbunden sein. Mit den übrigen Außenseitern ist eine ähnlich vollständige, wenngleich nur provisorische Bereinigung der Streitfragen nicht erfolgt. Gleichwohl haben die Stumm-Zechen und die Zeche Friedrich der Große (Ilseder Hütte), die eine Erhöhung ihrer Verkaufsbeteiligung anstrebten, schließlich dem Syndikatsvertrag zugestimmt. Die Zechen Graf Bismarck und der Magdeburger Bergwerksverein wurden durch den Reichswirtschaftsminister dem Syndikat zwangsweise beigeschlossen. Das Provisorium gilt nur bis zum 1. Juli. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen ist kaum anzunehmen, daß es dann zur Austragung des großen Interessengegensatzes Hüttenzechen — reine Zechen kommt. Notfalls wird man wohl auch dann wieder ein Provisorium finden. Eine definitive Verständigung ist zur Zeit besonders durch die ausgesprochen ungünstige Lage der Eisen- und Stahlindustrie erschwert, die dank ihrer eigentümlichen Erzeinkaufspolitik in eine besonders kritische Situation geraten ist, die mehrere Jahre dauern kann. Soweit bei den Mitgliedern des Ruhrkohlensyndikats die Eiseninteressen überwiegen, möchten sie zwar gern durch Verbesserung des Syndikatsvertrags in ihrem Sinne Unkosten ersparen; sie können aber andererseits nicht auch noch die Verluste eines syndikatslosen Zustandes tragen. Diese Hemmung für die Entscheidung der einen Gruppe dürfte das Zustandekommen eines Definitivums fast unmöglich machen.

Guter Pfandbriefabsatz im Jahre 1930

Die Pfandbrief-Institute haben allen Anlaß, mit dem Verlauf des Jahres 1930 zufrieden zu sein. Der Absatz ihrer Emissionen hat sich günstiger gestaltet, als zu Beginn des vorigen Jahres gehofft werden konnte, und wenn auch infolge der politischen Vertrauenskrise im Herbst 1930 noch zeitweise die Institute große Beträge an zurückfließenden Pfandbriefen und Kommunalobligationen aufnehmen mußten, so trat doch per Saldo infolge des Booms im Frühjahr eine kräftige Absatzsteigerung gegenüber 1929 ein. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug der Bruttoabsatz an Pfandbriefen im Jahre 1930 im *Inland* 1784,8 Mill. RM gegen 888,5 Mill. im Jahre 1929. (Das Ergebnis für 1930 unterscheidet sich freilich von dem des Vorjahrs in der statistischen Zusammenset-

tung insofern, als vom vierten Quartal an die eigenen Bestände der Banken allgemein vom Umlauf abgesetzt wurden.) Der Bruttoabsatz hat sich also nach den vorliegenden Zahlen fast verdoppelt. Dieselbe Tendenz läßt sich bei den Kommunalobligationen feststellen; dort ist der Bruttozuwachs von 258,8 auf 549,3 Mill. RM gestiegen. Wie nicht anders erwartet werden konnte, hat das *Ausland* keine große Neigung gezeigt, deutsche Pfandbriefe zu kaufen. Die Kursverluste, die es vor allem im Jahre 1929 erlitten hatte, waren zu groß. So kommt es, daß der Bruttoabsatz von Pfandbriefen nach dem Ausland nur 41,5 Mill. RM, der Bruttoabsatz von Kommunalobligationen sogar nur 1,7 Mill. RM ausmachte. Zieht man die Abgänge durch Tilgung, Rückkauf usw. von den genannten Zahlen ab, so erhält man den für die Beurteilung des Geschäftsverlaufs maßgebenden Nettoabsatz. Es zeigt sich dann die erfreuliche Tatsache, daß sich die Abgänge bei den inländischen Pfandbriefen gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig verringert haben. Damals betrug der Abgang 390,1 Mill., im Jahre 1930 trotz des verdoppelten Bruttoverkaufs nur 535 Mill. RM. Bei den Kommunalobligationen belief sich der Abgang im Jahre 1929 auf 83,9 Mill., im Jahre 1930 dagegen „nur" auf 96,6 Mill. RM. Charakteristisch für die gegenwärtige Lage ist es, daß die Abgänge bei den Auslandsemissionen sowohl von Pfandbriefen wie von Kommunalobligationen den Bruttoverkauf zum Teil wesentlich überschritten. So kommt es, daß im In- und Ausland zusammen der Nettoabsatz von Pfandbriefen nur 1228,2 Mill. (gegen 501,5 Mill. im Vorjahr), der in- und ausländische Nettoabsatz von Kommunalobligationen 344,7 (gegen 157,9 Mill. im Jahre 1929) beträgt. Der Nettoabsatz von Pfandbrief- und Kommunalobligationen hat sich also von 659,4 auf 1572,9 Mill. RM, d. h. um mehr als 250 %, erhöht. Interessant ist, daß sich im vierten Quartal 1930 bis in den Dezember hinein die Auswirkungen der Vertrauenskrise verfolgen lassen. Der Zugang blieb wesentlich hinter dem der vorangegangenen Quartale zurück. Zu erwähnen ist noch der Rückgang des Pfandbriefumlaufs der öffentlichen Anstalten im letzten Quartal 1930, der im Gegensatz zu der Bewegung bei den übrigen Instituten steht. Die Gesamtsumme der von öffentlichen Instituten ausgegebenen Pfandbriefe hat sich in den letzten drei Monaten des Jahres 1930 von 2970,1 auf 1987,5 Mill. RM vermindert. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf Kosten der preußischen Landschaften vor sich gegangen. Allein die Ostpreußische Landschaft hat ein Minus von 56,3 Mill. zu verzeichnen. Relativ hoch ist auch der Rückgang bei der Hannoverschen Landeskreditanstalt (minus 20 Mill.), was sich offenbar aus der Rückzahlung der Amerika-Anleihe erklärt. Beim Berliner Pfandbriefamt ist ein Rückfluß von etwa 4 Mill. festzustellen. Ob sich die Verhältnisse in der nächsten Zeit bessern werden, läßt sich noch nicht sagen. Eine sorgfältige Kurspflege, an der es besonders bei den Landschaften gefehlt hat, würde das Vertrauen des Publikums in diese Werte wesentlich stärken.

Personalia

Der frühere Syndikus der Berliner Handelskammer, Geh. Justizrat Dr. *Heinrich Dove*, ist im 77. Lebensjahr gestorben. Geheimrat Dove ist neben seinem Wirken für die Berliner Handelskammer auch als freisinniger Politiker — er war vor dem Krieg Vizepräsident des Reichstags — und als Kommentator des Handelsrechts hervorgetreten.

Im Alter von 52 Jahren ist Dr. *Gustav Sintenis*, einer der vier Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, plötzlich gestorben. Dr. Sintenis wurde im Jahre 1907 von Carl Fürstenberg als Syndikus in die Berliner Handels-Gesellschaft berufen. Auf Grund seiner hervorragenden Fähigkeiten wurden ihm sehr bald größere Aufgaben übertragen; im Jahre 1918 trat Dr. Sintenis in den Kreis der persönlich haftenden Gesellschafter des Instituts ein. Er widmete sich insbesondere dem Emissions- und Konsortialgeschäft und vertrat die Bank im Aufsichtsrat zahlreicher großer Aktiengesellschaften. Dr. Sintenis hat auch eine rege publizistische Tätigkeit ausgeübt, insbesondere über Fragen des Aktienrechts.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Strelitz, *Wilhelm von Köppen-Staven*, starb am 1. März im Alter von 64 Jahren. Der Verstorbene hat sich auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Rechnungswesens und der Absatzgestaltung große Verdienste erworben.

Das Vorstandsmitglied der Hanfwerke Füssen-Immenstadt AG, Geheimer Kommerzienrat *Fritz Knispel*, ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

Der Mitbegründer und langjährige Mitinhaber der Berliner Eisengroßhandlung Schweitzer & Oppler, *Eugen Oppler*, starb im Alter von 80 Jahren.

Das stellvertretende Vorstandsmitglied der I. G. Farbenindustrie AG, Dr. phil. *Ernst Borsbach*, starb am 25. Februar.

Der langjährige Direktor der Vereinigte Königs- und Laurahütte AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Minister a. D. *Józef Kiedrón*, ist von seinem Posten zurückgetreten.

Die philosophische Fakultät der Grazer Universität hat den Verleger *Emil Reclam*, Leipzig, in Würdigung seiner Verdienste um die Literatur zum Ehrendoktor ernannt.

Das Ordinariat für römisches Recht, bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Universität Tübingen ist Professor Dr. *H. Kreller* in Münster i. W. übertragen worden.

Bilanzen

Vereinigte Stahlwerke AG

Die Ursachen der Dividendenkürzung — Belastung durch Quotenkäufe — Verschlechterte Liquidität

Die Vereinigten Stahlwerke hatten in den Vorjahren 6 % Dividende ausgeschüttet und, wenn man das vorweg abgebuchte Anleihe-Disagio einrechnet, im Jahre 1928/29 etwa 8 % verdient. Innerhalb der Verwaltung trat damals eine nicht unbedeutende Minderheit für eine höhere Dividende als 6 % ein. Für das vergangene Geschäftsjahr 1929/30 zwang der Konjunkturrückgang zu einer Dividendenkürzung um 2 % auf 4 %. Daß tatsächlich der allgemeine Konjunkturrückgang und nicht — oder wenigstens nicht in dem Maße, wie es der Geschäftsbericht behauptet — die anomale Selbstkostenerhöhung in Deutschland an diesem Ergebnis schuld ist, zeigt eine Übersicht über die Produktionsentwicklung der europäischen Eisenindustrie.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Produktionsrückgang an *Rohstahl* bei den Vereinigten Stahlwerken im vergangenen Jahr gegenübergestellt einmal dem Produktionsrückgang der übrigen deutschen, sodann dem der ausländischen Schwerindustrie (jeweils im Vergleich zum Vorjahr):

Vereinigte Stahlwerke	— 14 %
Übrige deutsche Schwerindustrie	— 20 %
Belgien	— 11 %
Luxemburg	— 12 %
Frankreich	— 2 %
England	— 16 %

Gerade die unmittelbaren Nachbarindustrien in Belgien und Luxemburg wurden fast ebenso stark vom Produktionsrückgang betroffen wie die Vereinigten Stahlwerke, die erheblich besser als die übrigen deutschen Werke abgeschnitten haben. Wie sehr die Weltwirtschaftskrise für die schlechte Lage insbesondere der Eisenindustrie verantwortlich ist, zeigt auch der stärkere Erzeugungsrückgang in England. Nur Frankreich macht auf Grund der


GELBE
SORTE
REEMTSMA
27 CIGARETTEN

bis Ende September 1930 fast ungebrochen anhaltenden Inlandskonjunktur eine Ausnahme.

Der Druck der Depression macht sich in der Bilanz am deutlichsten bei den Vorräten und Betriebsmitteln bemerkbar. Die Vorräte — hauptsächlich Erz und Kohle — stehen um 41 % höher zu Buch als im Vorjahr, obwohl die Verwaltung ihre Vorsicht bei der Bewertung betont. Infolge des Umsatzrückgangs um 13,3 % hat das Debitorenkonto um 47 Mill. RM = 16,9 % abgenommen. Wenn sich die liquidesten Bestandteile der Debitoren, die Bankguthaben, Wechsel, Kasse usw., relativ gut gehalten haben und zum 30. September 1930 28 % der flüssigen Mittel ausmachen (im Vorjahr 26 %), so muß berücksichtigt werden, daß in ihnen die von der „Phönix" AG für Bergbau und Hüttenbetrieb aufgenommene und den Vereinigten Stahlwerken zur Verfügung gestellte Anleihen mitenthalten ist. Auf der Passivseite wird diese Anleihe unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten aufgeführt. Der Ernst der Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß sich unter dem Zwang zur Finanzierung der Vorratsbildung die Bankschulden mehr als verdoppelt haben, so daß der Aktivsaldo bei den Banken von 65,4 Mill. auf 47 Mill. RM zurückgegangen ist. Zum erstenmal stehen die kurzfristigen Verbindlichkeiten höher zu Buch als die flüssigen Mittel; sie betrugen in den letzten Bilanzen 58 %, 67 %, 66 % und 104 % der flüssigen Mittel. Die volle Herausnahme der Vorräte aus den flüssigen Mitteln läßt die Liquidität allerdings etwas zu ungünstig erscheinen, da auch die Erhöhung der Warenschulden und kurzfristigen Verbindlichkeiten laut Bericht auf die Zunahme der Vorräte zurückgeht.

Ein Unternehmen, dessen Absatz an Fremde zu 38,4 % (im Vorjahr 36,9 %) auf dem Export beruht, mußte natürlich vom Sturz der Weltmarktpreise, der im Verlauf des Konjunkturrückganges eintrat, schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Mittel von 1929/30 ist zwar in Deutschland kaum ein Preisrückgang für Kohle und Eisen gegenüber dem vorigen Geschäftsjahr eingetreten. Dagegen lagen die Walzeisenexportpreise schon wesentlich niedriger, eine Preisbewegung, die sich bis zur Gegenwart noch verstärkt hat.

Preisänderung gegenüber den Durchschnittspreisen 1928/29

(1928/29 = 100)	1929/30 *Geschäftsjahr*	*März 1931*
Deutscher Kohlenpreis	± 0	— 6
Weltmarkt-Kohlenpreis	+ 0,4	— 7
Deutscher Stabeisenpreis	— 1	— 9
Weltmarkt-Stabeisenpreis	— 15	— 35

Aus dieser Aufstellung ist der Erlös mildernde Einfluß der Weltkrise auf die Vereinigten Stahlwerke deutlich zu ersehen, gleichzeitig aber auch der Rückhalt zu erkennen, den die Vereinigten Stahlwerke an den deutschen Syndikatspreisen haben, die für nahezu zwei Drittel ihres Absatzes gelten.

Der Geschäftsbericht erwähnt zwar den internationalen Preisrückgang und betont anläßlich der deutschen Eisenpreissenkung vom Juni 1930, „daß nur eine Senkung des gesamten Kosten- und Preisstandes der deutschen Wirtschaft dieser die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit sichern könne". Die Selbstkostenüberhöhung wird aber im Geschäftsbericht allein mit dem Druck der Reparationen und der „verfehlten Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik Deutschlands" erklärt. Die Gehalts- und Lohnkosten müßten von allen politischen Bindungen befreit „und mit den Kosten des mit uns konkurrierenden Auslands in Einklang gebracht werden". Diese Darstellung ist recht einseitig. So notwendig ein weiterer Abbau der öffentlichen Lasten ist und so gewiß die über der optimalen Höhe liegenden deutschen Löhne ermäßigt werden müssen, so wenig kann eine schematische internationale Lohnnivellierung das Ziel sein. Infolge einer verschiedenen Kombination von Kapital und Arbeit lag das deutsche Lohnniveau von jeher über dem der für die Vereinigten Stahlwerke in Frage kommenden westlichen Konkurrenzländer. Der diesen Ländern gegenüber etwa bestehende Kostennachteil hat, wie auch die Untersuchungen der Enquête zeigen, in der Hauptsache ganz andere Ursachen, nämlich den standortswidrigen Ausbau der Thomasstahlerzeugung in Rheinland-Westfalen auf der Grundlage der viel zu teuren Schwedenerze. Dieser Nachteil muß sich bei den Vereinigten Stahlwerken, die für einen erheblichen Teil ihrer Erzversorgung auf die langfristigen ungünstigen Schwedenkontrakte (die im Geschäftsbericht unerwähnt bleiben) angewiesen ist, besonders bemerkbar machen.

Bilanz

(Mill. RM)	30. 9. 27	30. 9. 28	30. 9. 29	30. 9. 30
Aktiva				
Bergwerks- und Hüttenanlagen	1 207,953	1 348,525	1 372,165	1 439,330
Beteiligungen u. Wertpapiere	295,159	265,447	289,283	317,790
Warenbestände	203,624	173,535	190,816	269,685
Verschiedene Aktiv-Hypotheken	0,485	0,875	2,144	2,453
Forderungen	245,385	201,295	204,100	163,047
Bankguthaben	86,844	74,032	76,136	70,088
Wechsel- u. Scheckbestand	8,146	8,315	10,027	10,587
Kassen-, Reichsbank- u. Postscheckbestand	1,379	1,340	1,120	0,924
Anleihe Disagio-Rechnung	24,000	14,000	—	—
Patente, Lizenzen und sonstige Urheberrechte	0,001	0,001	0,001	0,001
Passiva				
Aktienkapital	800,000	800,000	800,000	800,000
Gesetzliche Rücklage	80,000	80,000	80,000	89,000
Anleihen	523,580	513,906	504,145	494,296
Aufgewertete Anleihen u. Hypotheken	14,128	11,796	10,217	9,928
Sonstige Passiv-Hypotheken	1,249	0,468	0,421	0,206
Wohlfahrtsfonds und Unterstützungskassen	6,269	6,364	6,720	7,092
Sparguthaben von Werksangehörigen	5,927	11,514	15,500	16,749
Langfristige Verpflichtungen	165,382	121,972	120,558	145,647
Warenschulden und sonstige kurzfristige Verpflichtungen	110,710	115,213	116,001	157,049
Akzepte	0,876	—	—	—
Rembourskredite	31,489	20,977	20,981	26,260
Bankschulden	35,326	17,288	10,693	23,078
Anzahlungen der Kundschaft	3,039	12,727	6,025	12,592
Rückständige Löhne, soziale Beiträge und Lohnsteuern	23,794	22,601	23,914	18,197
Noch nicht abgehobene Dividende	0,011	0,027	0,026	0,022
Noch nicht abgehobene Anleihezinsen	0,160	0,295	0,250	0,186
Noch nicht abgehobene ausgeloste Anleihestücke	0,882	1,633	0,272	0,206
Abschreibungen auf Werksanlagen	111,597	198,417	281,941	362,694
Rückstellungen f. Ofenerneuerungen, Bergschäden, schweb. Prozesse und noch nicht abgerechnete Verpflichtungen	105,619	99,671	95,429	84,027
Reingewinn einschl. Vortrag	52,938	52,496	52,699	35,656

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, insbesondere die Vereinigte Stahlwerke AG, konnte ihren Aufbau nur unter dem Schutz der deutschen Syndikate vollenden. Dieser Schutz verursacht aber auch hohe Kosten. Die Unkosten der Syndizierung zeigen sich besonders deutlich in der vorliegenden Bilanz. Die vor etwa einem Jahr vorgenommenen Konsortialkäufe von Werken, die zum großen Teil stillgelegt werden mußten, erhöhen das Effektenkonto mit gering oder gar nicht verzinslichen Zugängen; ausgewiesen werden 28,5 Mill. RM. Die Mittel dazu wurden teilweise auf dem Kreditweg beschafft, denn die Zunahme der langfristigen Verbindlichkeiten um 25,1 Mill. RM wird hauptsächlich auf Stundungen von Restkaufgeldern für neu erworbene Beteiligungen zurückgeführt. Die Tilgung dieser Schulden wird die zukünftigen Abschlüsse schwer belasten.

Neben der Erhöhung der Beteiligungen ist bemerkenswert die Zunahme der Anlagen um 67,2 Mill. RM (23,6 Mill. RM); sie ist teils auf den Rückerwerb der Bochumer Stahlindustrie AG (von der Deutsche Edelstahlwerke AG) zurückzuführen, teils auf fertiggestellte Neubauten besonders bei den Kokereien.

Das Gewinnergebnis fiel deswegen so mager aus, weil die Verwaltung an ihrer vorsichtigen Abschreibungspolitik auch jetzt festhielt. Die Abschreibungen liegen mit 80,75 Mill. RM nur 2,77 Mill. RM unter dem Vorjahrssatz und sind um 13,59 Mill. RM höher als die ausgewiesenen Anlagenzugänge.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	30. 9. 27	30. 9. 28	30. 9. 29	30. 9. 30
Einnahmen				
Vortrag	2,402	4,612	4,169	4,372
Rohüberschuß	280,398	289,172	284,758	262,206
Ausgaben				
Anleihezinsen	29,207	34,589	34,034	33,657
Soziale Aufwendungen	53,849	56,994	57,099	54,738
Steuern	61,345	62,885	61,571	61,774
Abschreibungen auf Werksanlagen	85,461	86,820	83,524	80,753
Reingewinn einschl. Vortrag	52,938	52,496	52,699	35,656
Dividende in %	6	6	6	4

Der Rohüberschuß ist stärker zurückgegangen, als aus dem Rechnungswerk ersichtlich ist, weil im Jahre 1928/29 von ihm bereits 14 Mill. RM Anleihe-Disagio abgebucht worden sind. Wenn man dies berücksichtigt, ergibt sich ein Rückgang um 12,5 %, d. h. immer noch etwas weniger als der Umsatzrückgang (13,3 %). Da Steuern, soziale Aufwendungen und Abschreibungen gar nicht oder nur wenig gesunken sind, stehen zur Dividendenausschüttung und Vortrag diesmal nur 35,7 Mill. RM zur Verfügung.

Deutsche Werft AG

Trotz Schiffbau-Krise erheblich höhere Gewinne — Die ersten Depressionsanzeichen in der Bilanz

Obwohl die deutschen Werften seit Jahren im Zeichen einer sich immer mehr verschärfenden Krise stehen, die sich in sinkender Beschäftigung und unzureichenden Preisen ausdrückt, kann die Deutsche Werft, die zur Gruppe Haniel—AEG gehört, für 1930 wieder einen überraschend guten Abschluß ausweisen. Die Entwicklung des Unternehmens hat sich seit der Sanierung im Sommer 1926 in stark aufwärtssteigender Richtung bewegt, wie die folgenden Zahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung deutlich zeigen:

(Mill. RM)	31. 12. 27	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
Betriebsgewinne	1,28	1,32	1,67	2.29
Abschreibungen	0,58	0,61	0,66	0,76
Reingewinn	0,72	0,73	1,06	1,59
Dividende	6%	6%	8%	8%

Diese außerordentlich günstige Entwicklung, die in völligem Gegensatz zur allgemeinen Schiffbaukonjunktur steht, dürfte in erster Linie auf die nach der Sanierung erfolgreich durchgeführten Bestrebungen der Verwaltung zurückzuführen sein, den Betrieb durch Spezialisierung auf den Bau ganz bestimmter Schiffsgrößen von allen unnötigen fixen Kosten zu entlasten. Diese Absichten waren um so leichter durchzuführen, als die Deutsche Werft, die erst während des Krieges gegründet wurde, damals verhältnismäßig primitiv aufgebaut worden ist und nicht mit den schweren, in der Unterhaltung ziemlich teuren Anlagen belastet war, die die Mehrzahl der deutschen Großwerften aufweist. Wenn man schätzt, welche Unterhaltungskosten den meisten großen deutschen Schiffbaubetrieben allein aus den besonderen Anlagen erwachsen, die in Friedenszeiten für den Kriegsschiffbau errichtet wurden und heute nicht mehr rationell ausgenutzt werden können, so ergibt sich schon daraus ein erheblicher Vorteil der Deutschen Werft mit ihren unkomplizierteren Betriebseinrichtungen. Zu dem außerordentlichen Erfolg, den die Gewinn- und Verlustrechnung erkennen läßt, kam es jedoch erst dadurch, daß die Verwaltung aus ihrer günstigeren Position die gegebenen Konsequenzen zog und sich planmäßig auf den Serienbau einstellte. Man hat in Deutschland diesem Versuch zuerst etwas skeptisch gegenübergestanden, besonders die Industrie wies mit Nachdruck darauf hin, daß es unmöglich sei, ein so individuelles Produkt wie ein Schiff gleichsam am laufenden Band herzustellen. Der Erfolg hat jedoch der Deutschen Werft recht gegeben. Eine Spezialisierung auf das Spitzenprodukt, das hochwertige Passagierschiff, war natürlich ausgeschlossen, da Aufträge dieser Art viel zu selten eingehen, um eine dauernd gleichmäßige Beschäftigung zu ermöglichen, ganz abgesehen davon, daß sich gerade diese Schiffstypen für die serienmäßige Herstellung am wenigsten eignen und auf diesem Gebiet die Konkurrenz mit den übrigen, alt renommierten deutschen Großwerften kaum sonderliche Erfolgsaussichten bot. Die Deutsche Werft hat sich deshalb auf Fahrzeuge, besonders Fracht- und Spezialschiffe bestimmter Größen eingestellt und damit auf die Unterhaltung der für den hochwertigen Schiffbau erforderlichen Anlagen verzichtet. Sie hat infolge ihrer großen Leistungsfähigkeit auf ihrem Spezialgebiet in den letzten Jahren, und zwar besonders aus dem Ausland, regelmäßig gute Aufträge erhalten; auch die zur Zeit vorliegenden Bestellungen verbürgen noch für das ganze laufende Jahr ausreichende Beschäftigung.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Einnahmen					
Vortrag	2,500	0,010	0,023	0,046	0,049
Betriebsgewinn	0,668	1,284	1,321	1,675	2,292
Ausgaben					
Vortrag	2,490	—	—	—	—
Abschreibungen	0,243	0,575	0,612	0,661	0,755
Reingewinn	0,434	0,719	0,733	1,060	1,586
Dividende in %	8	6	6	8	8

Wenn die Verwaltung trotz des um rund 50 % höheren Reingewinns die Dividende unverändert gelassen hat, um dafür die Reserven mit 0,62 (0,15) Mill. RM besonders zu verstärken, so ist das eine berechtigte Vorsichtsmaßnahme im Hinblick darauf, daß auch bei ihr die neuen Aufträge spärlicher einlaufen. Ein Blick auf die Posten „Materialvorräte, in Bau befindliche Schiffe usw." sowie „Kasse und Bankguthaben" auf der Aktivseite der Bilanz und auf die Konten „Anzahlungen usw." und „Gläubiger" auf der Passivseite zeigt diese Entwicklung sehr deutlich.

Bilanz

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Aktiva					
Grundstücke und Gebäude	2,101	3,260	3,260	3,326	3,229
Hellinge u. Betriebsanlagen	}	1,591	1,526	1,526	1,455
Maschinen und Werkstatteinrichtung	} 3,943	2,254	2,189	2,124	2,109
Werkzeuge und Inventar	}	2 RM	2 RM	2 RM	2 RM
Schwimmdocks und Fahrzeuge	}	1,634	1,601	1,555	1,681
Siedlungen	0,323	0,274	0,267	0,259	0,251
Beteiligungen	0,230	0,040	0,040	0,358	0,345
Wertpapiere	—	—	—	—	0,242
In Bau befindliche Schiffe und sonstige Objekte einschließl. Materialvorräte	4,164	12,830	10,303	13,647	13,420
Verschiedene Schuldner	1,101	4,124	3,133	6,164	5,629
Kasse und Bankguthaben	0,188	0,540	3,641	8,890	8,775
Aufwertungsausgleich	0,080	—	—	—	—
Passiva					
Aktienkapital	5,000	10,000	10,000	10,000	10,000
Anleihen	0,228	0,589	0,571	0,455	0,411
Hypotheken	0,079	0,245	0,230	0,230	0,221
Reservefonds	—	0,152	0,188	0,224	0,377
Angestellt.-Unterstützungsfonds	—	—	0,150	0,200	0,250
Anzahlungen auf in Bau befindliche Schiffe u. sonstige Objekte	} 6,390	11,887	11,384	21,869	16,452
Verschiedene Gläubiger	}	2,955	2,704	3.812	5,838
Reingewinn	0,434	0,719	0,733	1,060	1,586

Die Investitionen in laufende Arbeiten sind während der letzten vier Jahre — abgesehen von einem geringen Rückgang im Jahre 1928 — ziemlich unverändert geblieben. Die Werft war also stetig und ausreichend beschäftigt.

Dagegen war bei den Anzahlungen 1929 eine erhebliche Zunahme zu bemerken, die allerdings 1930 zum Teil wieder eingebüßt ist. An sich könnten derartige Schwankungen durch Veränderungen in den Anzahlungsmodalitäten, in längerer Krediteinräumung usw. erklärt werden. Diese Erklärung trifft aber in diesem Fall nicht zu. Der Rückgang der Anzahlungen bestätigt also, daß die Aufträge auf Neubauten zurückgegangen sind. Die Verminderung der Schuldner dürfte im Zusammenhang mit dem etwas ruhigeren Geschäftsgang stehen, während die erhebliche Zunahme der Gläubiger bei gleichzeitig leichtem Anwachsen der flüssigen Mittel einer besonderen Erklärung bedarf, die in der Bilanz nicht gegeben wird und die auch die Verwaltung zunächst noch ablehnt. Man beschränkt sich lediglich auf die Bemerkung, daß die Steigerung der Kredite, die ja im Gegensatz zu der übrigen Entwicklung der Bilanz steht, nicht auf interne Umbuchungen zurückzuführen sei. Möglicherweise ist sie auf größere Vorratskäufe bei den großen Lieferanten, die zum Teil gleichzeitig Großaktionäre sind, zurückzuführen, was allerdings angesichts der Konjunktur kaum ohne weiteres verständlich wäre.

Aus dem nicht sonderlich aufschlußreichen Bericht sei lediglich erwähnt, daß die Verwaltung die aus Werftkreisen gemachten Vorschläge, durch Gewährung von Reichszuschüssen die Neubautätigkeit künstlich zu beleben, ablehnt. Man wendet sich damit in erster Linie gegen die bekannten Bremer Subventionswünsche, gegen die die Deutsche Werft stets in schärfster Opposition stand. Diese Stellungnahme ist nicht überraschend, denn solange es eine Schiffbaukrise gibt, sind stets diejenigen, die sich einer verhältnismäßig guten Beschäftigung erfreuen, für einen natürlichen Ablauf der Krise eingetreten.

Burbach-Kaliwerke AG

Hohe Investitionen — Niedrige Abschreibungen — Verminderte Bankguthaben — Hohe Dividende

Der Jahresabschluß der Burbach-Kaliwerke AG ist in seinem Ergebnis hier bereits grundsätzlich gewürdigt worden (Nr. 9, S. 434). Der nunmehr vorliegende Geschäftsbericht bestätigt im wesentlichen die Auffassung, daß die Beibehaltung der 12 %igen Dividende bei diesem Unternehmen nicht als Zeichen besonderer Stärke betrachtet werden kann. Auffällig ist die Höhe der Investitionen. Es werden Anlagezugänge (nach Absetzung der Abgänge) in Höhe von nicht weniger als 6,5 Mill. RM ausgewiesen, von denen nur rund zwei Drittel zur Abschreibung gelangen, so daß im Jahre 1931 für eine verringerte und nur zu niedrigerem Preis als im Vorjahr absetzbare Produktion um rund 2 Mill. RM höhere Anlagewerte in dem Unternehmen arbeiten.

Vergleicht man die von Burbach vorgenommenen Abschreibungen mit den von den Sachverständigen der Kaliindustrie vor dem Enquête-Ausschuß genannten Sätzen, so kann man sich des Eindrucks einer knappen Abschreibungspraxis kaum erwehren. Bezogen auf den Doppelzentner Reinkali des Kaliabsatzes beliefen sich die Abschreibungen 1930 auf etwa 2,18 RM, während nach den von einer Reihe befragter Werke dem Enquête-Ausschuß für 1927 angegebenen tatsächlichen Abschreibungssätzen rund 2,60 RM je Doppelzentner Reinkali als annähernder Mindestbetrag anzusprechen wären (1928 waren die tatsächlichen Abschreibungen nach der Erhebung des Ausschusses im Durchschnitt noch wesentlich höher). Selbst wenn man die voraussichtliche Unrentabilität der Neuinvestitionen im laufenden Jahre nicht berücksichtigt, verbleibt schon nach diesen Zahlen ein nicht unerhebliches Minus, dessen Deckung der Aufrechterhaltung der Dividende vorzuziehen gewesen wäre.

Diese Bedenken werden verstärkt durch den ungewöhnlich hohen Buchwert der Beteiligungen, die in der Bilanz mit fast 52 Mill. RM ausgewiesen sind, also mit einer Summe, die auch nicht annähernd dem Beteiligungsertrag, der leider in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht gesondert ausgewiesen wird, entsprechen kann. Da die in den Beteiligungen überwiegend repräsentierten Quotenwerte nur bis 1933 bestehen, wäre eine langsame Amortisation notwendig, die zu dem Abschreibungsmanko bei den Anlagen als nicht verbuchter Ausgabenposten hinzutritt.

Die Liquidität ist zurückgegangen. Nach Abzug der Dividende verbleiben nur noch rund 4 Mill. RM Bankguthaben (gegenüber mehr als 7 Mill. RM im Vorjahr) als flüssige Mittel, während die Kreditoren (abzüglich Rückstellungen) keine wesentliche Verminderung erfahren haben.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
Einnahmen			
Vortrag	0,026	1,341	—
Rohüberschuß	22,212	19,561	18,922
Ausgaben			
Generalunkosten	1,073	6,668 (Generalunkosten und Steuern zus.)	5,936 (Generalunkosten und Steuern zus.)
Steuern und Abgaben	3,181		
Abschreibungen	1,586	4,140	4,375
Zuweisung zum Wohlfahrtsfonds	0,259	—	—
Gewinn	16,139	10,095	8,609
Dividende in %	12	12	12

Dabei befindet sich das Unternehmen in einer Expansion auf dem Erdölgebiet, wo es mit der Anton Raky AG sowohl auf thüringischem wie auf hannoverschem Territorium zusammenarbeitet. Den ersten Anstoß zu dieser Expansion gaben explosionsartige Gas- und Ölausbrüche im Schacht Volkenroda, aus dem jetzt regelmäßig Öl gefördert wird. Ob aber auf die Dauer in diesem Geschäftszweig Erfolge erzielt werden können, steht noch dahin.

Bilanz

(Mill. RM)	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
Aktiva			
Bergwerksgerechtsame	5,749	12,314	12,066
Grundbesitz	1,151	2,561	2,506
Bergwerksanlagen	15,293	28,316	27,416
Fabrikanlagen	7,451	14,718	17,134
Hilfswerk	4,591	9,717	10,797
Wohnhäuser	2,813	5,405	5,218
Vorräte für Betrieb und Anlagen	0,727	2,362	2,120
Rohsalz- und Fabrikatebestände	1,541	3,747	4,259
Kasse	0,029	0,057	0,037
Stammeinlagen bei Verkaufsvereinigungen usw.	0,317	0,940	0,778
Beteiligungen und Wertpapiere	48,734	11,910	51,669
Recht auf Übernahme von Aktien	2,702	2,014	0,295
Schuldner	143,589	141,273	26,285
davon Bankguthaben	—	14,537	11,232
Bürgschaften	56,312	88,389	78,524
Passiva			
Aktienkapital	125,000	125,000	70,000
Reservefonds	12,878	12,878	12,878
Sonderrücklage	3,000	3,000	—
Goldanleihe des Kalisyndikats	36,635	61,468	59,180
Agio auf Goldanleihe des Kalisyndikats	0,962	1,537	1,503
Aufgewertete Teilschuldverschreibungen	0,218	0,678	0,548
Noch einzulösende Genußrechte	0,385	0,714	0,595
Rückständige Dividenden u. Ausbeuten	0,026	0,108	0,189
Wohlfahrtsfonds	0,500	0,503	0,600
Gläubiger	38,940	19,356	6,479
Gewinn	16,139	10,095	8,609
Bürgschaften	56,312	88,389	78,524

Vielleicht ist die Beibehaltung der Dividende, die an sich dem wirtschaftlichen Ergebnis des Geschäftsjahrs nicht entspricht, von dem Wunsch diktiert, in absehbarer Zeit an die Aktionäre zwecks Beschaffung neuen Kapitals heranzutreten. Die beabsichtigten Neuinvestitionen einerseits, die abnehmende Liquidität andererseits könnten diesen Wunsch erklärlich machen.

Literatur

Ein neues finanzwissenschaftliches Lehrbuch

Von Prof. Dr. Hans Ritschl, Basel

Die kurzgefaßte Finanzwissenschaft Röpkes[1]) gibt eine übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung unseres Wissenszweiges nicht als eine bloße Wiedergabe der herrschenden Lehre, sondern in einer vielfach eigenen Verarbeitung. Die leichte Feder, der scharfsinnige Verstand und die geistige Frische und Lebendigkeit des Verfassers lockern den oft spröden Stoff und verstehen es, den Leser zu fesseln. Das Buch wird so seinen Zweck, eine gewinnende Einführung in die heutige Finanzwissenschaft zu geben, gewiß erreichen, wennschon es die Grundfehler der herrschenden Finanzlehre in weitem Maße teilt. Die finanzpolitischen Meinungen des Verfassers treten offen hervor. Es ließe sich sagen, der Leser werde damit angeregt, sich eine eigene Meinung zu bilden. Methodisch erhebt sich hier jedoch sogleich der Einwand, daß finanzpolitische Meinungen wie fast noch überall in der Finanzlehre als wissenschaftliche Ergebnisse hingestellt werden. Es fehlt auch bei Röpke jene säuberliche Scheidung von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Forderung, die allein dem Wissenschaftler erlaubt, sich zu wirtschafts- oder finanzpolitischen Fragen zu äußern, ohne die Autorität der Wissenschaft zu mißbrauchen und damit zu gefährden. Dies gilt vor allem von der allgemeinen und der auf ihr ruhenden besonderen Steuerlehre, und zwar um so mehr, je weniger die allgemeine Steuerlehre auf einer wissenschaftlichen Finanztheorie ruht, je mehr sie in dem Grundirrtum verharrt, das Aufstellen einer Liste wohlgemeinter Rezepte sei selber Wissenschaft oder Theorie. Dieser Vorwurf muß immer wieder und in voller Schärfe gegen die übliche Methode der heutigen Finanzlehre erhoben werden. Röpkes Finanzwissenschaft ist in hohem Maße ekklektizistisch mit allen Vorteilen einer gewandten und anregenden Verarbeitung einer Fülle wissenschaftlichen Gutes, aber sie verfällt damit auch allen Erbsünden unseres Faches.

Doch verfolgen wir den Gedankengang des Verfassers. Nach ein paar sehr knappen Andeutungen über die Geschichte der Finanzwirtschaft — historische Betrachtung liegt Röpke gar nicht — wendet er sich den Grundfragen der Finanzwirtschaft zu. Hier erklärt er zunächst den Staat als eine „Anstalt zur Befriedigung von Kollektivbedürfnissen". Auf die Frage, was nun Kollektivbedürfnisse seien, gibt Röpke die Erklärung: „Sie stehen im Gegensatz zu den Individualbedürfnissen, die jeder Einzelne für sich allein empfindet — und unterscheiden sich von diesen dadurch, daß sie teils wegen ihrer Eigenart notwendigerweise, teils aus Zweckmäßigkeitsgründen von der Gesamtheit, also vom Staate, befriedigt werden." Er versteht also unter Kollektivbedürfnissen neben den „eigentlichen", als welche sie mitunter bezeichnet erscheinen, alle Bedürfnisse, welche die Staatswirtschaft befriedigt. Danach befriedigen die Staatsbahn und die staatliche Porzellanmanufaktur Kollektivbedürfnisse, die Privatbahn und der private Porzellanladen Einzelbedürfnisse. Das geht natürlich nicht! Es wäre zu klären gewesen, was ein „eigentliches Kollektivbedürfnis" ist. Im Grunde scheint hier Röpke das vorzuschweben, was ich als Gesamtheits- oder Gemeinschaftsbedürfnis in die Theorie eingeführt habe, so auch, wenn er das Abwägen der Kollektivbedürfnisse und der konkurrierenden Einzelbedürfnisse als Hauptinhalte der Finanzwirtschaft betrachtet (S. 26 u. 32.) Hierzu steht es indes in unlösbarem Widerspruch, wenn Röpke immer noch an der Vorstellung festhält, es handle sich bei der Steuer um eine generelle Entgeltlichkeit (S. 66). Nur wenn es „echte Kollektivbedürfnisse", also Gesamtheits- oder Gemeinschaftsbedürfnisse, gibt, sind „gemischte" Bedürfnisse möglich und ist ein Abwägen konkurrierender Gesamtheits- und Einzelbedürfnisse möglich, dann aber ist kein Raum mehr für die Annahme, in der Steuer liege eine generelle Entgeltlichkeit.

Röpke bleibt zudem auf halbem Wege stehen, wenn er von der ökonomischen Erklärung der Grundbeziehung der Staatswirtschaft und der freien nichtstaatlichen Wirtschaft ausgeht, aber für die Steuerlehre auf das alte System der spekulativ gewonnenen einander möglichst widersprechenden Grundsätze zurückgreift. Hier wird der Eklektizismus zum Verhängnis.

Doch ehe wir hierzu kommen, noch einige Bemerkungen zum ersten Teil. Trefflich ist die Formulierung, daß bei der Etatsberatung nicht jedesmal ein vollständiges Abwägen aller Posten, d. h. also der zuzulassenden Gesamtheitsbedürfnisse im Verhältnis zu den steuerlich zu kürzenden Einzelbedürfnissen, stattfinde, sondern immer nur ein Ausgleich der Spitzenbeträge, wenigstens in praxi (S. 33). Die Frage nach dem Maximum der Steuerlast scheint mir unfruchtbar, eine Höchstbelastung ist wohl nur empirisch auszuproben. Sehr unglücklich ist der aus den Beständen der klassischen Schule mitgeschleppte Begriff der unproduktiven Ausgabe, der bei Röpke eine große Rolle spielt. Diese Aufwendungen erhalten damit den Makel, dem alleinigen Ideal der Produktivität zu widersprechen. Die unproduktiven Ausgaben sollen „einen reinen volkswirtschaftlichen Verlust darstellen", während die reproduktiven Ausgaben „die Steuerkraft des Landes zumindest erhalten oder gar steigern". Dies ist nun offenbar nicht der Zweck der Staatsleistungen, sondern vielmehr ist ihr Sinn, Gesamtheitsbedürfnisse zu befriedigen. Damit aber tätigt die Staatswirtschaft eine endgültige Ausgabe, einen unmittelbaren Verbrauch, der ebenso berechtigt ist und den letzten Sinn des Wirtschaftens darstellt wie der persönliche Verbrauch des Einzelwirtschafters. Es ist deutlich, daß die ständige Fortsetzung des unmittelbaren Verbrauchs wieder die Voraussetzung der ferneren Produktion ist, abgeschwächt und ungleichmäßig gilt dies auch vom Staatsverbrauch. Eine Zurechnung aber kann hier nicht mehr durchgeführt werden und scheint sinnlos. Neben den „eigentlichen" endgültigen Staatsausgaben, in denen sich der letzte Sinn der Staatswirtschaft erfüllt, gibt es auch hier reproduktive Ausgaben, d. h. Ausgaben für einen reproduktiven Verbrauch von Gütern, die wieder produktiv wirkend weitere Güter und Nutzleistungen abwerfen, die nicht innerhalb der Staatswirtschaft endgültig verbraucht, sondern wieder an andere Wirtschaften abgesetzt werden. Röpke betrachtet von seinem höchst individualistischen Standpunkt aus den Bau von Kriegsschiffen als einen unwiderbringlichen Verlust am Volkseinkommen und stellt die Ausgaben hierfür gar den Reparationszahlungen gleich. Beides geht natürlich nicht. Ebenso müßte der Bau eines Gartenzaunes, die Anschaffung eines Fliegengitters an der Speisekammer, eines Geldschrankes, jede Sommerreise zur Kräftigung der Widerstandsfähigkeit und Gesundheit des Körpers einen unwiderbringlichen Verlust am Einkommen des Einzelwirtschafters darstellen! Allerdings aber wird es auch der Privatmann als einen reinen Verlust buchen, wenn er nach einem Streit mit seinem Nachbarn eine uferlose Entschädigungssumme und die beiderseitigen Prozeßkosten bezahlen soll — weil er nun eben den Prozeß verloren hat.

Weder als löblich produktiv noch als mißlich unproduktiv stellen sich für Röpke die Ausgaben des Staates für den Schuldendienst dar. Die Zahlung von Zinsen und die Tilgung sollen eine bloße Einkommensverschiebung bedeuten. Für die Zinszahlung ist dies richtig; die Schuldentilgung dagegen läuft volkswirtschaftlich auf eine Kapitalbildung hinaus, eine zusätzliche Kapitalbildung, wenn die Steuern, aus deren Erträgen die Tilgung bestritten wird, den unmittelbaren Verbrauch des Steuerträgers einschränkten; dagegen bedeutet die Schuldentilgung eine nur steuerlich eingefangene Kapitalbildung, wenn die Steuermittel

[1]) *Röpke, Professor Dr. W.: Finanzwissenschaft.* Berlin 1929. Industrieverlag Spaeth & Linde. 149 Seiten. — Preis 6 RM.

für den Tilgungsdienst auf Kosten der Spartätigkeit der Steuerträger aufgebracht sind.

Zu einem besonders krassen Ausdruck gelangt Röpkes technischer Produktivitätsbegriff endlich in der Bestimmung des Beamten als eines Mannes, der der eigentlichen Produktion entzogen ist und dessen Unterhalt die Portionen der anderen verringert — geschrieben 125 Jahre nach Say, drei Generationen nach List. Ich sehe nicht, daß Röpke sich sonst konsequent zu dem Ideal einer anarchistischen Gesellschaft von Handarbeitern bekennt. Aber, um auf den Gedanken einzugehen, was der Kritik der Klassiker — und auch heute wieder — berechtigt zugrunde liegt, ist der Mißstand einer Übersetzung der Beamtenstellen im Verhältnis zur Volkswirtschaft. Sie fordert die Kritik — bis zur Form derartiger Ideologien — besonders heraus, da eine zu starke Verbeamtung auf politischer Organisation beruht und vielleicht durch ihre Änderung beseitigt werden kann. Nicht gesehen wird hier, daß uns ebenso in allen anderen Berufen Übersetzungen begegnen können, sei es der Kleinhandel, der Weinbau, das Handwerk, die Metallarbeiterschaft oder sonst ein Beruf. Und ebenso möglich ist eine nicht ausreichende Besetzung — auch in der Beamtenschaft: zu wenig Fabrikinspektoren und Sozialbeamte — oder gar keine im liberalen Staate! —, zu wenig Lehrkräfte im Verhältnis zur Schülerzahl, eine unzureichende Polizeimannschaft in einer Großstadt usw. Wir können eine verhältnislose Besetzung der Berufsschichten als Abweichung von einem Bestmaß als unwirtschaftlich kennzeichnen, nicht aber einzelne Glieder des Ganzen als „unproduktiv".

Das Röpkesche Buch behandelt den Stoff des weiteren in der üblichen Einteilung der Lehrbücher, die formelle und materielle Ordnung der Finanzwirtschaft, die Staatsausgaben und -einnahmen, darunter wieder die ursprünglichen und die abgeleiteten Einnahmen. Für den Finanztheoretiker ist hier noch mancherlei von Interesse, das Meiste ist bereits berührt. Im letzten Kapitel über die abgeleiteten Staatseinkünfte interessiert uns noch besonders die allgemeine und die besondere Steuerlehre. Es wurde bereits beklagt, daß Röpke hier in den alten Bahnen wandelnd die Finanzpolitik ohne methodische Abgrenzung einmischt und wesentlich nach dem überkommenen, von außen an die Erscheinungen gelegten Schema der Wagnerschen Grundsätze verfährt. Zwischen den einander widersprechenden Grundsätzen, die ebenso vielen Gesichtspunkten entsprechen, wird dann nach der Schaukelmethode abgewogen, wobei bald die Zweckmäßigkeit, bald die Gerechtigkeit, einmal die Billigkeit, einmal das Interesse des Staates oder das der Volkswirtschaft den Sieg davontragen. Eine eingehende Kritik dieser noch immer herrschenden Pseudotheorie brauche ich hier nicht zu geben[2]).

In der besonderen Steuerlehre hindert die Ausrichtung der Steuerlast nach dem Einkommen statt nach den Einzelbedürfnissen und ihrer Wichtigkeit in sozialer Wertung (d. h. nach der Einkommensverwendung) den Verfasser, die indirekten Steuern sinnvoll einzuordnen. Für sie sprechen nach der überkommenen Steuerlehre nur finanztechnische Gründe, während sie mit der Forderung der Gerechtigkeit — wie sie im Wagnerschen System ausgelegt ist — unvereinbar sind.

Die Stärke des Verfassers liegt im Aufdecken von Zusammenhängen zwischen staatswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erscheinungen. Die Behandlung der Überwälzungsfragen und die Schilderung der Inflation sind besonders hervorzuheben, obschon auch in der Behandlung der Steuerwirkungen die isolierte Betrachtung zu weitgehend beibehalten ist. Unter westlichem Einfluß wertet Röpke die Erbschaftssteuer sehr hoch, er erblickt in ihr eine Steuer von „nahezu souveräner Überlegenheit". Nicht gesehen ist hier, daß die Erbschaftssteuer, solange die Verwendung ihrer Erträge zur Kapitalanlage in der Staatswirtschaft nicht sichergestellt ist, einen Kapitalverzehr bedeutet, den wir uns heute schlechter denn je leisten können.

[2]) Vgl. darüber *H. Ritschl:* Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung. Bonn, Kurt Schroeders Verlag, 1925.

Der in England nächst der Kapitalflucht verbreitete Brauch einer Erbschaftssteuerversicherung bedeutet die Verwandlung der Erbschaftssteuer aus einer reellen in eine nominelle Vermögenssteuer, die in Deutschland ohnehin vorhanden ist.

Die vielfältige Kritik, die der Theoretiker gegen die heutige finanzwissenschaftliche Pseudotheorie erheben muß, schließt das Urteil nicht aus, daß Röpkes Buch eine gute Einführung in die Finanzwissenschaft nach ihrem gegenwärtigen Stande bedeutet.

Ritter, Prof. Dr. Kurt: Weltproduktion und Welthandel der Molkereierzeugnisse. Verlagsbuchhandlung Paul Parey, Berlin 1930. V, 301 Seiten. — Preis 20 RM.

Der Verfasser hat bereits einige weltwirtschaftliche Untersuchungen veröffentlicht, die die Erzeugungsbedingungen und die internationalen Marktverhältnisse landwirtschaftlicher Waren, vor allem in der Nachkriegszeit, darstellen. Daß er sich diesmal den Molkereierzeugnissen zugewandt hat, ist angesichts der steigenden Bedeutung dieses Gebiets dankenswert; man kann annehmen, daß die Arbeit in zukünftigen Erörterungen der Zoll- und Produktionsfragen gerade für Milch, Käse und Butter eine beträchtliche Rolle spielen wird. Ritter weist mehrfach darauf hin, daß die Zahlen, die er erlangen konnte, nicht immer ganz zuverlässig seien; aber die Größenordnungen dürften insbesondere in den Statistiken der Entwicklung im allgemeinen richtig sein. Deshalb ist es z. B. keineswegs unwichtig, wenn der Verfasser feststellt, daß 1927 die deutsche *Käse*erzeugung mit 2,7 Mill. dz sowohl über diejenige von Italien (2,5) wie die der Union (2,2) beträchtlich hinausging und damit überhaupt an der Spitze der erfaßten Länder stand. Auch bei der *Butter* nimmt Deutschland bereits eine führende Stellung ein; seine Erzeugung (1927 etwa 3,7 Mill. dz) wird nur von derjenigen der Union (9,5) und der Rußlands (4,1) übertroffen. Wie unterschiedlich die Verwertung der Milch überhaupt ist, zeigt der Verfasser an einer Aufteilung des Milchverbrauchs auf die verschiedenen Zwecke. Danach wurden etwa verbraucht: in Deutschland für Frischmilch 40 %, als Futter 10 %, für gewerbliche Zwecke 50 %; in Frankreich 28, 24 und 48 %; in Dänemark für Frischmilch und Futter 10, für Weiterverarbeitung 90 %, in Rußland 69 und 31 %. Das verschiedenartige Verhalten der Butter und des Käses bei der Aufbewahrung, die beim Käse dem Kühlverfahren weit engere Grenzen setzt als bei der Butter, wird ebenfalls eingehend erörtert.

Bei seiner Besprechung der genossenschaftlichen Verhältnisse, der Frage der Leistungskontrolle usw. kommt der Verfasser, wie eigentlich alle unabhängigen Beobachter, zu dem Ergebnis, daß in Deutschland noch recht erhebliche Uneinheitlichkeit herrsche und noch ziemlich viel zu tun bleibe. Dabei sind die ersten Kontrollvereine (nach Dänemark) *in Deutschland* errichtet worden.

Wie sehr die Arbeit ins einzelne geht, sei an einer Teiluntersuchung über *Technik und Organisation des Welthandels* gezeigt. Es wird dort die besondere Bedeutung des Versandes der Butter in luftdicht verschlossenen Blechdosen nach den tropischen und subtropischen Gebieten hervorgehoben. Dänemark liefert derartige Butter nur an Schiffe und Länder warmer Zonen, nach den meisten europäischen Ländern hingegen fast restlos in Fässern, in Packungen eigentlich nur nach Deutschland und England. Gegenüber der verhältnismäßig großen Einheitlichkeit bei der Butterverpackung ist beim Käse „eine unendliche Mannigfaltigkeit" zu verzeichnen, die sich zum Teil aus den Sorteneigenheiten ergibt. Selbstverständlich bestehen bei Hart- und Weichkäse grundverschiedene Voraussetzungen; aber es ist trotzdem nicht ohne weiteres verständlich, warum etwa Neuseeland, Australien und Kanada ihre Cheddarkäse ganz verschieden verpacken, warum die Schweiz ihren Emmenthaler einzeln in Leinwand ein-

genäht versendet, während der — sicherlich nicht überall bekannte, aber recht bedeutsame — finnische Schweizerkäse in Brettergerüsten verpackt wird. Auch bei der Dauermilch liegen die Verhältnisse ähnlich.

Die Tatsache, daß es echte Börsen für Molkereierzeugnisse nicht gibt, wird von Ritter nicht — wie man zunächst annehmen möchte — auf die Verderblichkeit der Ware, sondern auf die verschiedenen Eigenschaften der einzelnen Herkünfte zurückgeführt, die eine Normung (wenigstens beim Käse) noch auf lange Zeit unmöglich machen würden. Auch die hier und da zu findenden Versteigerungen seien kein Ersatz; das Fehlen echter Börsen erschwere trotzdem eine einheitliche Marktbildung und Preisermittlung. Selbst die Herbeiführung geeigneter Preisnotierungen, die man in vielen Ländern versuche, mache Preisvergleiche nur unter Würdigung aller Verschiedenheiten durchführbar.

Berlin *Hans Hirschstein*

Arbeitslosigkeit: Ein Problem der Volksgesundheit. Eine Denkschrift für Regierung und Parlamente, überreicht von Dr. *Julius Moses.* Berlin 1931. Arthur Scholem. 91 Seiten. Preis 1 RM.

Dr. Moses, der dem Reichstag und dem Reichsgesundheitsrat angehört, hat eine Rundfrage bei einer größeren Zahl hervorragender Ärzte veranstaltet. Die Antworten kommen in überwiegender Mehrheit zu dem Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit eine außerordentliche Gefährdung der Volksgesundheit mit sich bringe. Die Denkschrift will die Forderung unterstützen, daß eine parlamentarische Behandlung des Arbeitslosenproblems nur erfolgen soll, nachdem die medizinische Wissenschaft und die Gesundheitsbehörden ihre Gutachten erstattet haben.

Dissinger, Dr. A.: Die Regelung des Urlaubs (Bücherei des Arbeitsrechts, Neue Folge, Band 12), Berlin 1931. Verlag von Reimar Hobbing. 147 Seiten. Preis 6,40 RM.

Obwohl in Deutschland eine gesetzliche Regelung des Erholungsurlaubs nicht besteht, konnte der Verfasser auf Grund zahlreicher Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts ein ziemlich geschlossenes Bild von der herrschenden Auffassung über die gesamten Fragen des Urlaubs geben. Das Buch bildet infolge der systematischen Behandlung der Materie eine gute Orientierungsmöglichkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und dürfte die Klärung von Streitfällen erleichtern.

Lilienthal, Landgerichtsrat Adolf: Der Mieterschutz in Preußen 1931 bis 1936. Berlin 1931. Herausgegeben vom Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer e. V. 128 S. Preis 1 RM.

Das Buch wendet sich in der Hauptsache an Mieter und Vermieter und behandelt in einer gemeinverständlichen Darstellung das Mieterschutzrecht auf Grund des Mieterschutzgesetzes, der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 und der Lockerungsverordnungen in Preußen. Berücksichtigt wurden die bis Ende Januar 1931 ergangenen Verordnungen. Dem Laien würde die Orientierung durch Beifügung eines Sachregisters erleichtert werden.

Gelnich, Dr. Karl: Was wird aus Hessen-Kassel? Wirtschafts- und Reichsreform in Nordhessen. Kassel 1930. AG für Druck und Verlag, vorm. Gebrüder Gotthelft. 46 Seiten.

Die Landschaft — Raum und Wirtschaft — Die politische Zentrale — Ein wirtschaftlicher Lebensraum — Sozialwirtschaftliche Raumbildung — Organisationen der Arbeit und des Berufsstands.

Häussermann, Dr. Erich: Wirtschaftsgemäße Gestaltung der Arbeitslosenversicherung. Nürnberg 1931. Verlag der Hochschul-Buchhandlung Krische & Co. 75 Seiten. Preis 2 RM.

Die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung — Die Auswirkung der Neuregelung auf die Arbeitslosigkeit — Die Bedeutung der Neuregelung für die Reichsanstalt — Bedenken gegen die Neuregelung — Variations- und Kombinationsmöglichkeiten.

Zeitschriften-Literatur

Villard, Oswald Garrison: Can Germany pay? The Nation Vol. CXXXII, Nr. 3421, 28. Januar 1931.

Der Herausgeber der „Nation" berichtet über seine Europareise. Er hält Deutschlands Zahlungsfähigkeit für erwiesen. ‚Of course, Germany can.' Das ist das Ergebnis seiner Berliner Impressionen, über die er, amüsant und in etwas ungeordneter Form, referiert: Von den neuen Prachtschiffkonstruktionen, von Ersparnismöglichkeiten bei der Reichswehr, dem Pergamon-Museumsbau, den Stadien, Badeanstalten, Parkanlagen, dem Riesendefizit der Staatstheater, den geringen Durchschnittsdividendenrückgängen im Jahre 1930, der erhöhten Ausschüttung der Gutehoffnungshütte, dem falschen Reparationsartikel Dietrichs im „Berliner Tageblatt", der Verlustwirtschaft bei den Deutschen Werken in Kiel und der kostenfressenden Zollpolitik. Aber die Hauptfrage für ihn liegt anderswo: ‚Should Germany pay?' Soll man das Land, selbst wenn es materiell fähig ist, zur dauernden Tributleistung verurteilen? Villard verneint die Frage sehr entschieden. Er erklärt den deutschen Lebensstandard für äußerst niedrig und weist auf die Möglichkeit innerer politischer Konflikte bei Fortbestand der Reparationsverpflichtungen hin, die eine europäische Gefahr darstellen und bei der weltwirtschaftlichen Verflechtung aller Länder miteinander auch die Prosperität der Vereinigten Staaten untergraben können. Eine konjunkturelle Belebung als Folge der Schuldenstreichung könnte den Verzicht lohnen, und das moralische Anrecht auf Revision liegt schon in der Änderung des Geldwertes. Die Generation, die inzwischen in Deutschland herangewachsen ist, hat wenig Verständnis für die Forderung, Zahlungen für einen verlorenen Krieg zu leisten, an dem sie nicht beteiligt war. Aber: ‚Germany wants peace'. Und dafür zu sorgen, daß der letztlich auch für Amerika bedrohliche Zustand internationaler Anarchie aus Europa verschwindet, wäre eine lohnende Aufgabe für Hoover. Er hat sie nicht begriffen. *E. D.*

Lorenz, Paul: Gegen einen gewissen Mißbrauch mathematischer Formulierungen in der theoretischen Nationalökonomie. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 134. Band, III. Folge, 79. Band, Heft 1, Januar 1931, S. 49.

Der Aufsatz enthält nicht die üblichen Einwände von Nichtmathematikern gegen die Mathematik in der Preistheorie, sondern Fachargumente. Die aus den Nutzenfunktionen abzuleitenden Tauschgleichungen, die Budgetgleichungen und die Gleichungen „von der Erhaltung der Materie" (d. h. über den Grundsatz, daß bei den Tauschakten keinerlei Stoff verloren geht) ergeben zwar ebenso viel Gleichungen, als Unbekannte in Form von Preisen und Gütermengen vorhanden sind. Jedoch ist die Aufgabe damit weder gelöst noch ihre prinzipielle mathematische Lösungsmöglichkeit erwiesen: vor allem sind die Gleichungen regulärerweise nicht linear, so daß sie keine eindeutigen Resultate liefern (abgesehen davon, daß ihr analytisches Gesetz nicht genau bekannt zu sein pflegt) —, was bei der großen Zahl der Gleichungen die Zahl der rein rechnerisch möglichen Lösungen ins Unermeßliche wachsen läßt, selbst wenn man die imaginären Größen von Anfang an draußen läßt. Ein „Auswahlprinzip" für den Rest gibt es immer noch nicht und die Anschaulichkeit des Tauschvorgangs wird durch die Aufstellung des Gleichungssystems keinesfalls erhöht. Überdies verursachen schon minimale Ungenauigkeiten in den Koeffizienten, die bestenfalls durch Beobachtung gewonnen werden und naturgemäß nur näherungsweise zu bestimmen sind, bei der großen Zahl der Gleichungen ganz außerordentlich starke Lösungsdivergenzen. *E. D.*

Marktberichte

Die Konjunktur

Würde die Konjunktur den theoretisch „vorgeschriebenen" Gang gehen, so müßte jetzt eine Periode außergewöhnlich niedriger *Geldmarkt*zinssätze bestehen. Daß die deutsche Konjunktur in diesem Punkt einen durchaus anomalen Verlauf genommen hat, ist, wie man weiß, Schuld der noch nicht voll bereinigten politischen Verhältnisse. Die Diskrepanz in der Zinsentwicklung im In- und Ausland hat sich kaum jemals in der letzten Zeit so kraß bemerkbar gemacht wie am letzten Ultimo, der saisonmäßig zu den leichtesten zählt. Die Tagesgeldsätze haben stärker als erwartet angezogen — nach Ultimo ist allerdings wieder eine Entspannung eingetreten —, und die Reichsbank ist in höherem Maße in Anspruch genommen worden als im Jahr zuvor. In dieser Konstellation liegt gegenwärtig zweifellos ein starkes Hindernis gegen die Ansätze zu konjunkturellem Aufstieg, und einige Hoffnung kann demgegenüber nur die Tatsache bringen, daß sich auf dem *Kapitalmarkt,* auf dem die internationale Solidarität an sich noch weniger zur Geltung kommt als bei den kurzfristigen Krediten, die Zeichen für ausländischen Kreditzufluß mehren, so ungünstig auch die Placierungsmöglichkeiten im Inland geblieben sind. Es kommt hinzu, daß trotz aller Geldschwierigkeiten die Aufwärtsbewegung der *Börsenkurse* bisher nicht abgebrochen ist. Sie ist möglicherweise nicht mehr nur aus rein technischen Ursachen zu erklären. Andererseits liegen auf seiten der Produktion, des Beschäftigungsgrades oder der Umsätze keinerlei Anzeichen einer so grundlegenden Wendung zum Besseren vor, daß von hier aus eine Umkehr der bisher dauernd nach unten gerichteten Tendenz zu rechtfertigen wäre. Die Belebung der Börse ist schließlich auch nicht als einfache Parallelbewegung zu der New Yorker Hausse verständlich; denn wo, wie in London, die objektiven Vorbedingungen zum Börsenaufschwung völlig fehlen, kann sie sich eben nicht entwickeln. Das verlorengegangene Vertrauen scheint sich langsam wieder herzustellen. Tatsächlich beginnt die Meinung Fuß zu fassen, daß die saisonmäßig bevorstehende Besserung der Lage vielleicht etwas über das aus Saisongründen zu erwartende Maß zu steigern wäre. Umschrieben wird diese Vorstellung durch die Formulierung, daß *möglicherweise der „Tiefpunkt" der Depression erreicht* sei. Geheimrat Bücher hat sich, mit der Einschränkung, daß politische Schwierigkeiten ausbleiben, auf der Generalversammlung der AEG zu dieser Ansicht bekannt (während in der Generalversammlung der Siemens & Halske AG, die die doppelte Dividende verteilt, der Ton etwas pessimistischer gefärbt war). Im letzten Monatsbericht der Commerz- und Privat-Bank ist von der Berechtigung eines „schwachen Optimismus" die Rede, und der Bericht der Deutschen Bank beantwortet die Frage, ob die Hoffnungen auf ein Ende des Konjunkturrückgangs — was ja noch nicht Beginn eines neuen Aufschwungs bedeutet — Aussicht auf Verwirklichung hätten, in vorsichtigen Wendungen mindestens nicht negativ. Regelmäßig wird dabei Nachdruck auf die Tatsache gelegt, daß den einzig positiven Gewinn bisher eine Befestigung des politischen Vertrauens darstelle, und daß jede Erschütterung dieser politischen Beruhigung auch die Ansatzpunkte einer wirtschaftlichen Konsolidierung vernichten müßte.

Sieht man sich demgegenüber die Zahlen der *Produktion* an, so kommt man mit dem Bericht der Preußischen Industrie- und Handelskammern für Februar zu dem Ergebnis, daß noch keine „allgemeinen und bestimmten Anzeichen" für eine Besserung vorliegen. Natürlich sind hier Unterschiede im einzelnen vorhanden, sowohl branchenmäßig, indem einzelne Zweige der Textilindustrie eine nur aus Saisongründen nicht zu erklärende leichte Belebung aufweisen, als auch regional: der Düsseldorfer Bericht gibt Auskunft darüber, daß in diesem Bezirk keine weitere Verschlechterung erfolgt ist und vereinzelt Zeichen einer leichten Aufwärtsbewegung zu spüren sind. Im ganzen scheinen die Produktionsmittelindustrien wie bisher unter noch stärkerem Druck zu stehen als die Konsumgüterproduktion, in der sich doch allmählich die Lagerräumung des Einzelhandels geltend macht. Der Stillegungsantrag der Gutehoffnungshütte für die Zechen Oberhausen und Hugo mit den dazugehörigen Kokereien, von dem nahezu 2500 Personen betroffen sind, kann als erneuter Beweis für die bedrängte Lage gelten. Immerhin ist beispielsweise auch die holzverarbeitende Industrie nach den letzten Meldungen noch weit über den Durchschnitt schlecht beschäftigt, während andererseits bei der Papier- und Zellstoffindustrie zwar die Absatzverhältnisse als unverändert ungünstig geschildert werden, aber aus der Tatsache, daß bei der Kundschaft keinerlei nennenswerte Vorräte bestehen, die Hoffnung auf etwas besseres Geschäft in den kommenden Monaten abgeleitet wird.

Der letzte Vierteljahrsbericht des Berliner Instituts für Konjunkturforschung geht gleichfalls von der Feststellung aus, daß Voraussetzungen für eine schnelle Überwindung des gegenwärtigen Tiefstands nicht bestehen und als „Gegenkräfte" gegen die zahlreichen Depressionsfaktoren allenfalls „Bedarfsstauungen" gegeben sind: Nachfragezurückhaltung über das objektiv erforderliche Maß und Angreifen von eisernen Beständen des Handels. Für die deutsche Konjunktur besteht somit die Aussicht auf saisonmäßige Erleichterung, ohne daß eine darüber hinausgehende Besserung zu erwarten wäre. Immerhin ist auch hier nicht von einer weiteren konjunkturellen Verschlechterung die Rede.

Unentschieden, wie fast alle Konjunktursymptome, ist auch der Eindruck, den das Messegeschäft macht. Die *Berliner Automobilausstellung* scheint ein relativer Erfolg geworden zu sein, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Erwartungen der Verkäufer nicht eben hoch gewesen sein können. Über alle Voraussicht niedrig war der Absatz in mittleren Personenwagen der Klasse zwischen 5000 und 10 000 RM, während Kleinautos einerseits und Luxusautos andererseits im allgemeinen stärker nachgefragt wurden und selbst Lastkraftwagen, trotz der Finanznot der öffentlichen Körperschaften, recht gut unterzubringen waren. Wie die *Leipziger Messe* ausfallen wird, ist noch ziemlich ungewiß. Fest steht vorläufig nur, daß der anfängliche Besuch schwächer als vor einem Jahr war, die Preise überall stark gedrückt sind und das Geschäft vorerst noch langsam in Fluß kommt.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Knapper Ultimo in Deutschland

Der Ultimo brachte eine überraschend scharfe Verknappung. *Tagesgeld* stellte sich am Samstag sogar für erste Adressen auf 7—7½ %, also noch wesentlich über Reichsbanklombardsatz. Dies beruhte teilweise auf *technischen Gründen.* Da die Reichsbank bei der Rediskontierung von Wechseln den Monat jeweils mit 30 Tagen berechnet, auch wenn dieser, wie der Februar, nur 28 Tage zählt, hatten die Banken ihre Diskontierungen möglichst niedrig gehalten und sich entweder mit Tagesgeld oder durch Reichsbank*lombards* zu finanzieren gesucht. Tatsächlich wies denn auch die Lombard-Inanspruchnahme der Reichsbank am Ultimo eine Zunahme um 216 auf 301 Mill. auf, während sie Ultimo Januar insgesamt nur 173 Mill. betragen hatte. Aber auch der Wechselbestand nahm um 454 auf 1979 Mill. zu, wobei gleichzeitig auch 76 Mill. Schatzwechsel rediskontiert wurden, so daß die *Gesamtausleihungen* um volle 746 Mill. stiegen, d. h. um 130 Mill. mehr als im Februar 1930. Der Ultimo ist also keineswegs leicht verlaufen, was um so mehr zu beachten bleibt, als nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung der Februar saisonmäßig der leichteste Monat des Jahres ist. Da die Geldansprüche der

Wirtschaft infolge des Tiefstands der Konjunktur nach wie vor minimal sind, ist diese knappe Geldmarktverfassung weiterhin als *Nachwirkung der ausländischen Geldabzüge* und der Devisenabgaben der Reichsbank aufzufassen.

1931	Berlin: Privatdiskont lange Sicht	Berlin: Privatdiskont kurze Sicht	Berlin: Tägliches Geld	Berlin: Monatsgeld	Berlin: Warenwechsel	Frankfurt a. M.: Schecktausch	Frankfurt a. M.: Warenwechsel
26. 2.	4⅞	4⅞	5½—7	5¾—7	5¼—5½	4	5⅛
27. 2.	4⅞	4⅞	6—7½	5¾—7	5¼—5½	5	5⅛
28. 2.	4⅞	4⅞	7—8½	5¾—7	5¼—5½	6	5⅛
2. 3.	4⅞	4⅞	6—7½	5¾—7	5¼—5½	5½	5⅛
3. 3.	4⅞	4⅞	6—7½	5¾—7	5¼—5½	5	5⅛
4. 3.	4⅞	4⅞	5¾—6	5¾—7	5¼—5½	4½	5⅛

Daß sich nach dem Ultimo der Tagesgeldsatz für erste Adressen sofort auf 6 % ermäßigte, hing wohl damit zusammen, daß nachträglich noch größere Wechselbeträge bei der Reichsbank rediskontiert wurden. Späterhin setzte sich aber die Erleichterung zunächst nicht weiter fort, wie dies angesichts der hohen Lombards leicht erklärlich ist. Auf dem *Privatdiskontmarkt* konnten zwar nach dem Ultimo zunächst einige Millionen *Reichsschatzwechsel* von der Reichsbank verkauft werden, jedoch hörte schon am Mittwoch die Nachfrage wieder völlig auf.

Neue Goldzugänge aus Rußland

Von einer Erholung der Mark war auch weiterhin trotz der hohen Geldsätze nichts zu spüren, ein Zeichen, daß neues Auslandsgeld immer noch nicht hereinströmt. Der Reichsbank-Ausweis ließ sogar eine neue Abnahme der Deckungsdevisen um 10 Mill. RM erkennen, was sich aber lediglich aus dem Ankauf eines neuen russischen Goldtransports in Höhe von 19 Mill. RM erklärt. Seit Jahresanfang sind damit rund 80 Mill. RM Gold von *Rußland* an die Reichsbank verkauft worden, und es hat den Anschein, als ob noch weitere Verkäufe zu erwarten sind, bevor im April—Mai die Witterungsverhältnisse Rußland wieder eine Verstärkung der Ausfuhr erlauben.

Berlin Mittelkurs:	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3	4. 3.
New York........	4,208	4,207	4,208	4,208	4,208	4,208
London	20,44	20,44	20,44	20,44	20,44	20,44

Große Emissionen des Schatzamts in Amerika

Im Gegensatz zu Deutschland machte sich im *Ausland* der *Ultimo kaum bemerkbar*. In Holland und der Schweiz ist der Privatdiskont jetzt sogar etwas unter 1 % gesunken. Die Devise Schweiz liegt denn auch, als Folge der ungewöhnlich starken Geldflüssigkeit, ziemlich schwach, nachdem sie Monate hindurch weit über Parität hielt. In *England* ist keine wesentliche Veränderung der Geldmarktlage eingetreten. Einigermaßen unsicher bleibt die Entwicklung in den *Vereinigten Staaten*. Man wartet ab, wie sich die großen Emissionen des *Schatzamts* auswirken werden. Dieses will in der nächsten Zeit nicht weniger als 1400 Mill. $ aufnehmen, davon 500 Mill. als 3¾ %ige Bonds mit 12jähriger Laufzeit, 300 Mill. als 1½ %ige Zertifikate mit halbjähriger Laufzeit und 600 Mill. als 2 %ige Zertifikate mit einjähriger Laufzeit. Ein Teil dieser

Die deutschen Emissionen im In- und Ausland[1])

(Mill. RM)	Anleihen: Ausland	Anleihen: Inland	Neu-Emissionen der Realkredit-Institute: Komm. Oblig.	Neu-Emissionen der Realkredit-Institute: Pfandbriefe	Neu-Emissionen der Realkredit-Institute: Insgesamt	Aktienemissionen[2]): Erhöh.-Anträge	Aktienemissionen[2]): Gründung.	Aktienemissionen[2]): Insgesamt
1926 insgesamt	1516,80	1305,60	465	1628	2093	1212,24	75,00	1287,24
1927 "	1686,00	993,60	349	1597	1946	932,90	137,89	1070,79
1928 "	1648,60	1081,20	491	1477	1938	984,25	180,96	1165,21
1929 "	639,3	584,50	255	887	1142	512,90	153,18	666,08
1930 "	1058,78	359,10	.	.	.	117,59	37,83	155,42
1930								
Januar	0,85	9,20	19	136	155	5,88	0,51	6,39
Februar........	155,70	52,00	33	144	177	21,27	2,70	23,97
März	107,60	16,40	38	288	326	15,42	4,28	19,70
April	120,80	36,00	102	207	309	16,11	1,51	17,62
Mai............	37,82	17,00	87	152	239	6,68	3,60	10,28
Juni	545,80	43,00	55	127	182	3,87	0,75	4,62
Juli...........	42,81	5,00	73	205	278	5,65	1,76	7,41
August	—	150,00	34	118	152	9,58	3,34	12,92
September	16,80	10,00	28	109	137	6,23	2,70	8,93
Oktober........	18,00	18,50	20	103	123	1,03	2,89	4,91
November.......	—	—	35	115	150	9,91	3,60	13,54
Dezember.......	12,60	2,00	.	.	.	15,93	10,19	26,12
1931								
Januar	—	28,50	.	.	.	3,92	0,95	4,87
Februar........	162,8		.	.	.	9,59	3,35	12,94

[1]) Diese nach einer Statistik der Frankfurter Zeitung wiedergegebenen Zahlen erfassen die Emissionen im Zeitpunkt des Antrags und im Nominalwert. — [2]) Ohne Sacheinlagen und Fusionsaktien.

Emissionen wird nur zur Abdeckung fälliger Schulden dienen, ein anderer Teil aber eine tatsächliche Neubeanspruchung des Kapitalmarkts darstellen, die auf die Beleihung der Kriegsteilnehmer-Versicherungen zurückgeht.

In Deutschland ruhte der Kapitalmarkt fast völlig. Über die deutschen Emissionen der letzten Monate gibt die unten wiedergegebene, der „Frankfurter Zeitung" entnommene Tabelle Aufschluß (vgl. auch die Glosse „Guter Pfandbriefabsatz im Jahre 1930" auf S. 483).

Die Warenmärkte

Während der letzten Wochen haben sich die Preise auf den

Kolonialwarenmärkten

im allgemeinen wenig verändert. Dies gilt insbesondere vom *Kautschuk*. Das Geschäft ist auf diesem Markt im ganzen wieder sehr still geworden; die Grundstimmung wird als verhältnismäßig fest bezeichnet, obgleich die Londoner Vorräte noch weiter steigen. Man verweist jedoch darauf, daß eine Produktionsstatistik aus Ostasien für den Januar 1931 eine Erzeugung von 15 500 t gegen 17 000 t vor einem Jahre angebe. Vielleicht sollte man hinzufügen, daß das noch nicht einmal ein 10 %iger Rückgang sei und daß die Statistik nur große Plantagengesellschaften umfaßt, während der Schlüssel zur Lage viel eher bei den Eingeborenenpflanzungen zu suchen ist.

Die *Tee*preise — die Entwicklung war auf diesem Gebiet ganz ähnlich wie beim Kautschuk, allerdings hat sie wesentlich früher eingesetzt — haben sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Umfang der Pflückeinschränkungen beträchtlich überschätzt worden war.

Der *Kaffee*markt stand unter einem gewissen Druck, der noch immer darauf zurückzuführen ist, daß man sich über die Pläne der Brasilianer nicht klar wird. Jüngst wurde wieder einmal berichtet, es seien gute ¾ Mill. Sack Kaffee von Brasilien nach New York unterwegs, was besonders die vorderen Sichten recht ungünstig beeinflußte. Über die bereits erwähnten Pläne, große Mengen Kaffees „zur Erschließung neuer Märkte" zu verwenden, hat man nichts mehr gehört, auch nichts über die mehrfach erwähnten Unklarheiten in der Gesamtstatistik. Dagegen ergibt sich aus einem Brief an die Firma Nortz & Co., daß man auf das Verlassen von Pflanzungen keine allzu großen Hoffnungen setzen soll. Der Brief weist darauf hin, daß die Besitzer angesichts der gesunkenen Löhne die Pflanzungen nach Möglichkeit in Ordnung hielten und daß in anders gelagerten Fällen die Hypothekengläubiger darauf sähen, daß sich ihr Pfand nicht entwerte.

Mr. Chadbourne ist zu neuen Besprechungen nach Europa unterwegs, und der *Zucker*markt tritt vorerst „auf der Stelle". In Java sind die notwendigen Verordnungen erlassen worden, und zwar in der Form, daß die Zuckerausfuhr allgemein verboten wurde und Ausfuhrscheine nur innerhalb der vorgesehenen Kontingente gegeben werden sollen. Die dadurch notwendig werdenden Produktionseinschränkungen sind zum Teil nicht unerheblich, werden aber in Java eher getragen werden können als in Kuba, wo die schwächeren Pflanzungen und Fabriken heute bereits erklären, daß sie nicht mehr lebensfähig seien, wenn der jetzige Verteilungsschlüssel unverändert bliebe. Das freie Angebot, insbesondere nach der Union, ist auch noch immer recht erheblich. Überdies sind gerade im laufenden Jahr die Ausbeuten in Kuba so hoch wie selten. Aus den europäischen Ländern hört man wenig Tatsächliches; aus den an dem Abkommen beteiligten Staaten wird berichtet, daß beträchtliche Anbaueinschränkungen „vorgesehen" seien. Dagegen verlautet, daß Rußland wieder einige kleine Posten Zucker nach den baltischen Randstaaten verkauft habe; die Preise sind bisher nicht bekanntgeworden.

Der Aufwärtsbewegung ist in der Berichtswoche

auf den Getreidemärkten ein scharfer Rückschlag

gefolgt, dessen Gründe recht bezeichnend sind. Er hat nämlich am selben Tag begonnen, an dem das Bundes-

farmamt verlauten ließ, es beabsichtige, bis zum Ende des Erntejahres noch rund 35 Mill. Bushels, d. s. eine knappe Million t, Weizen zu verkaufen. Man werde selbstverständlich nicht dumpen, sondern nur zu den gängigen Weltmarktpreisen verkaufen. Die Bedeutung dieser Versicherung mag hier ununtersucht bleiben, Tatsache ist jedenfalls, daß die Marktstimmung diesem zusätzlichen Angebot durchaus nicht gewachsen war und die Preise ziemlich scharf wegsackten. Zu erklären ist der Entschluß des Farmamts verhältnismäßig leicht, denn man kennt die Verstopfung der Läger, zu der seine Politik geführt hat, seit langem; schon die Versuche, den Müllern Weizen zu leihen, den sie nach der neuen Ernte in natura zurückgeben sollten, ließen erkennen, daß man fast um jeden Preis Raum schaffen wollte. Ob das auf dem jetzt gewählten Wege gelingt, ist noch nicht sicher, denn das russische Angebot scheint wieder etwas zu wachsen (es sollen in der letzten Woche sogar kleine Posten nach Deutschland gehandelt worden sein), und der Kanada-Pool gibt unter dem Druck seiner Banken ständig Ware ab. Auch ist das argentinische Angebot keineswegs geringer geworden. Am Schluß der Berichtszeit verkaufte Rußland rund 130 000 t Roggen, seinen gesamten holländischen Bestand, an eine holländisch-deutsche Gruppe zu einem wesentlich unter Marktpreis liegenden Satz (3,47½ Gulden gegen 3,80 kurz vorher).

Über den Saatenstand auf der nördlichen Erdhälfte hört man im allgemeinen Gutes, in Nordamerika haben sich die Verhältnisse beträchtlich gebessert, und in Europa halten die Klagen lediglich in Frankreich an. Die Abladungen haben weiter zugenommen.

Die Entwicklung des *deutschen Markts* ist in den politisch vorgezeichneten Linien weiter verlaufen; insbesondere hat sich der Weizenpreis, allerdings unter Rückschlägen, weiter erhöht, so daß jetzt seit Tagen sämtliche Sichten über 300 RM notieren. Für die Unsicherheit des Marktes ist die Tatsache bezeichnend, daß der Juli gegenüber dem Mai in den letzten Tagen gelegentlich einen kleinen Abschlag aufwies. Die Märkte der übrigen Getreidearten wurden wohl vom Weizenmarkt beeinflußt, wiesen aber zum Teil ein leidlich lebhaftes Geschäft auf. Beim Hafer regten besonders die Äußerungen Schieles über die geplante Wiedereinführung von Einfuhrscheinen an, weil man annimmt, daß der Hafer in erster Linie berücksichtigt werden würde.

Trotz gelegentlicher Rückschläge hat die

Festigkeit der Metallmärkte

in der Berichtszeit angehalten. Allerdings sind die Preissteigerungen per saldo nur auf wenigen Gebieten nennenswert. Am geringsten waren sie auf dem *Zinn*markt. Hier hat die Februar-Statistik mit einer Zunahme der sichtbaren Vorräte um (schätzungsweise) 2000 t enttäuscht. Dabei scheint die Einschränkung Anfang März Tatsache zu werden (vgl. S. 482). Es wird aber sicherlich Monate dauern, ehe sie sich in den Statistiken auswirkt. Der Verbrauch hält sich sehr zurück.

Verhältnismäßig fest lag der *Kupfer*preis. Das Kartell konnte gegen Ende der Woche eine neue Preiserhöhung vornehmen, nicht zuletzt, weil das Außenseiterangebot sehr klein geworden ist und sich auch die Bestände auf dem Londoner Standardmarkt in dieser Jahreszeit (Vitriolherstellung) ständig verkleinern.

Die Märkte für *Blei* und *Zink* waren nicht sehr lebhaft; die Preise paßten sich denen der Hauptmetalle an. Gedrückt war wiederum der *Silber*preis.

Sehr eigentümlich ist gegenwärtig die Lage der

Baumwollmärkte.

Hier ist der seit einigen Monaten bereits anhaltende *feste Grundton* auch weiter unverkennbar, aber die Preise werden, sobald sie stärker anzuziehen drohen, durch Verkäufe des Farmamts gedrückt. Kein Zweifel, daß diese Verkäufe große Verluste bringen, daß sie mit der mehrfach ausgesprochenen Absicht des Farmamts, nicht unter seinen Einkaufspreisen zu verkaufen, keineswegs in Einklang zu bringen sind — aber es ist für das Farmamt gegenwärtig wohl wichtiger, durch Druck auf den Markt einer allzu geringen Verkleinerung der Anbaufläche entgegenzuarbeiten. Die Schätzungen der Einschränkung halten auch weiter bei höchstens 10 %. Man wird wohl erst in einigen Monaten erkennen können, wie die Entwicklung tatsächlich verlief. In den weiterverarbeitenden Bezirken sieht es im allgemeinen etwas besser aus. In Amerika hat sich das Geschäft merkbar belebt, ähnliches gilt mit Einschränkungen auch vom europäischen Festland. Die Nachrichten aus China wie aus Japan regten den englischen Markt leicht an.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Unter Schwankungen befestigt

Das Kursniveau hat in der abgelaufenen Woche eine *beachtliche Erhöhung* erfahren, wenn auch die Befestigung mehrfach von Rückschlägen unterbrochen wurde. Rein technisch gesehen beruhte die Nachfrage z. T. auf kleinen Publikumskäufen, z. T. auf internationalen Deckungen, die sich um so mehr auswirkten, als nur wenige spekulative Hausseengagements bestanden, der Markt also eng war. Die Kauf- bzw. Deckungsneigung wurde erzeugt durch eine Reihe von Einzelmomenten, die eine optimistischere Einstellung der Börseninteressenten zur Folge hatten. Zunächst hat die Rede des Generaldirektors der *AEG* in der kürzlichen Generalversammlung angeregt. „Der Tiefpunkt der Depression scheint erreicht", so hatte sich Geheimrat Bücher geäußert, und eine solche Formulierung mußte natürlich gerade angesichts der bisherigen Überhäufung der Öffentlichkeit mit pessimistischen Darlegungen aus führenden Wirtschaftskreisen große Beachtung finden. Kurz darauf hielt auch der Reichsbank-Präsident auf der Leipziger Messe eine Rede, die auf einen hoffnungsfreudigen Ton gestimmt war und ebenfalls starken Widerhall fand. Noch stärker als durch Worte läßt sich die Börse aber natürlich davon beeinflussen, daß neue Geschäfte gemacht oder eingeleitet werden, von denen man sich eine unmittelbar anregende Wirkung auf die Gesamtwirtschaft verspricht. Vor allem ist dabei an die neue internationale *Hypothekarkredit-Gründung in der Schweiz* zu denken, die als bemerkenswerter Versuch zur Förderung des internationalen Kapitalausgleichs anzusehen ist (vgl. S. 475). Eine mindestens ebenso starke Anregung bedeutete das *Angebot der Gruppe Sofina-Gesfürel* zur *Übernahme der Bewag* unter gleichzeitiger Gewährung einer Anleihe von mehreren hundert Millionen zwecks Konsolidierung der Berliner Finanzen. Wenn ein internationaler Konzern so gewaltige Mittel nach Deutschland geben wolle, so müsse dies — so argumentierte die Börse — auf die gesamte Haltung der ausländischen Kapitalisten zurückwirken. Allerdings sind diese Hoffnungen zunächst einmal enttäuscht worden, denn einstweilen sind die Verhandlungen zwischen der Sofina und der Stadt Berlin abgebrochen worden. Andererseits wurde die Börse stark beeinflußt durch Diskussionen über die Lage des *Blumenstein-Konzerns.* Akute Schwierigkeiten, die in dieser Gruppe sich anzubahnen drohten, konnten zwar überbrückt werden, aber es blieb doch die Erkenntnis, daß dieser Komplex mit seinen etwa 50 Mill. RM kurzfristigen und etwa 20 Mill. RM langfristigen Schulden abwicklungsbedürftig ist. In den letzten Tagen störten auch *politische Vorgänge*, vor allem der radikale Wahlausgang in Braunschweig und der Beschluß des Reichstags über die Gefrierfleischeinfuhr, aus dem man Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Sozialdemokratie erwartet.

Stärkeres Interesse bestand für *Schiffahrtswerte*, da man von *Hapag* und *Lloyd* nunmehr Ausschüttungen von je 6 % erwartet, allerdings unter Heranziehung der Buchgewinne aus der Amerika-Freigabe. *Elektrowerte* waren unter dem Einfluß der Generalversammlung der AEG und der Bewag-Verhandlungen stark befestigt, besonders *Gesfürel.* Ferner waren *Deutsche Linoleum* gesucht, da die

Verhandlungen über die Neuplacierung des beherrschenden Aktienpostens anscheinend vor dem Abschluß stehen. *Verkehrswesen-Aktien* lagen fest unter dem Einfluß der auf Seite 481 geschilderten Transaktion, die eine Verminderung der riskanten Bauinteressen und eine Verkleinerung des Kapitals mit sich bringt. Für *Kunstseidenwerte* zeigte sich auf Bankempfehlungen mehrfach Nachfrage bei angeblich vorhandenen leichten Ansätzen zur Geschäftsbesserung. Starken Schwankungen unterlagen *Schantung* im Zusammenhang mit der bevorstehenden Generalversammlung, in der der Kampf zwischen der Verwaltung und der Münchener Opposition zur Austragung gelangen soll. Es erfolgten anscheinend rivalisierende Aufkäufe. Auch die *Rentenmärkte* waren recht fest.

Frankfurter Börse

Die Frankfurter Börse entwickelte trotz gelegentlicher leichter Realisationen eine feste Tendenz, die nach manchen sachverständigen Urteilen nicht ganz in Übereinstimmung zu bringen ist mit der tatsächlich noch recht ungünstigen allgemeinen Geschäftslage und mit den schwerwiegenden, hier und dort festzustellenden Reorganisationsbedürfnissen (Blumenstein-Konzern). Die Börse ließ sich aber durch solche Erwägungen nicht aufhalten; sie gab sich voll den Anregungen hin, die aus den Anzeichen wieder beginnender Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem internationalen Kapitalmarkt (Bewag—Sofina—Gesfürel, Internationale Bodenkreditbank Basel) hervorgingen. Dazu kam das Vertrauen auf eine Beruhigung der innerpolitischen Lage. Inländische und ausländische Kundschaft trat verstärkt als Käufer auf. Die Farben-Aktie sprang in dieser Berichtszeit um etwa 10 auf 144 %; der Elektromarkt zog zeitweilig ansehnlichen Nutzen aus den Bewag-Verhandlungen, war aber im ganzen bis auf die als nächstbeteiligt favorisierte Gesfürel-Aktie (daneben Schuckert) nicht allzu stark erholt; einige Nebenwerte allerdings fanden hier besonderes Interesse.

Bemerkenswert fest lagen Holzmann im Zusammenhang mit der Ankündigung von wieder 8 % Dividende bei günstigem Geschäftsgang (bis etwa 91 %); ferner Hochtief bis 73 % auf wieder 7 % Dividende; Dyckerhoff nach Lösung von Verkehrswesen gefragt, zeitweise ohne Angebot. Scheideanstalt zeigten eine Steigerung von 123 auf 131½ %; der Markt vermutet eine neue Transaktion, im übrigen sei der Geschäftsgang anhaltend gut. Kunstseide waren von Holland aus lebhaft angeregt, besonders die AKU-Aktie fand größere Nachfrage bis 79 nach etwa 70 %. Eine sehr kräftige Erholung zeigte der Kalimarkt; der Salzdetfurth-Konzern wird im Gegensatz zur Wintershall AG seine vorjährige Dividende aufrechterhalten. Chade wurden bis 303 RM lebhaft auf die Dividendentaxe, auch aus der Schweiz, verlangt. Gegen Wochenschluß machte sich eine aus der Berliner Automobilausstellung resultierende bessere Beschäftigung der Autofabriken in einer Steigerung der Daimler-Aktie bis 28 und — im freien Verkehr — der Kleyer-Aktie bis etwa 45 % bemerkbar. Unsicher, bei zeitweiligem Mangel an Aufnahme, lagen zunächst Hanfwerke Füssen; auf den Abschluß mit der Möglichkeit einer kleinen Dividende trat dann Nachfrage bis 50 % ein. Im Hinblick auf die bestehenden Ungewißheiten waren Karstadt-Aktien angeboten, ebenso, nachdem die Aktiennachfrage für die Generalversammlung erloschen scheint, Schantung-Aktien mit zeitweise 91½ nach annähernd 100 %. Nach Briefstreichung wurden Reiniger, Gebbert & Schall mit 80 nach 82 % wieder notiert. Zu Wochenende schien eine plötzliche Hausse in Linoleum-Aktien auf den nahenden Abschluß der Verhandlungen wegen Neuplacierung der Aktienmehrheit zu deuten, Kurs bis 114 %. Badische Hypothekenbank waren zeitweise ohne ausreichendes Angebot gesucht, Kurstaxe bis 136 %.

Auf dem Versicherungsmarkt war Nachfrage nach den Werten der Allianz-Gruppe, in Allianz und Stuttgarter Verein ohne entsprechendes Material, Taxe 185 nach 178 RM; auch Frankona stellten sich nach Notierungspause höher, auf 107 nach 100 RM. Erhebliche Nachfrage nach Badische Bank konnte zeitweilig nicht befriedigt werden, später stieg der Kurs auf 136 nach 132 %. Ferner waren ohne Angebot zeitweilig unnotiert bei Nachfrage Parkbrauereien (Taxe 85 nach 82 %), Salzwerk Heilbronn (Schätzung 181 nach 171 %), Hartmann & Braun (später 109 nach 104½ %), Hanauer Hofbrauhaus Nicolay (Taxe 145 nach 135 %), Schnellpressenfabrik Frankenthal (Taxe über 18 %). Dürrwerke zogen bis 51 % an auf eine Schätzung von wieder 6 % Dividende.

Ohne Aufnahme blieben ganz oder vorübergehend gestrichen Voigt & Haeffner (man hörte vage Taxen von 120 Brief), Emag, Schneider & Hanau (später 18 nach 20 %), Wegelin (später 36 nach 43 %), Tellus (später 40 nach 42 %), Emelka, Lüdenscheider Metallwerke (Schätzung auf den Verlustabschluß unter 40 %), Ludwigshafener Walzmühle (später 58 nach 61 %), Breuer Maschinen (später 25 nach 30 %); die Gesellschaft hat etwas besser gearbeitet, bleibt aber wiederum ohne Dividende.

Eine letzte Notierung vor Einstellung fand statt für die Aktien der Bürstenfabrik Erlangen mit 5⅞ nach zuletzt 6½ %. Im freien Verkehr waren Bingwerke-Aktien wiederum niedriger, zu etwa 9 % Brief, angeboten.

	26. 2	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3	4. 3.
Dt. Effecten- u. Wechselbank	94½	94½	94½	94½	94½	94½
Frankfurter Bank	92	91	91	90	90	92
Frankfurter Hypotheken-Bank	145	146⅞	146¼	146½	146¼	146¼
Cementwerk Heidelberg......	74½		7[illegible]	—	80	77
Scheideanstalt	12[illegible]	128¾	127	129½	130	131½
Frankfurter Hof.............	35	35	35	35	36	38
Hanfwke. Füssen-Immenstadt	45½	—	44⅛	—	47	—
Henninger Brauerei	—	120	—	122	121	—
Hochtief	66½	—	66½	67½	68¼	73
Holzmann	—	79¼	80	82¾	87⅝	90¾
Main-Kraftwerke	69½	69½	69½	70	70½	70½
Metallgesellschaft	79	79	78	78½	—	79½
Maschinenfabrik Moenus	22	22	—	22	22½	22½
Ludwigshafener Walzmühle..	— P	58	58	57	59	58
Tellus. Bergbau u. Hüttenind.	43	43	—	— B	40	40
Verein f. chem. Industrie	61½	62	63	64	63½	63½

Hamburger Börse

Die Börse war in der Berichtswoche wieder erheblich widerstandsfähiger und freundlicher. Die Tatsache, daß sich trotz größeren Geschäftsverkehrs keine wesentliche größere Nachfrage nach Ultimogeld gezeigt hat und die Durchführung der Prolongationen keine Schwierigkeiten bereitete, wurde sehr zuversichtlich kommentiert. Im übrigen sind die Märkte nach wie vor ziemlich leer, so daß verhältnismäßig geringe Nachfragen bereits Kurssteigerungen auslösten.

Auf dem *Schiffahrtsmarkt* haben sich die Umsätze in Hapag- und Lloyd-Aktien vergrößert. Das Geschäft wurde angeregt durch Kombinationen über die Dividenden- bzw. Bonusverteilung. Die Verwaltungen haben sich schließlich dazu entschlossen, unter Zuhilfenahme der Freigabe-Erlöse eine Dividende von 6 % auszuschütten. Hapag stiegen in der Berichtszeit um 6½ auf 68½ %, Lloyd ebenfalls um 6½ auf 71 %. Soweit die Börse den höheren Lloyd-Kurs nicht rein markttechnisch, sondern mit dem zweifellos bei der Bremer Reederei zu erwartenden günstigeren Abschluß rechtfertigt, ist diese Höherbewertung unverständlich; denn infolge der Gewinnpoolung ist es für die Aktionäre gleichgültig, ob die eine oder andere

Gesellschaft innerhalb der Union günstiger gearbeitet hat. Hansa stiegen um 3 % auf 106, ohne daß es zu Umsätzen kam. Der Kurs ist im Vergleich mit dem der Großreedereien außerordentlich hoch, da bei Hansa die Aussichten für eine Dividendenzahlung nicht günstig sind. Hier spielen, ebenso wie bei den Hamburg-Süd-Aktien, die mit 135 um 5 % höher gesucht wurden, rein markttechnische Gründe eine Rolle. Die Mehrheit befindet sich in festen Händen, und die Mehrheitsbesitzer, die daran interessiert sein dürften, allzu große Abschreibungen auf diese Aktien zu vermeiden, halten den Kurs hoch. Afrika-Reedereien waren mit 40 gesucht. Offenbar handelt es sich um reine Stützungsangebote. Sehr fest waren Flensburger Dampfer, für die gegen Schluß ein Geldkurs von 38 genannt wurde. Die Börse hat sich von diesen Werten ziemlich desinteressiert, so daß die Steigerung von 12 % möglich war, ohne daß größere Posten gesucht wurden. Von sonstigen Verkehrswerten blieben Lübeck-Büchener mit 51 gesucht. Das Angebot ist aber in letzter Zeit knapp geworden. Hochbahn waren mit 70½ bei guter Nachfrage 3 % höher. Bergedorf-Geesthachter wurden mit 23 bezahlt und blieben am Schluß mit 25 gefragt. Es handelt sich offenbar um einen Zwangsverkauf, da selbst das nicht sehr günstige Angebot des Staates den Stammaktionären einen Kurs von 30 % garantiert.

Bankwerte waren bei fester Grundstimmung ruhig. Hypothekenbank zogen um 2 % auf 132½ an, Vereinsbank stiegen um 3 % auf 100. Dagegen ging die Liquidations-Casse Hamburg um 2½ % auf 60 zurück.

Karstadt-Aktien waren wieder erheblichen Schwankungen unterworfen. Der Kurs ging anfangs trotz der Festigkeit der übrigen Börse auf 60 % zurück und konnte sich im Verlauf infolge andauernder Berliner Verkäufe nur gering erholen. Erst am letzten Tag kam es zu einer stärkeren Erholung, da offensichtlich Baisse-Engagements in größerem Umfang zur Eindeckung kamen. Der Kurs stieg auf 66¼, was gegenüber der Vorwoche einen Gewinn von mehr als 5 % bedeutet. Die Verwaltungsbanken haben sich offenbar, soweit es sich nicht um Arbitrageabschlüsse handelte, in letzter Zeit etwas von diesem Markt ferngehalten. — Brauerei-Aktien lagen ziemlich still und nicht ganz einheitlich. Holsten-Brauerei waren mit 133 4 % fester, während Elbschloß mit 97 2 % niedriger lagen. Bavaria waren mit 145 angeboten, der Geldkurs dürfte beim letztwöchigen Schlußkurs von 141 liegen. — Zementwerte waren wenig erholt im Hinblick auf die verhältnismäßig wesentliche Belebung des Geschäftsganges. Alsen notierten 120 G (+ 6), Hemmoor 121 G (+ 5), Breitenburger 74 G (+ 2 %). HEW waren mit 111¾ 4 % höher, während Nordwestdeutsche Kraftwerke mit 148 nur 1 % gewannen. Höher waren ferner Wiemann Leder mit 112 (+ 7 %), Markt- und Kühlhallen 119 (+ 5), Kühltransit 114 (+ 2), Ruberoid 38 (+ 2 %), Harburg-Phönix 52 (+ 1½ %), Hochofenwerk Lübeck 100 G (+ 1 %). Stärker abgeschwächt waren Triton, die bei nicht sehr großen Abgaben um 10 % auf 48 zurückgingen.

Auf dem Markt Kolonialwerte waren von amtlich notierten Papieren Schantung um weitere 4½ % auf 97½ % erhöht; in den letzten Tagen bestand allerdings etwas größere Zurückhaltung. Guatemala waren mit 58 2 % niedriger. — Von nicht amtlich notierten Werten waren Deutsch-Togo mit 90 6 % und Samoa Kautschuk mit 40 auch 6 % niedriger, während Doag mit 60 1 % höher waren. — Von den sonstigen unnotierten Werten waren Deutsche Petroleum mit 62 (+ 1 %), Deutsche Gasolin mit 40 (+ 1 %), Kaffee Hag mit 143 (+ 1 %) fester, Deschimag mit 22 (— 1 %) niedriger.

	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Deutsch-Ostafrika-Linie	—	—	—	40G	40G	40G
Woermann-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Flensburger Dampfercomp.	—	—	—	—	38G	—
Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei	141G	143B	—	144B	145B	145B
Bill-Brauerei	205B	205B	—	205B	205B	205B
R. Dolberg	—	—	—	—	—	—
Eisenwerk Nagel & Kaemp.	75G	76G	—	77B	77bz	80B
Flensburger Schiffsbau G.	—	—	—	—	—	—
Lederwerke Wiemann	106G	106G	110bz	110bz	110G	112bz
Chem. Hell & Sthamer	—	—	—	—	—	—
Chem. Fabr. Harburg-Staßfurt	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G
H. Schlinck & Cie.	80G	80G	80G	80G	80G	80G
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	—	—	—	42G	42G	42G
Malzfabrik Hamburg	100B	98B	98B	98B	98B	98B
Schwartauer Werke	24B	24B	24B	24B	24B	23G
Jaluit-Gesellschaft	50bz	50G	50G	50G	50G	50G
dto. Genußscheine	30bz	30G	30G	30G	30G	30G
Deutsche Hand. u. Plant.Ges.	60G	60G	60G	60G	60G	60G
dto. Genußscheine	40G	40G	40G	40G	40G	40G

Londoner Börse

Nachdem sich auf dem Londoner Geldmarkt zunächst infolge der Steuerfälligkeiten tägliches Geld so verknappt hatte, daß die Bank von England durch Ankäufe von Handelswechseln den Markt unterstützen mußte, hat die Auszahlung von Zinsen auf Staatsanleihen im Betrage von 7 Mill. £ sowie die Rückzahlung von 5 Mill. £ australischer Schatzwechsel und die Zahlung von 28 Mill. £ Dividenden die Zinssätze wiederum bis auf 2 % gesenkt. Dagegen sind die Sätze für Dreimonats-Bankwechsel mit $2^{11}/_{16}$ unverändert geblieben, da die Bank von England offenbar weiter ein Interesse daran hat, die Differenz der offenen Marktsätze zwischen London und Paris möglichst hoch zu halten. Diese Politik hat auch den Erfolg gehabt, daß sich der Pfundkurs gebessert hat, dem Franc gegenüber zuletzt bis auf 123,98½ gestiegen ist und auch im Vergleich zum Dollar fester wurde. Trotzdem sind allerdings die auf dem offenen Markt ankommenden Goldbeträge in Höhe von über 1 Mill. £ wieder nach Frankreich gegangen, und auch die Bank von England hat zuletzt einen kleinen Posten Barrengold abgegeben, nachdem sie vorher 250 000 £ Münzgold aus Südafrika aufgenommen hatte.

Das Börsengeschäft war diesmal freundlicher, obwohl die Abschwächung in New York die internationalen Werte im Kurse sinken ließ. Maßgebend war dafür einmal der Abschluß des französisch-italienischen Flottenabkommens, der eine starke Beruhigung der auswärtigen politischen Lage bedeutet. Auch waren Gerüchte im Umlauf, daß der Ertrag der Einkommensteuer durch Zahlungen in den allerletzten Tagen den vorjährigen um 16 Mill. £ übersteigen und sich das Defizit nur bei 20 Mill. £ halten sollte, was wahrscheinlich eine übertriebene Hoffnung ist, aber jedenfalls zeitweise geglaubt wurde und dazu beigetragen hat, daß die 5 %ige Kriegsanleihe von $102^{13}/_{16}$ auf 92⅞ $103^{11}/_{16}$, die 4 %ige Fundierungsanleihe von 90⅞ auf 92⅞ und die Konversionsanleihe von 99⅛ auf 100¼ stiegen. Unter den ausländischen Anleihen zeichneten sich die deutschen wiederum durch besonders feste Haltung aus, vor allem unter dem Eindruck der Rede des Reichsbankpräsidenten. Die Young-Anleihe notierte 77½ nach 74¼, die Dawes-Anleihe 103 nach 101⅛, Berliner Stadtanleihe stieg von 73½ auf 74½, die Hamburger von 83 auf 86, die Münchener von 69 auf 70. Die Aufwärtsbewegung der heimischen Bahnwerte knüpft sich an Hoffnungen, daß die Lohnverhandlungen für die Bahnverwaltungen günstig ausfallen werden: Great Western 68¾ statt 66½, London North East 5½ statt 5. Abgeschwächt waren überwiegend Ölanteile, da eine Benzinpreisermäßigung erfolgt ist und überdies die Befürchtung besteht, daß Erdölprodukte zu den besteuerten Waren des nächsten Budgets gehören werden. In den Anteilen von Courtaulds ist ein Kursrückgang von 31/3 auf 29/9 eingetreten, nachdem der zuerst ziemlich günstig beurteilte Geschäftsbericht schließlich stärkerer Kritik ausgesetzt war.

	25. 2.	26. 2.	27. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
4% Funding Loan	91⅝	91¾	91¾	91 15/16	92½	92 11/16
London Midl. & Scot. Ord.	26¼	25½	25¼	27	27 2/4	27¼
Central Argentine Ord.	59	58½	59½	60	59½	60
De Beers Cons. Mines Def.	5⅝	5 9/16	5 9/16	5 9/16	5 7/16	5½
Burmah Oil Co.	3 5/16	3¼	3¼	3 3/16	3¼	3 5/16
Anglo Dutch Plantation	17/3	17/3	17/0	17/0	19/3	19/9
Courtaulds	31/3	28/9	28/9	28/9	28/9	30
Imperial Chemical Industr.	15/1½	14/10½	14/9	15/9	15/3	15/6
Vickers	7/0	7/—	7/	7/1½	7/1½	7/1½
Rio Tinto Ord.	30¼	30½	30¾	30¾	28¾	27¾
Aktienindex 1928 = 100	66,7	66,7	66,8	67,8	68,0	—
Abschlüsse total	5500	5341	5558	6395	5686	—
Staats- u. Kommunalanl.	1319	1357	1346	1504	1405	—
Verkehr u. Public Utilities	949	860	995	1111	1016	—
Handel u. Industrie	1745	1631	1786	2010	1817	—
Bank, Versicherung	592	656	613	730	547	—
Minenwerte	639	506	639	686	565	—
Oelwerte	114	167	155	231	170	—
Gummi, Tee, Kaffee	142	174	104	123	165	—

New Yorker Börse

Das Gesetz über erhöhte Beleihung der Versicherungspolicen von Kriegsveteranen ist endgültig angenommen worden. Hoover hat sein Veto eingelegt, aber das Repräsentantenhaus hat den Einspruch mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt, und der Senat ist ihm gefolgt. Die Abstimmungen darüber, die mit großer Schnelligkeit vorgenommen worden sind, bedeuten ein direktes Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten mit einer Schroffheit, wie es unter seinen Vorgängern nicht vorgekommen ist. Das Budget ist natürlich schwer belastet worden, und die ersten Maßnahmen des Schatzamts, dieser und anderen Schwierigkeiten zu begegnen, sind bereits bekanntgegeben. Es handelt sich um eine mit 3⅜ % verzinsliche Bonds-Emission von 500 Mill. $ und um 600 Mill. $ 1½ % einjährige Schuldverschreibungen sowie 300 Mill. 2 % halbjährige Schuldverschreibungen, die in nächster Zeit aufgelegt werden sollen, und die zu 1,1 Milliarden $ für die Rückzahlung fälliger Verpflichtungen und zu 300 Mill. eben für die Kriegsveteranenhilfe verwandt werden sollen. In welcher Höhe von dem Recht stärkerer Beleihbarkeit Gebrauch gemacht werden wird, läßt sich noch nicht sagen. Die zunächst angesetzte Summe von 300 Mill. würde nur ausreichen, um schätzungsweise einem Viertel aller Beteiligten die erforderlichen Mittel zu verschaffen. Dabei hat der Ansturm der Berechtigten gleich am Anfang stark eingesetzt; es standen lange Reihen vor den Türen der die Auszahlung vornehmenden Ämter an. Am ersten Tag wurden allein 4½ Mill. $ ausgezahlt. Überdies drohen dem Budget weitere Gefahren durch die dauernden Anträge auf Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung.

Wie diese Emissionen auf den Markt wirken werden, ist noch ungewiß. Die Hoffnung wächst, daß der Bondsmarkt nicht zu stark beeinflußt werden wird, und daß die Gefahren für die am Rande der Insolvenz stehenden Banken sich in engen Grenzen halten. Überdies scheint die Bankenkrise ganz allgemein im Abflauen zu sein, im Januar haben nach Mitteilung des Federal Reserve Board einzelne Banken sogar ihre Schalter wieder geöffnet. Auch sonst gehen optimistische Meldungen um. Der Vorsitzende der von Hoover zur Beobachtung der Geschäftslage eingesetzten Kommission Barnes sieht Ansätze zu einer Belebung der Geschäftstätigkeit, und die National City Bank stellt gleichfalls eine gewisse Konsolidierung der Wirtschaftslage und eine Besserung der Stimmung in der Geschäftswelt fest. Im Februar ist nach den Mitteilungen des Vorsitzenden des amerikanischen Arbeiterbunds, Green, zum erstenmal seit Monaten eine schwache Abnahme der Arbeitslosigkeit erfolgt.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
25. 2. 31	190.72	111.40	28. 2. 31	190.17	109.35
26. 2. 31	193.68	1 0.98	2. 3. 31	184.38	107.01
27. 2. 31	190.12	110.80	3. 3. 31	184.01	107.65

Auf die Börsenhausse der letzten Wochen ist ein Rückschlag eingetreten. Immerhin sind die Kursrückgänge bescheiden, gemessen an der vorangegangenen Aufwärtsbewegung, und eine rund 20%ige Kurserhöhung gegenüber dem niedrigsten Stand bleibt als vorläufiges Ergebnis dieser Kurserholung bestehen. Seinen Ausgangspunkt hat der Angriff der Baisse-Partei diesmal auf dem Markt der Eisenbahnwerte genommen. Die Januar-Einnahmen der größeren amerikanischen Eisenbahnen sind unbefriedigend und zeigen im allgemeinen gegenüber den Vorjahrszahlen beträchtliche Rückgänge. Die Folge waren Kursrückschläge teilweise stärkeren Ausmaßes.

	25. 2.	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.
U. S. Steel Corporat.	148 3/8	150 7/8	148 3/4	147 1/2	145 1/4	145
American Can Co. ...	125 1/2	125	124 3/4	125	121 5/8	120 7/8
Anaconda Copper ..	40 1/4	41 5/8	41 1/8	41 7/8	40 1/2	41 1/8
General Motors	43 5/8	43 5/8	43 7/8	43 1/2	43 3/8	43 5/8
Chrysler	22 3/4	22 7/8	22 1/4	22 3/8	21 3/4	21 3/4
General Electric....	52 1/4	53 5/8	52 1/8	52 1/2	50 3/4	50 1/2
Am. Tel. & Telegr...	199	199 1/2	198 1/8	198	193 1/8	196
Radio Coporation ..	26 1/8	26 1/4	25 3/4	26	22 1/4	23 3/8
Allied Chemical	172	172 1/4	170	169 1/2	163 1/2	162 1/2
Standard Oil N. J ..	50 5/8	50 1/4	50 3/8	49 3/4	48 1/2	48 3/4
Woolworth	63 3/4	63 1/2	63 1/4	62 3/4	61 5/8	61 7/8
Pennsylv.-Railr. Co.	63	63 1/8	63	62 1/4	61 1/4	60 1/2
Aktienumsatz (1000)	4400	4600	3700	1700	3700	2900

Auf den übrigen Märkten hatten die Abschwächungen im allgemeinen ein sehr geringes Ausmaß. Einzelne Werte konnten sogar Kurserhöhungen verzeichnen, wie Radio Corp. von 20⅝ auf 23⅜, da Paketkäufe beobachtet wurden. Besonders heftigen Schwankungen waren wieder Auburn Automobile ausgesetzt, die im November noch 60 notierten, jetzt bis über 200 gestiegen sind, und bei denen außerordentlich starker Stückemangel besteht, da 75 % des nicht sehr hohen Aktienkapitals in festen Händen liegen.

Statistik

Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

(Mill. Schweizer Fr)	28. 2. 1931		31. 1. 1931		31. 12. 1930	
	Fr	%	Fr	%	Fr	%
Aktiva						
Kasse und Bankguthaben	6.8	0,4	5,7	0,3	6,1	0,4
Zinsgelder						
a) auf Sicht	56,4	3,0	85,5	5,0	74,8	4,7
b) bis zu 3 Monaten	723,6	38,9	722,1	42,3	653,0	41,4
c) 3 bis 6 Monate	260,4	14,0	162,2	9,5	145,3	9,2
Rediskontierbare Anlagen (Einstandspreis)						
a) Handelswechsel und Bankakzepte	429,3	23.1	346,9	20,3	319,6	20,3
b) Schatzwechsel	174,6	9,4	185,4	10,9	177,2	11,2
Andere Einlagen (Einstandspreis)						
a) bis zu einem Jahr	159,9	8,6	150,5	8,8	153,8	9,7
b) von 1 bis 2 Jahren .... c) über 2 Jahre	37,1	2.0	37,2	2,2	37,0	2,3
Sonstige Aktiva	12,6	0,7	12,2	0,7	11,3	0,7
Passiva						
Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 250 000) davon eingezahlt	102,8	5,5	102,8	6,0	102,9	6,5
Besondere Einlagen						
a) Treuhänderannuitäten	154,2	8,3	154,3	9,0	154,4	9,8
b) Einlage der deutschen Regierung	77,1	4,1	77,1	4,5	77,2	4,9
c) Garantiefonds der französischen Regierung	68,7	3,7	68,8	4,0	68,7	4,4
Einlagen auf Sicht						
a) Zentralbanken						
für eigene Rechnung	316,0	17,0	237,8	13,9	199,0	12,6
für Rechnung Dritter	190,4	10,2	183,0	10,7	140,6	8,9
b) Sonstige Einlagen	0,2	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
Einlagen bis zu höchstens 3 Monat						
a) Zentralbanken						
für eigene Rechnung	555,1	29,8	580,4	34.0	605,0	38,3
für Rechnung Dritter	150,4	8,1	150,6	8,8	154,3	9,8
b) Sonstige Einlagen	8,7	0,5	8,7	0,5	8,7	0,5
Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten						
Zentralbanken						
für eigene Rechnung	5,7	0,3	6,2	0,4	—	—
für Rechnung Dritter	214.9	11,5	124.6	7,3	55,1	3,5
Sonstige Passiva	16,2	0,9	13,2	0,8	12,0	0,8
Bilanzsumme	1861,0	100,0	1707,9	100,0	1578,1	100,0

Deutsche Reichsfinanzen im Januar 1931

(Mill. RM)	Haush.-Soll u. Rechn.-Soll der Vorjhr.-reste	Jan. 1931	Dez. 1930	1. April 1930 bis 31. Jan. 1931
A. Ordentlicher Haushalt				
Fehlbetrag am Schluß des Rechnungsjahres 1929	465,0			
I. Einnahmen:				
1. Steuern, Zölle und Abgaben....	10 265.6	1 047,1	557.3	7 925.3
2. Dividende aus Reichsbahn-Vorzugsaktien	51.2	—	—	50.6
2a. Zuschuß des außerordentlichen Haushalts aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn	150,0	—	—	—
3. Überschüsse der Post und der Reichsdruckerei				
a) Post	186,5	—	—	91,5
b) Reichsdruckerei..............	4.4	—	—	—
4. Aus der Münzprägung........	31,0	0.8	0,6	25.1
4a. Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank	40,0	—	—	—
5. Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft	660,0	55,0	55.0	550,0
6. Sonstige Verwaltungseinnahmen				
a) Arbeitsministerium	61.4	4.3	15,9	31.9
b) Wehrministerium	16,0	1.4	1,0	13 4
c) Justizministerium	19.3	1.7	1,3	16.9
d) Verkehrsministerium	34,0	3,5	3,5	32,9
e) Finanzministerium	82.1	7,3	6.3	60,8
f) Übrige Reichsverwaltung	30.5	2,1	9,4	37,5
Einnahmen	11632,0	1 123,5	650,6	8 835,9

(in Mill. RM)	Haush.-Soll und Rechn.-Soll der Vorjahrsreste	Jan. 1930	Dez. 1930	1. April 1930 bis 31. Jan. 1931
II. Ausgaben:				
1. Steuerüberweisungen an die Länder	3 387,3	325,0	167,7	2 693,3
2. Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschl. Ruhegehälter s. 3.)	858,3	69,1	70,8	696,6
3. Versorgung und Ruhegehälter einschl. der Kriegsbeschädigtenrenten	1 749,3	141,5	139,5	1 471,3
4. Innere Kriegslasten	364,3	40,5	25,8	246,0
5. Reparationszahlungen				
a) zu Lasten des Reichshaushalts	1 047,9	[1] 81,9	81,8	851,3
b) aus der Reparationssteuer der Dtsch. Reichsbahn-Gesellsch.	660,0	55,0	55,0	550,0
6. Sonstige äußere Kriegslasten	109,8	[2] 9,0	8,6	90,5
7. Sozialversicherung	441,2	37,7	36,9	376,5
8. Knappschaft	75,0	—	—	10,5
9. Invalidenversicherung	50,0	—	—	—
10. Kleinrentnerfürsorge	35,0	—	—	26,0
11. Krisenunterstützung	300,0	37,5	37,2	273,8
11a. Zahlung an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung zur Abgeltung der bei Durchführung der Krisenfürsorge entstehenden Kosten	11,0	5,2	1,5	9,3
12. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	46,4	3,2	9,7	43,8
13. Notstock f. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung	50,0	—	—	50,0
14. Arbeitslosenversicherung	184,0	64,5	30,8	295,7
15. Darlehen f. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung	140,0	—	—	140,0
16. Reichsschuld:				
a) Verzinsung und Tilgung	187,3	16,5	4,6	122,9
b) Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	465,0	—	50,0	450,9
c) Anleiheablösung	327,8	15,3	130,9	298,4
17. Schutzpolizei	195,0	16,1	18,1	162,5
18. Münzprägung	10,0	0,4	0,1	4,1
19. Sonstige Ausgaben				
a) Reichstag	7,1	0,4	0,6	5,2
b) Auswärtiges Amt	29,8	— 0,4	2,1	20,7
c) Ministerium des Innern	39,3	2,5	3,8	30,3
d) Arbeitsministerium	77,1	5,3	7,4	47,5
e) Wehrministerium				
Heer	2[illegible]2,5	21,5	22,2	200,7
Marine	155,0	10,4	11,7	99,9
f) Ernährungsministerium	82,5	3,2	27,2	57,7
g) Verkehrsministerium	150,8	8,7	9,9	107,2
h) Finanzministerium	105,1	7,9	12,4	71,8
i) Allgemeine Finanzverwaltung	53,2	5,9	5,8	47,7
k) Übrige Reichsverwaltung	20,3	0,7	1,5	12,2
Ausgaben insgesamt:	11 697,3	9[illegible]3,5	1 0[illegible]3,7	9 563,6
Mehrausgabe	—	—	353,1	727,7
Mehreinnahme	—	140,0	—	—
B. Außerordentlicher Haushalt				
I. Einnahmen:				
Insgesamt	1 339,0	71,7	51,8	[3] 797,3
(darunter aus Anleihen)	(842,6)	(—)	(—)	(487,1)
II. Ausgaben				
1. Wohnungs- und Siedlungswesen	151,6	12,2	21,8	111,9
2. Verkehrswesen (Ausbau der Wasserstraßen)	72,2	2,5	2,5	64,1
3. Rückkauf von Reichsschuldverschreibungen	—	—	—	— 10,8
4. Einlösungen von Reichsschatzanweisungen und von Schuldschein-Darlehen	29,9	—	—	14,0
5. Darlehen zur Fortführung begonnener Eisenbahnen	0,4	—	—	0,4
5a. Zuschuß an den ordentlichen Haushalt s. A I. 2a)	150,0	—	—	—
6. Innere Kriegslasten	69,4	2,1	3,4	13,5
7. Sondereinlage bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	65,0	—	— 2,2	62,5
8. Übrige Reichsverwaltung	28,8	— 1,4	—	21,1
Ausgaben insgesamt	567,3	15,4	25,5	276,7
Mehrausgabe	—	—	—	—
Mehreinnahme	—	55,7	26,3	520,6

C. Abschluß

A. Ordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	465,0
Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	450,0
Bleiben:	15,0
Mehrausgaben April 1930 bis Januar 1931	727,7
Mithin Fehlbetrag	742,7

B. Außerordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	771,7
Mehreinnahmen April 1930 bis Januar 1931	520,6
Mithin Fehlbetrag	251,1
Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt	993,8

D. Stand der schwebenden Schuld	31. Jan. 1931	31. Dez. 1930
1. Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 1[illegible]0,0	1 1[illegible]2,3
2. Umlauf an Reichswechseln	400,0	400,0
3. Kurzfristige Darlehen	79,8	14[illegible],8
4. Betriebskredit bei der Reichsbank	63,2	41,1
5. Schatzanweisungen für den Rumänien-Vertrag vom 8. Febr. 1929	15,0	15,0
6. Verpflichtungen aus früheren Anleihe-Operationen	4,4	4,4

1) Außerdem 33,1 Mill. RM infolge Umbuchung. — 2) Abzügl. 33,1 Mill. RM infolge Umbuchung. — 3) Darunter 1[illegible]0,5 Mill. RM aus der Auflösung des Reservefonds des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen und 142,2 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Preußische Staatsfinanzen im Januar 1931

(Mill. RM)	Haushaltssoll + Vorjahrsreste	Jan. 1931	Dez. 1930	1. April 1930 bis 31. Jan. 1931
A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben[1])				
Aus dem Vorjahr:				
a) Zur Deckung restlicher Verpflichtungen aus dem Vorjahr zurückgestellte Restbestände	177,672			
b) Zur Deckung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1929 sind erforderlich	17,640			
Bestand	160,032			
I. Einnahmen				
1. Steuern:				
a) Landessteile (ohne b) [2])	1 840,170	144,680	114,573	1 335,734
b) Anteile der Gemeinden (Gemeindeverbände) usw.	1 686,567	126,197	96,840	1 014,560
Steuern insgesamt	3 526,737	270,877	211,413	2 350,294
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe	69,985	2,377	0,280 [3])	31,808
davon Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe	1,799	— 0,033	0,375	0,312
Verbleiben	68,186	2,410	— 0,095	31,520
3. Sonstige Einnahmen:				
Justiz	217,753	15,180	16,463	147,709
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	31,328	2,162	1,981	18,205
Übrige Landesverwaltung [4])	4[illegible]7,516	38,211	43,102	362,428
Einnahmen insgesamt (abzüglich der Steuerüberweisungen an Gemeinden usw. und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	2 614,953	202,643	179,324	1 895,692
II. Ausgaben				
1. Justiz [5])	380,535	29,833	31,895	295,171
2. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	797,212	60,326	59,066	609,147
3. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	—	—	—	—
4. Wohnungswesen	183,778	13,053	13,735	111,797
5. Schuldendienst	83,738	18,083	1,736	61,743
6. Versorgungsgebührnisse	209,116	18,476	18,412	182,1[illegible]
7. Sonstige Ausgaben [4])	935,291	80,206	81,691	[illegible]
Ausgaben insgesamt	2 589,670	219,977	206,535	1 987,521
Mithin:				
Mehrausgabe	—	17,334	27,241	91,829
Mehreinnahme	25,283	—	—	—
B. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Aus dem Vorjahr: Mehrausgabe	RM 22,580			
I. Einnahmen				
Insgesamt		— 28,388	—	14,722
darunter: (Anleihen)		(— 28,388)	—	(14,722)
II. Ausgaben				
1. Landeskulturwesen		0,697	0,906	32,740
2. Verkehrswesen		0,116	0,815	4,554
3. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge		1,981	2,054	28,673
4. Wohnungswesen		—	—	—
5. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen		—	—	—
6. Zuschüsse und Neuinvestierungen für Unternehmungen und Betriebe, sowie Vermögen		— 0,045	0,829	6,201
darunter: Domänen und Forsten		— 0,045	0,821	6,111
Bergwerke		—	—	—
Verkehrsunternehmungen		—	—	—
Elektrizitätswerke		—	—	—
Ausgaben insgesamt		2,749	4,604	72,168
Mithin: Mehrausgabe		31,137	4,604	57,446
Mehreinnahme		—	—	—

C. Abschluß

I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben

Bestand aus 1929	160,032
Mehreinnahme April 1930 bis Januar 1931	91,829
zusammen Mehreinnahmen	68,203

II. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen

Vorschuß aus 1929	22,580
Mehreinnahme April 1930 bis Januar 1931	57,716
zusammen Mehreinnahme	80,326
Bleibt Bestand	12,123

D. Stand der schwebenden Schulden Ende Januar 1931

Schatzanweisungen	240,677
Darunter auf Grund von Anleihegesetzen	40,677

1) Hier sind die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben und die außerplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben (aussch! Anleihefonds) berücksichtigt. — 2) Ohne die am Schlusse des Rechnungsjahres 1929 verbliebenen und 1930 zur Ausschüttung kommenden Restbeträge an Kraftfahrzeugsteuer von 4,227 und an Gesellschaftssteuer von 1,338. — 3) Davon 20,794 Überschuß der Forstverwaltung bis Ende März 1930 aus dem seit 1. Oktober 1929 laufenden Forstwirtschaftsjahr 19[illegible]. — 4) Ohne Einnahmen bzw. Ausgaben an Steuern und an hinterlegten Geldern bei der allgemeinen Finanzverwaltung. — 5) Ohne Versorgungsgebührnisse.

Berliner Börsenkurse vom 26. Februar bis 4. März 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Heimische Anleihen

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Anleihe-Ablösungsschuld Nr. 1—90000	fr. Z.	53,50	53,50	53,60	54,60	55,70	55,50
dto. ohne Auslosung	*	5,30	5,38	5,38	5,60	5,70	5,88

Ausländische Anleihen

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
5% Bosn. Eb.-Anl. 1914	5	—	—	—	20,50	—	20,50
5% dto. Invest.-Anl.	5	21,00	—	—	—	—	20,50
4% Mex. Anl. 1899	fr. Z.	11,75	12,00	11,90	11,13	11,25	12,00
4% Mex. Anl. 1904	fr. Z.	8,70	8,25	—	8,10	—	—
4½% Öst. St.-Sch. 14 m.n.Bg.d.C.C.	4½	39,25	39,25	39,25	39,25	39,25	39,25
4½% dto. am. Eb. Anl.	4½	1,70	—	1,70	—	1,75	—
4% dto. Goldrente m.n.Bg.d.C.C.	4	24,13	24,10	24,00	24,00	24,40	24,75
4% dto. Kronen-Rente	4	—	1,15	1,15	1,15	1,15	1,15
4% dto. kv. Rente J/J	4	1,20	—	1,15	1,20	—	1,13
4% dto. dto. M/N	4	—	—	—	—	—	1,15
4⅕% dto. Silber-Rente	4½	2,30	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35
4⅕% dto. Papier-Rente	4½	1,20	—	—	—	—	—
5% Rum. vereinh. Anl. 03	5	9,50	9,50	9,45	9,38	9,40	9,35
4½ Rum. vereinh. Anl. 13	4½	15,00	15,20	15,25	15,25	15,10	15,30
4% Rum. Anl.	4	7,75	7,80	7,75	7,75	7,80	7,88
4% Türk. Admin.-Anl. 03	4	3,10	—	3,00	3,00	3,00	—
4% dto. Bagd. Eb.-Anl. 1	4	4,15	—	—	—	3,90	—
4% dto. dto. Eb.-Anl. 2	4	4,13	—	4,15	—	—	—
4% dto. unif. Anl. 03, 06	4	—	7,60	—	7,40	—	—
4% dto. Anl. v. 05	4	—	4,05	—	3,90	—	3,90
4% dto. Anl. v. 08	4	—	—	—	—	—	—
Türk. Zolloblig.	4	4,10	4,15	4,10	—	4,00	—
Türk. 400 fr. Lose	fr Z.	8,50	9,25	9,13	9,75	10,50	9,75
4½% Ung. St.-Rente 13 m.n.Bg.d.C.C.	4½	—	16,88	16,88	—	16,63	16,75
4½% dto. 14 m.n.Bg. d.C.C.	4½	—	19,50	19,50	19,25	19,38	19,63
4% Ung. Goldrente mit n.Bg.d.C.C.	4	19,60	19,75	19,60	19,75	19,80	19,75
4% dto. Staatsrente 10 m.n.Bg.d.C.C.	4	—	—	16,50	16,75	16,50	16,50
4% Ung. Kronenrente	4	1,20	1,15	1,15	1,15	1,15	1,15
4½% Lissab. St.-Anl. I. II	4	16,50	16,25	16,00	15,75	16,00	16,70
4½% Mex. Bew.-Anl.	4½	8,50	—	—	7,95	—	—
4½% Anat. Eisb. Serie 1	4½	—	—	13,63	—	13,50	13,63
3% dto. Serie 2	4½	13,50	—	13,63	13,63	13,50	13,63
5% Macedon. Gold	fr. Z.	5,90	5,85	5,75	6,10	5,85	6,20
4½% Tehuant. Eb.-Anl.	fr. Z.	8,38	8,60	8,38	8,25	8,00	—
4½% dto. abgest.	*	—	—	7,00	6,75	—	—

Bank-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Allg. Dt. Credit-Anstalt	8	95,88	95,25	94,75	95,00	95,00	95,00
Bank elektr. Werte	10	92,00	97,50	101,75	103,00	102,50	102,00
Bank für Brau-industrie	11	113,50	114,75	115,00	116,25	117,00	118,00
Barmer Bankverein	10	100,75	100,00	100,00	100,75	101,00	100,00
Bayer. Hyp.-Bank	10V	135,00	135,50	135,75	136,50	137,50	137,50
Bayer. Vereinsbank	10	138,00	136,00	136,00	136,00	138,00	138,00
Berliner Handels-Ges.	8V	122,50	123,50	124,00	124,75	125,00	125,25
Commerz- u. Privat-Bk.	11	106,75	106,75	107,00	109,50	109,25	110,38
Darmst. u. Nationalbank	12	134,00	134,50	136,00	137,50	137,50	140,50
Dtsch. Bank u. Disc.-Ges.	10	105,50	105,50	106,00	108,25	107,25	107,50
Dresdner Bank	10	105,63	105,25	105,25	108,00	107,25	107,25
Oesterr. Credit	8½	27,38	27,38	27,38	—	27,38	—
Reichsbank	12	251,00	251,25	251,75	251,00	253,50	253,00
Wiener Bankverein	5	9,63	9,63	9,50	—	9,50	—

Bahnen-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Allg. Lokalbahn	12	119,00	121,50	121,88	125,00	125,00	126,00
A.-G. f. Verkehrswesen	5	45,00	49,50	50,50	52,88	51,88	52,00
Deutsche Reichsb.-Vorz.	3½ [1]	88,00	88,50	88,75	89,00	89,50	90,00
Hambg. Hochbahn	6	68,00	68,00	—	70,25	70,75	69,25
Schantung 1—60000	5V	93,00	99,00	99,75	95,50	97,50	96,00
Canada Ablief.-Scheine	—	22,50	22,50	—	22,50	22,88	22,63
Baltimore	—	—	—	—	—	80,00	78,00

Schiffahrts-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Hamb.-Amerik. Paketf.	6 V	62,50	63,00	—	—	69,25	68,75
Hamb.-Südam.-Dampfsch.	8	125,13	—	129,00	132,00	132,00	133,75
Hansa Dampfschiff	10	100,00	101,75	102,00	—	106,00	105,50
Norddt. Lloyd	6 V	64,75	65,00	65,75	69,38	70,75	70,75

Automobil-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Daimler-Benz	6	23,00	23,50	24,00	24,75	26,50	27,63

Chemische Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Byk Guldenwerke	6	41,75	42,75	42,75	42,75	42,75	44,75
Chem. Fabr. v. Heyden	5	47,25	47,75	47,75	47,50	46,75	47,75
Fahlberg List	7	35,00	35,13	35,00	35,88	35,88	35,63
I.G. Farbenindustrie	12 [2]	135,88	139,00	139,50	142,25	141,50	142,00
Th. Goldschmidt	5	37,50	38,00	38,25	40,00	41,00	42,00
Montecatini	15V	45,50	45,75	45,75	46,63	47,50	47,13
Oberschl. Kokswerke	8	73,25	76,00	75,00	77,25	77,38	78,00
Rhein.-Westf. Sprengstoff	4,8 [3]	51,75	—	—	53,00	51,00	55,00
Rütgerswerke	5	48,50	50,13	50,50	51,50	52,25	63,50

Elektrizitäts-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Accum.-Fabrik	8 [4]	110,00	110,50	111,00	110,25	115,00	118,00
Allg. Elektr.-Ges.	7	101,00	104,38	100,00	103,25	103,00	103,75
Bergmann Elektr.	9	116,50	116,88	118,00	122,00	120,25	123,75
Brown, Boveri & Co.	9	75,00	76,75	77,50	79,50	81,50	80,75
Comp. Hisp.Am.de Elektr.	7 [1]	281,50	285,00	287,75	292,50	293,50	300,00
Dt. Kabelwerke	6	49,50	51,00	51,88	51,00	53,00	52,50
Dt. Telefon- u. Kabel	0V	87,00	88,00	89,50	89,00	86,00	84,00
Elektr. Lief.-Ges.	10	119,00	122,00	123,00	127,75	127,00	128,00

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Elektr. Schlesien	8	65,00	66,00	70,00	70,50	72,50	71,00
Elektr. Licht u. Kraft	10	115,50	118,00	119,38	122,50	122,50	122,50
Felten & Guilleaume	7½	79,50	84,88	85,00	87,75	88,88	88,25
Ges. f. elektr. Untern.	10	111,88	116,25	119,75	123,75	124,00	124,50
Hackethal Draht	8	51,00	55,50	56,00	56,50	58,00	58,75
Hamb. Elektr.	10	107,00	108,75	109,13	111,50	112,25	111,75
Lahmeyer & Co.	12	123,00	125,75	127,00	131,00	130,88	129,00
Österr.Siem.-Schuck. [5]	8	98,00	97,00	97,00	97,00	98,00	100,75
Rhein. Elektr.	10	112,00	113,25	114,00	118,75	116,50	117,00
Rhein.-Westf. Elektriz.	10	132,00	133,00	134,00	136,00	133,75	134,00
Sachsenwerk	7½	81,00	81,75	82,00	82,50	83,00	84,75
Schles. Elektr. u. Gas	10	109,50	111,00	—	—	117,00	116,50
Schuckert & Co.	12	122,00	125,00	126,75	131,88	130,75	130,63
Siemens & Halske	14	179,75	172,25	175,25	179,00	175,50	176,75
Vogel Draht	6	48,00	48,75	48,63	50,00	49,00	48,75

Kali-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Kaliwerk Aschersleben	10	128,25	132,00	131,00	134,00	132,00	138,00
Salzdetfurth Kali	15	195,50	201,50	197,00	204,50	201,50	206,00
Westeregeln Kali	10	135,25	139,00	138,00	140,00	139,00	145,00

Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Berl. Masch. Schwarzk.	0	34,00	35,25	36,25	36,00	36,75	36,38
Orenstein & Koppel	6	46,25	47,00	48,00	50,00	51,00	51,00

Maschinen- und Metallwaren-Fabrik-Aktien

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Bayerische Motoren	7	68,50	70,50	70,50	72,50	72,13	73,50
Berlin-Karlsruher Ind.	0	53,75	53,50	54,00	55,75	55,25	54,75
Hirsch Kupfer	7	—	121,00	120,75	120,50	124,50	125,00
Gebr. Körting	6	29,50	—	—	31,50	31,50	32,00
Maschinenbau-Untern.	0	34,88	35,50	37,25	39,00	39,75	39,25
Maschinenfabrik Buckau	10	94,00	93,00	92,50	92,50	95,00	95,00
Motoren Deutz	5	46,50	47,25	47,25	—	49,50	49,63
Hugo Schneider	10	72,00	71,50	72,00	72,00	71,50	71,50
Schubert & Salzer	12V	149,00	152,75	154,00	159,88	160,50	160,50

Montan-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Buderus Eisen	6	47,00	48,50	50,00	51,75	52,00	52,00
Gelsenkirchen Bgw.	8	75,25	76,00	79,00	81,00	80,25	80,88
Harpener Bergbau	6	71,00	73,25	75,00	77,50	75,00	75,50
Hoesch Eisen	6	63,50	63,75	65,00	68,50	68,50	67,25
Hohenlohe-Werke	5	45,00	43,00	45,00	45,50	46,50	46,50
Ilse Bergbau	10	168,00	168,50	169,00	170,00	167,50	169,00
Klöckner-Werke	6	58,75	58,13	60,75	62,00	62,00	62,00
Köln-Neuessen	6½	69,50	70,00	72,00	74,50	71,00	74,50
Laurahütte	0	33,25	32,25	32,63	34,00	34,00	33,50
Leopoldgrube	4	28,50	29,00	29,63	30,50	30,00	30,00
Mannesmann Röhren	7	64,75	69,00	71,13	75,50	74,88	74,88
Mansfeld	0	34,13	35,50	35,63	37,50	38,88	39,75
Mitteldt. Stahlwerke	6 V	101,00	105,00	101,00	105,00	105,00	106,00
Oberbedarf	6	36,00	35,25	36,00	39,25	38,25	38,00
Phönix Bergbau	6½	54,75	56,00	58,38	60,00	60,25	60,25
Rhein. Braunkohlen	10	156,00	160,50	162,00	167,25	165,00	167,75
Reinstahl	7½	70,00	71,63	73,00	76,50	76,38	75,75
Riebeck Montan	7,2 [6]	80,00	80,25	82,00	83,38	84,25	84,00
Schles. Bergbau	0	35,00	36,00	36,00	37,00	36,75	36,50
Stolberger Zink	0	44,00	45,00	45,25	46,00	48,50	—
Ver. Stahlwerke	4V	57,63	57,88	59,75	61,75	61,75	61,75

Textil-Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Algem. Kunstzijde Unie	0	66,88	72,00	73,75	76,63	76,78	78,88
J. P. Bemberg	0	61,75	64,00	65,25	72,50	72,75	77,25
F. H. Hammersen	7	—	75,00	75,25	75,00	—	75,00
Norddt. Wollkämmerei	0	56,50	58,25	58,75	60,00	60,00	60,88
Schlesische Textil	0	5,75	6,25	6,50	7,50	9,25	10,50
Stöhr Kammgarn	5	70,50	71,50	72,00	77,50	76,00	78,00

Sonstige Werte

	Div. %	26. 2.	27. 2.	28. 2.	2. 3.	3. 3.	4. 3.
Aschaffenburg. Zellstoff	12	70,00	70,00	70,75	75,00	76,75	76,25
Basalt	0	22,25	22,88	—	—	23,00	26,50
Berger Tiefbau	20	241,00	244,50	241,88	247,50	2 0,00	251,75
Charlottenburg. Wasser	7½	88,75	90,25	91,63	93,50	94,00	94,00
Continent. Gummi	9	111,63	114,50	114,50	118,50	118,25	119,50
Dt. Atlant. Telegr.	8	91,00	92,00	93,00	94,00	96,00	96,00
Dt. Cont. Gas Dessau	9	114,13	118,25	118,75	120,75	121,00	123,25
Deutsche Erdöl	7	66,00	68,13	68,13	70,63	70,50	70,75
Dt. Linoleumwerke	15	99,38	101,00	101,00	106,50	104,75	108,00
Dt. Ton- u. Steinzeug	11	78,50	77,50	75,25	77,00	79,00	79,75
Dt. Eisenhandel	7	37,25	38,00	39,88	43,00	41,38	42,88
Dynamit Nobel	6 [7]	65,13	67,00	67,25	69,75	68,50	70,00
Eisenb.-Verkehrsmittel	15	147,00	147,00	147,00	148,75	146,50	148,75
Feldmühle Papier	12	108,00	110,75	111,00	113,75	113,75	117,00
Harb. Gummi Phönix	6	50,50	—	51,00	51,00	52,00	52,00
Phil. Holzmann	8	78,00	80,00	80,00	82,00	88,50	90,00
Hotelbetrieb	10	96,50	98,75	99,00	105,00	105,00	106,00
Gebr. Junghans	0	32,00	31,50	31,00	32,38	31,50	32,50
Karstadt	12	61,50	60,50	61,50	62,25	60,50	63,00
Metallgesellschaft	5	77,00	78,00	79,00	80,00	79,13	79,75
Miag Mühlenbau	10	63,00	59,50	59,00	62,00	64,00	62,00
Nordsee, Dt. Hochseef.	14	137,00	139,00	140,00	140,00	143,00	146,50
Ostwerke	12	146,50	149,00	149,50	150,50	147,50	148,63
Otavi Minen	16⅔	34,88	35,00	35,88	36,38	36,38	36,38
Polyphon-Werke	20	150,75	155,00	157,00	163,00	161,50	163,00
Sarotti	10	87,00	88,50	89,25	87,00	90,00	91,75
Schles. Portl. Cement	12	82,00	80,50	80,00	81,00	81,50	84,00
Schultheiss-Patzenhofer	15	169,25	172,00	172,50	175,25	174,25	176,00
Svenska Tändsticks	15 V	261,00	266,00	270,00	274,00	270,00	269,00
Thörl Ver. Oelfabr.	6	49,00	49,50	49,00	50,25	50,25	51,00
Thüringer Gas	10	145,50	145,75	145,75	147,00	146,00	146,50
Leonh. Tietz	10	110,50	113,00	114,00	116,75	117,00	117,00
Transradio	8	121,00	120,50	120,00	120,00	120,25	121,00
Ver. Schuhfabrik. Wessel	0 V	21,00	20,00	20,50	20,50	20,50	20,00
Wicking Portl. Cement	10	50,00	55,50	54,50	56,50	57,25	57,50
Zellstoff-Verein	6	41,00	41,00	41,00	41,00	41,50	43,00
Zellstoff Waldhof	12	95,75	97,00	98,00	101,75	101,75	104,75

[1] Abschlagsdividende. — [2] Ferner 2% Bonus. — [3] Ferner 0.8% Bonus. — [4] Ferner 10% Bonus. — [5] RM je Stück = 200 Schilling. — [6] Ferner 1.2% Bonus
[7] Ferner 1% Bonus.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

	Einheit	1930			1930	1931									
		Februar			März	Januar					Februar				März
		7. Woche	8. Woche	9. Woche	10. Woche	1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	5. Woche	6. Woche	7. Woche	8. Woche	9. Woche	10. Woche
		10.-15.	17.-22.	24. 2.-1. 3.	3.-8.	29.12.30-3. 1. 31	5.-10.	12.-17.	19.-24	26.-31.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28	2.-7.
Produktion															
Kohle															
Deutschland															
Ruhrrev. Steinkohle[1])	1000 t	389.1	385.4	387.4	349.4	318.3	334.4	358.4	337.2	305.3	295.6	300.6	294.8	—	—
„ Koks[1])	„	86.1	85.1	85.6	84.0	57.9	58.4	59.6	59.3	60.1	58.1	58.7	57.8	—	—
Oberschlesien Steinkohle[1])	„	53.9	51.9	55.4	52.9	56.9	57.7	65.0	61.5	61.6	63.1	58.7	60.2	—	—
Großbritannien Steinkohle	„	5 699	5 620	5 599	5 511	3 587	4 797	4 365	5 103	4 998	5 002	4 851	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika Bituminöse Kohle	„	9 273	8 632	7 420	7 770	7 592	8 332	8 342	8 015	7 291	7 101	—	—	—	—
Pennsylvania Anthrazit	„	1 327	1 299	1 011	1 068	995	1 329	1 412	1 295	1 289	1 319	—	—	—	—
Petroleum (Rohöl) Ver. Staaten von Amerika[2])	1000 bbls[3])	2 653	2 722	2 624	2 535	2 082	2 085	2 994	2 111	2 085	2 116	2 128	2 165	2 100	—
Arbeitslosigkeit															
Deutschland[4])															
Verfügbare Arbeitsuchende[5])	1000	3 363	·	3 408	·	4 439	·	4 823	·	4 956	·	5 062	·	—	—
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung[6])	„	2 318	·	2 379	·	2 166	·	2 399	·	2 554	·	2 602	·	—	—
i. d. Krisenunterstützung	„	267	·	277	·	667	·	739	·	811	·	861	·	—	—
Großbritannien[7]) Registrierte Arbeitslose		1 520	1 524	1 539	1 547	2 618	2 638	2 636	2 608	2 593	2 624	2 637	2 631	2 618	—
Umsätze und Geschäftsgang															
Güterwagenstellung															
Deutschland gesamt	1000	741.9	745.4	763.3	765.9	526.0	628.5	646.2	631.8	618.8	614.3	623.3	623.9	—	—
arbeitstäglich	„	123.6	124.2	127.2	127.6	105.2	104.7	107.7	105.3	103.1	102.4	103.9	104.0	—	—
Ver. Staaten von Amerika	„	892	899	899	874	615	714	726	716	719	719	721	714	—	—
Einnahmen aus dem Güterverkehr Großbritannien[8])	1000 £	2 046	2 047	2 074	1 998	1 471	1 635	1 764	1 800	1 816	1 700	1 762	1 780	—	—
Postscheckverkehr Deutschland (Lastschriften)[9])	Mill. RM	1 276	1 331	1 577	1 296	1 496	1 463	1 394	1 222	1 399	1 161	1 148	1 119	—	—
Abrechnungsverkehr															
Großbritannien London, gesamt[10])	Mill. £	878	793	805	998	605	930	776	905	795	839	854	779	726	—
Ver. Staaten von Amerika[11])	„ $	8 783	11 353	9 296	11 959	8 034	11 491	8 358	7 964	7 792	8 534	6 588	9 571	—	—
Wechselproteste Deutschland[1]) [8])	Anzahl	371	360	323	430	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„	1000 RM	549.7	503.3	473.3	616.7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vergleichsverfahren Deutschland	Anzahl	26	24	28	27	22	19	19	18	22	21	23	21	26	—
Konkurse Deutschland[1])	„	47	44	43	40	33	31	43	46	43	45	45	41	47	—
Ver. Staaten von Amerika[12])	„	566	585	526	527	542	927	796	712	660	676	534	—	—	—
Preise															
Großhandelsindizes															
Deutschland[13]) I. Gesamtindex	1913 = 100	129.8	129.1	128.1	127.5	117.1	116.6	115.6	114.9	113.9	113.7	114.5	114.0	114.2	—
II. Agrarstoffe	„	117.0	116.0	113.8	112.7	109.4	109.1	107.0	106.4	104.5	104.8	106.8	105.9	106.3	—
III. Kolonialwaren	„	115.4	114.8	114.4	113.6	102.4	101.9	102.0	102.0	101.6	99.9	100.2	99.5	99.8	—
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	„	126.9	126.4	126.0	125.8	109.3	108.4	107.9	107.0	106.8	106.3	106.6	106.4	106.7	—
V. Industrielle Fertigwaren	„	154.7	154.2	153.8	153.7	142.4	142.2	142.1	141.2	140.5	140.1	140.0	139.7	139.3	—
Produktionsmittel	„	139.4	139.4	139.2	139.2	134.8	134.7	134.6	134.0	133.3	133.1	133.0	132.9	[illegible]	—
Konsumgüter	„	166.3	165.4	164.9	164.2	148.1	147.9	147.7	146.6	146.0	145.4	145.2	144.8	144.4	—
Großbritannien[14])	1913 = 100	122.0	120.9	129.5	118.6	98.4	98.3	97.5	96.4	96.4	95.5	95.1	95.7	95.4	—
Frankreich[15])	Juli 1914 = 100	576	576	574	527	497	497	495	494	494	493	—	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika[16])	1926 = 100	93.1	92.2	91.9	91.0	78.5	78.3	77.9	77.6	77.2	76.4	77.7	77.2	77.2	—
Großhandelspreise[17])															
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts je bu[18])	119	113 3/4	104 3/4	108 5/8	76 7/8	80 1/4	82	80 3/8	79 1/2	79 5/8	79 7/8	79 1/8	79 1/8	79 5/8
„ märk., Berlin	RM je 1000 kg	238.50	232 1/2	226.50	229.50	249.00	259.00	254.50	256.25	264.50	268.00	268.00	270.00	286.00	292.00
„ „ nächst. Term.	„	254.50	244.50	236.50	241.50	270.00	280.75	274.50	276.50	280.50	281.50	281.00	282.88	294.75	304.00
Roggen märk.	„	161.00	161.00	161.00	161.00	157.00	157.50	153.50	154.50	160.00	156.00	157.75	155.00	163.00	167.00
„ „ nächst. Term	„	175.75	165.50	168.00	165.00	172.00	179.50	175.50	176.50	178.00	175.50	176.25	174.50	180.00	185.50
Weizenmehl, „	RM je 100 kg	31.75	31.13	30.63	30.88	37.75	33.63	33.25	33.13	38.75	38.88	33.38	34.38	36.75	37.63
Roggenmehl, „	„	23.13	22.50	22.25	22.25	25.18	25.20	25.40	25.10	25.23	25.10	25.00	24.80	25.48	26.00
Mais, New York	cts je bu[19])	101 1/2	98 3/8	95 7/8	96 1/8	80 5/8	85 1/4	84 1/2	81 1/2	79.00	78 1/2	81 1/2	78 7/8	77 1/4	75
„ Chicago, nächst. Termin	„	88 1/8	85 5/8	83	84 1/8	62 3/4	71 3/8	70 1/2	67	64 5/8	64 1/4	66 7/8	62 3/4	61 1/4	60
Futtergerste, Berlin	RM je 1000 kg	143.00	145.00	145.00	145.00	191.00	191.00	191.00	191.00	194.50	197.00	197.00	197.00	198.00	201.00
Hafer, „	„	128.00	129.00	127.00	125.00	143.00	143.00	138.50	141.50	143.50	141.50	141.50	140.50	147.50	150.50
Zucker, New York, nächst. Term.	cts je lb[20])	1.79	1.68	1.61	1.59	1.13	1.25	1.28	1.28	1.28	1.23	1.20	1.18	1.22	1.20
„ London, „	sh je cwt[21])	6.3	7.0 3/8	6. 3 3/4	6 3/4	5.2 3/4	5.10	6.0	5.11 1/2	5. 8 1/2	5.8 3/4	5.8 5/8	5.11 3/4	6. 0 1/4	5.10 1/4
„ Magdeburg	RM je 50 kg[22])	26.50	26.00	26.00	26.00	·	25.00	25.00	25.00	25.85	·	26.00	·	·	·
Kaffee, Rio 7, New York	cts je lb[20])	10 5/8	10 1/4	10 1/8	10 1/4	7	6 3/4	6 1/2	6 1/2	6 1/8	6 3/4	6 3/8	6 7/8	6	8 1/2
„ „ nächst. Term.	„	8.43	8.75	8.80	8.79	6.05	6.05	6.07	6.12	5.78	5.86	5.60	5.44	5.11	5.00
„ Hamburg[23])	RPf je 1/2 kg	40.62	41.38	43.63	46.50	30.38	29.00	30.38	30.00	30.13	29.88	·	29.75	29.00	26.50
Kakao, Accra[24]), London nächst. Termin	sh je cwt[21])	39.3	37.9	36.6	37.0	26.0	25.6	24.0	22.6	23.6	21.0	19.0	19.9	20.0	19.9
„ „[25]), Hamburg	sh je 50 kg	43.0	42.0	·	41.0	30.3	30.0	29.6	27.6	27.6	26.0	24.6	24.3	23.3	24.0
Reis, Burma II, London	sh je cwt[21])	14.0	11. 3	13. 9	13. 9	12.0	12.0	12.0	11.9	11.9	11.9	11 9	11.6	11.6	11.6
Leinsaat[26]), nächst. Term. London	£ per lgt[22])	19.7.6	19. 7.6	18.12. 6	18. 0.0	12. 2.6	12. 2.6	12. 0.0	11.10.0	11.15.0	8. 7.6	8. 0.0	8. 10.0	9. 6.3	9. 7.6
Kopra[28])	„	22. 5.2	22. 3.9	21.17. 6	20.17.6	15. 0.0	14.17.6	15. 7.6	15. 7.6	15. 8.9	15. 0.0	15. 2.6	14.17.6	15. 5.0	15.11.3
Schmalz Chicago, nächst. Termin	cts je lb[20])	10.97 1/2	10.95	10.40	10.70	8.90	8.90	8.60	8.50	8.40	8.20	8.40	8.02 1/2	8.12 1/2	8.32 1/2
Baumwollöl, roh, N. Y.	„	7.50	7.50	7.25	7.12 1/2	6.00	6.05	6.12 1/2	6.12 1/2	6.37 1/2	6.25	6.50	6.25	7.80	6.00
Gummi, first latex crêpe, N. Y.	cts je lb[20])	16 5/8	16 3/4	16 3/8	15 7/8	8 1/2	8 3/8	8 5/8	8 1/4	8	8 1/4	8 5/8	8	7 1/2	8 1/8
„ London	sh je lb[20])	0.7 13/16	0.8 1/16	0.8 3/16	0.7 5/8	0.4 1/8	0.4 1/4	0.4 1/4	0.4 1/8	0.4	0.3 13/16	0.3 7/8	0.3 13/16	0.3 3/4	0.3 7/8
„ Hamburg, nächst. Term	RM je 1000 kg	143.75	151.25	146.25	140.50	77.50	77.50	77.50	·	75.00	·	70.00	68.38	65.00	75.00
Baumwolle, middling, New York	cts je lb[20])	15.90	15.65	15.10	15.00	10.00	10.15	10.05	10.20	10.50	10.50	10.90	10.30	11.35	11.20
„ „ Liverpool	d je lb[20])	8.54	8.59	8.31	8.38	5.31	5.34	5.32	5.39	5.64	5.61	5.77	5.96	6.11	6.15
„ [29]) „	„	13.55	13.55	13.10	13.50	7.70	7.75	8.05	8.25	8.75	8.75	9.25	9.45	10.05	10.40
„ [30]) „	„	6.40	6.40	6.15	6.25	4.05	4.10	4.10	4.24	4.44	4.46	4.62	4.78	4.92	4.95
Wolle[30]), dt. Inlandspreis[32])	RM je kg	6.52	6.33	6.33	6.20	5.03	5.00	5.00	4.80	4.80	4.77	4.77	4.77	4.77	—
Kammzug[31]) „ [32])	d je lb[20])	19	18	18	17 1/2	14	14	14	13.50	13.50	13	13	13	13	—
Jute, London, nächst. Termin	£ je lgt[27])	26. 7.6	26. 5.0	25.10.0	24. 7.0	15.10.0	15. 7.6	15. 0.0	14.17.6	18. 5.0	14. 7.6	14. 7.6	15. 0.0	15. 0.0	15. 5.0
Hanf, Manila, London	„	32. 0.0	32. 0.0	31. 0.0	30. 0.0	22.15.0	22.10.0	20.10.0	19.15.0	19.15.0	19.15.0	19. 0.0	18. 5.0	17.15.0	17.15.0
Erdöl, roh, New York	$ je bbl[4])	2.98	2.79	2.75	2.72	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83

	Einheit	1930				1931									
		Februar			März	Januar					Februar				März
		7. Woche	8. Woche	9. Woche	10. Woche	1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	5. Woche	6. Woche	7. Woche	8. Woche	9. Woche	10 Woche
		10.-15.	17.-22.	24. 2.-1. 3.	3.-8.	29.12.30-3 1.31	5.-10.	12.-17.	19.-24.	26.-31.	2.-7.	9.-14.	16.-21	23.-28	2.-7.
Großhandelspreise[17])															
Kupfer, elektrolyt., New York	cts je lb[11])	18,00	18,00	18,00	18,00	10,25	10,50	10.00	10,00	10,00	10.05	10.05	10.35	10.55	10,80
Kupfer, standard, London	£ je lgt[20])	74.15.0	70 7 6	69. 5.0	67.18 9	46 10.0	45.12.6	44 15.0	45.1.3	44. 5.0	43 8.9	45. 8.9	45 18 9	46 15 0	46.13 9
Kupfer, London, 3 Monate	"	70. 0.0	68. 2. 6	68 15.0	67 17.6	46 6.3	45.11.3	44 10.0	44.17.6	44. 2.0	43 3.9	45. 3.9	45.14.4	46 16 3	46 18 9
Zinn, standard, London	"	174.17.6	173 15 0	170.10.0	166 12 6	115.15.0	118.10.0	113 12 6	114.17.6	115. 0.0	112. 2 6	116 3.9	118 12.6	122. 7.6	122 7.6
Zinn, " 3 Monate	"	177.17.6	176 12.6	173.10.0	169 5 0	117. 0.0	119.17.6	115. 0.0	116.5.0	116.10.0	113.12.6	117 12 6	120. 3.6	123 15.0	123 17.6
Zink, New York	cts je lb[11])	5,25	5,20	5,15	5,10	4,10	4,10	4 00	4,00	4,00	4,10	4,05	4,00	3 95	4,05
Zink, London, greifb.	£ je ton	20. 5 0	19.15.0	18 15.0	18.10.0	13.15.0	13. 7.6	13. 0.0	12,11.3	12. 7.6	11.15 0	12. 5.0	12. 6.3	12.15.[illegible]	12.17.6
Blei, New York	cts je lb[20])	6,25	6,25	6,25	6.00	5,10	5,00	4,75	4,75	4,75	4,60	4,50	4,50	4,60	4,60
Blei, London	£ je ton	21.12 6	21.10. 0	20. 3.9	19 15 0	15 3.9	14. 7.6	14. 6.3	13.13 9	13. 6.3	12.18.9	13.10.0	13.10 0	13.18.9	14 2.6
Silber, New York	cts je oz fine[34])	43,37	43,50	42,87	39.63	29,88	29,50	30,13	29,13	29,25	27.13	27,00	26,38	27 13	27,00
Silber, Barren[35]) London	d	20 3/16	20 1/16	19 13/16	18 5/8	14 1/8	13 11/16	14 3/16	13 5/8	13 7/8	12 13/16	12 5/16	12 1/8	12 11/16	12 5/8
Silber, Barren London 2 Monate	d	20 1/16	20	19 11/16	18 1/2	13 5/8	13 5/8	13 7/8	13 1/4	13 5/8	12 3/4	12 3/16	12	12 9/16	12 1/2
Einzelhandelspreise (Berlin)[36])															
Roggenbrot, ortsüblich	RM je kg	0,39	0,39	0,39	0,39	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	—
Schweinefleisch (Bauchfleisch)	"	2,50	2,40	2,40	2,40	1,28	1,87	1,87	1,83	1,79	1,75	1,67	1,67	1,64	—
Butter (Molkerei-)	"	3,90	3,90	3,80	3,80	3,30	3,31	3,29	3,24	3,23	3,29	3,36	3,48	3,48	—
Eier	RM je Stck	0,14	0,14	0,14	0,13	0,15	0,15	0,15	0,14 1/2	0,14	0,14	0,13 1/2	0,13 1/2	0,13	—
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0,27	0,27	0,27	0,27	0,28	0,30	0,30	0,29	0,29	0,30	0,30	0,30	0,30	—
Briketts, frei Keller	RM je Ztr	1,85	1,85	1,85	1,85	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	—
Steinkohle, frei Keller	"	2,50	2,50	2,50	2,50	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	—
Geld- und Kapitalmarkt															
Tägliches Geld[37])															
Berlin	% p. a.	4,71	5,13	6 86	7,23	6,50	4,52	4,98	4,63	5,08	6,40	4,71	5,19	5,65	6,75
London	"	3,86	3,40	3,75	3.65	1,65	1,58	1,81	1,57	2,07	2,13	2,38	1,98	2 20	1,50
Amsterdam	"	2,21	2,34	2,02	2,98	2,20	2,32	1,34	0,67	0,78	0,88	0,50	0,50	0.61	1,25
New York	"	4.18	4,29	4,29	3,79	2,20	1,47	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,60	1,50
Langfristiges Geld[37])															
Berlin, Monatsgeld	"	6,75	6,63	6,67	6,73	7,55	6,59	6,94	6,38	6,50	6,38	6,32	6,25	6,30	6,30
London, 2 Mon. Bankakzepte	"	3,99	3,92	3,04	3,38	2,26	2,15	2,19	2,18	2,34	2,41	2,50	2,50	2,66	2,63
Amsterdam, Prolongationssatz[38])	"	2,86	2,98	2.96	2,98	2,65	2,02	1,36	1,33	1,23	1,17	1,00	1,00	1,00	1,25
New York, 3 Mon. Warenwechsel	"	4,75	4,61	4,75	4,63	2,88	2,88	2,88	2,67	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63
Privatdiskont[37])															
Berlin[45])	"	5,45	5,38	5,38	5,38	4,86	4,78	4.69	4,71	4,69	4,87	4,87	4,88	4,88	4,88
London	"	3,91	3,85	3,55	3,31	2,19	2,18	2,17	2,06	2,46	2,46	2,51	2,63	2 70	2.70
Amsterdam	"	2,68	2,81	2 84	2 81	1,64	1,43	1,36	1,47	1,22	1,15	1,08	1,01	1,00	1,00
Zürich	"	2,75	2.63	2,63	2,63	1,50	1,25	1,13	1,03	1,00	1,00	1,00	1,15	0,91	0,91
Paris	"	2,79	2,75	2,69	2,31	2,05	1,90	1,88	1,88	1,86	1,75	1,75	1.75	1,71	1,63
New York	"	3,81	3,82	3,82	3,57	1,89	1,82	1,71	1,59	1,48	1,46	1,31	1,48	1,57	1,57
Rendite															
Frankreich, 3% Staatsrente[37])	"	3,37	3,45	3,44	3,44	3,51	3,51	3,48	3,47	3,45	3,41	3,38	3,40	3,40	3,40
Deutschland[39]) 5%	"	6,50	6,50	6,51	6,52	6,40	6,37	6,38	6.41	6,38	6,41	6,39	6,38	6,38	—
6%	"	7,66	7,67	7,68	7,69	7,58	7,55	7,58	7,61	7,60	7,60	7,54	7,53	7,51	—
7%	"	8,41	8,44	8,46	8,46	8,20	8.14	8,17	8,24	8,24	8,23	8,16	8.14	8,11	—
8%	"	8,82	8,83	8,84	8,85	8,69	8,63	8,66	8,70	8,69	8,67	8,61	8 60	8,58	—
10%	"	9,81	9,83	9,85	9,85	9,86	9,84	9,86	9,88	9,89	9,87	9,87	9,86	9,86	—
Devisenkurse[37])															
$ in: Berlin	RM	4,190	4,191	4,191	4,191	4,199	4,203	4,207	4,208	4,208	4,205	4,206	4,208	4,207	4,208
London	£ in $	4,862	4,860	4,861	4,859	4,856	4,855	4,854	4,854	4,856	4,859	4,860	4,857	4,858	4,857
Amsterdam	Fl	2,49[illegible]	2,494	2,495	2,495	2,483	2,485	2,486	2,486	2,487	2,489	2,491	2,493	2,49[illegible]	2,494
Zürich	Fr	5,183	5.184	5,183	5.176	5,157	5,161	5,165	5,169	5,170	5,175	5,178	5,184	5 191	5,194
Paris	Fr	25,536	25,515	25,563	25,562	25,449	25,482	25,505	25,522	25,519	25,507	25,506	25,515	25,518	25,528
Mailand	L	19,10	19,10	19,09	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,09
£ in: Berlin	RM	20,364	20,367	20,367	20,368	20,389	20,405	20,424	20,428	20,432	20,431	20,445	20,438	20,438	20,439
Paris	Fr	124,18	124,26	124,26	124,23	123,65	123,72	123,76	123,89	123,91	123,93	123,97	123,92	123,95	124,00
New York	$	4,862	4,863	4,862	4,862	4,856	4,855	4,855	4,854	4,856	4,860	4,861	4,857	4,858	4,857
Franz. Fr in Berlin	RM für 100 Fr	16,40	16,39	16,39	16,39	16,49	16,49	16,48	16,49	16,49	16,49	16,49	16,49	16,49	16,48
Goldbewegung[40])															
Deutschland	1000 RM	+ 25073	+ 59186	+ 34189	+ 17760	+ 184	+ 164	— 117	+ 28530	— 130	— 118	+ 10179	+ 11337	+ 19482	—
Großbritannien	"	+ 6866	+ 2845	— 6961	+ 6353	— 11236	— 34995	— 28764	— 46742	— 55588	+ 18366	+ 4229	— 817	+ 7886	—
Niederlande	"	+ 7	— 17	— 12	— 24	— 22	— 37	— 25	— 29	+ 16864	— 27	+ 16854	— 17	—	—
Schweden	"	— 77	— 111	— 15	— 95	— 80	— 8	— 29	— 37	— 173	— 174	— 100	—	—	—
Schweiz	"	+ 818	+ 11	+ 8	+ 8	+ 16693	+ 3 177	— 50374	— 112	+ 16	— 85	—	—	—	—
Frankreich	Mill. RM	+ 2,7	+ 2,2	— 17,2	+ 0,4	+ 26,2	+ 61,3	+ 48,2	+ 105,4	+ 76,7	+ 20,1	+ 17,4	+ 19,7	—	—
Ver. Staaten von Amerika[41])	"	— 6,6	— 10,6	+ 50,8	+ 24,7	+ 80,4	+ 219,6	+ 273,1	+ 65,4	+ 73,7	— 64,2	+ 4,5	+ 29,1	— 13,0	—
Effektenkurse															
Deutschland: Börsenindex d. Frkf. Ztg.[42]) Aktienindex, Gesamt	1926 = 100	110,51	109.63	108,52	107,95	78.14	77,84	72,35	73,52	73,55	76.62	78,25	78.80	79.64	—
" Kassawerte	"	109,93	109.38	108,25	107,49	80.86	80.11	75.73	75.64	75,62	78,39	80,06	80,29	81,33	—
" Terminwerte	"	111,58	110,09	109,01	108 80	73,12	72,24	66,16	69,60	69,71	73,31	76,89	76,08	76,54	—
Inländische Anleihen Gesamt	"	97,92	96,68	96,86	96 94	98,22	99,04	98,46	98,38	98,88	98,90	99,54	99.73	99 76	—
7%	"	90,50	89 60	89 51	89 84	90,21	91,73	90.53	89,10	89 50	90,05	92,04	92,06	92 36	—
8%	"	97,98	97.81	98.04	98 15	99,78	100.29	99,92	99,65	99,70	100,15	101,18	93,93	93,96	—
Deutsche Anleihen i. Auslande	"	100,67	100,72	101,07	100 97	85,43	90,15	89,08	90,70	91,44	92,65	93,98	93,58	94,92	—
Ver. Staaten v. Amerika[43])	"	149,1	147,2	147,2	150,5	92,8	99,0	96,9	97,0	99,0	97,0	70,6	72,0	75,1	—
Maklerdarlehen															
Ver. Staaten v. Amerika[44])	1000 $	3 450	3 494	3 485	3 583	1 926	1 879	1 820	1 757	1 734	1 716	1 749	1 772	1 798	—

1) Arbeitstäglich.
2) Tägliche Durchschnittsproduktion.
3) 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.
4) Stichtagnotierungen vom 15. u. 30. des Monats.
5) Verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern einschl. der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen Arbeitsuchenden.
6) Einschl. der Pflichtarbeiter, aber ohne Notstandsarbeiter, ohne unterstützte Kurzarbeiter und ohne arbeitsunfähige Kranke.
7) Ohne Nordirland. Wochenanfang.
8) Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellsch.
9) Angaben aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.
10) London town, metropolitan, country, Woche endend Mittwoch.
11) Bank clearings: Woche endend Donnerstag.
12) Woche endend Donnerstag.
13) Stichtag Mittwoch.
14) Financial Times.
15) Bulletin de la statistique générale de la France. Stichtag Sonnabend.
16) Irving Fisher.
17) Notierungen vom Dienstag der jeweiligen Woche. Falls kein Termin angegeben, greifbar.
18) 1 bushel Weizen = 27,22 kg.
19) 1 bushel Mais = 25,40 kg.
20) 1 lb = 0,4536 kg.
21) 1 cwt = 50,8 kg.
22) Einschließl. 5,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.
23) Superior Santos, Terminnotierung von 14 Uhr.
24) Fair fermented mid-crop.
25) Good ferm.
26) Calcutta.
27) 1 long ton = 1016, 048 kg.
28) Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.
29) Fully good fair Sakellaridis.
30) Maschine-ginned; Broach = wichtigste ostindische Sorte.
31) Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Wollhandels.
32) A/AA vollschürig; deutsche Wolle, fabrikgewaschen.
33) Buenos Aires D 1 mittel.
34) 1 ounze = 31,1 gramm.
35) 985/1000 Feingehalt.
36) Stichtag Mittwoch; Angaben des Statistischen Amts der Stadt Berlin.
37) Wochendurchschnitt. Für die letzte Woche sind die Stichtagnotierungen vom 3. März eingesetzt.
38) Auf 1 Monat.
39) Festverzinsliche Werte. Angaben des Statistischen Reichsamts.
40) Zu- (+) oder Abnahme (—) des Goldbestandes der Zentralnotenbanken nach den Bankausweisen.
41) Unter Berücksichtigung der Abgänge nach u. der Zugänge von dem Earmarkings-Konto.
42) Stichtag Freitag. Irving Fisher; gewogener Index, 22 Aktien.
43) Woche endend am Freitag.
44) New York reporting member banks.
45) Durchschnitt aus langer und kurzer Sicht.

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	28. 2. 1931	23. 2. 1931	31. 1. 1931	28. 2. 1930
Aktiva				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet	2 285,108	2 265,626	2 214,228	2 444,389
und zwar: Goldkassenbestand	2 077,470	2 057,988	2 036,590	2 294,601
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	207,638	207,638	207,638	149,788
3. Deckungsfähige Devisen	165 566	175,402	199,359	383,802
4. a) Reichsschatzwechsel	75,730	—	86,020	48,190
b) Sonstige Wechsel und Schecks	1 979,241	1 525,632	1 942 241	1 916,813
5. Deutsche Scheidemünzen	160,426	202,271	171,867	137,846
6. Noten anderer Banken	4,188	21,292	4,268	3,542
7. Lombardforderungen	301,172	85,325	173,786	323,306
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0,142	0,001	0,001	4 001
8. Effekten	[1]) 102,322	[1]) 102,322	[1]) 102,518	93,277
9. Sonstige Aktiva	511,216	555,887	556,643	511,850
Passiva				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,788	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53,915	53,915	53,915	53,915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46,224	46,224	46,224	46,224
c) sonstige Rücklagen	271,000	271,000	271,000	271,000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4 427,968	3 704,405	4 383,413	4 004,603
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	324,790	401,325	266 558	615,809
5. Sonstige Passiva	338,284	334,100	347,032	160 278
Bestand an Rentenbankscheinen	6,7	56,6	5,7	59,6
Umlauf an Rentenbankscheinen	439,4	389,4	440,5	323,9
Deckungsverhältnis %	55,3	65,9	57,7	70,1
Diskontsatz %	5	5	5	6
Lombardsatz %	6	6	6	7

[1]) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
23. Februar 1931				
Aktiva				
Gold	28,559	21,032	8,124	6,179
Deckungsfähige Devisen	6,469	10,353	2,719	6,104
Sonstige Wechsel u. Schecks	52,518	59,050	20,311	17,788
Deutsche Scheidemünzen	0,053	0,093	0,013	0,018
Noten anderer Banken	1,351	3,105	0,033	0,557
Lombardforderungen	2,372	2,364	0,672	3,193
Wertpapiere	5,359	0,506	9,545	3,597
Sonstige Aktiva	7,682	12,064	35,406	37,939
Passiva				
Notenumlauf	61,121	60,981	21,152	22,619
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	3,619	17,204	17,109	9,922
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0,116	5,549	23,387	29,185
Sonstige Passiva	4,332	4,332	3,576	6,307
Weitergegebene Wechsel	2.489	0,000	1,338	1,286

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. — *Für die Inserate:* i. V. E. Schepke. — *Verlag:* Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — *Druck:* Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — *Bezugspreis:* Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck Berlin Nr. 149 296.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank / München

Bilanz per 31. Dezember 1930.

Aktiva:	RM
Kassa, fremde Geldsorten und Kupons	7 101 570,27
Guthaben bei Noten- u. Abrechnungs-Banken	3 014 066,20
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	38 218 758,22
Nostro-Guthaben bei Banken	21 137 682,37
Lombarddarlehen	123 700,—
Eigene Wertpapiere	38 739 502,44
Konsortialbeteiligungen	8 289 450,83
Dauernde Beteiligungen	13 516 617,42
Debitoren in laufender Rechnung	198 951 183,42
Hypotheken-Darlehen einschl. RM 22 949 512,98 Rentenbank-Darlehen	680 797 955,13
Kommunal-Darlehen	56 786,15
Aufwertungsbetrag der Hypotheken f. die Teilungsmasse der Pfandbriefe	15 633 195,34
Bankgebäude und sonstige Immobilien	9 326 000,—
	1 034 906 467,79
Außerdem Aval- u. Bürgschaftsdebitor.	22 778 689,74

Passiva:	RM
Aktienkapital	45 012 500,—
Reserven	20 393 071,64
Kreditoren	242 873 138,11
Akzepte	28 049 200,20
Hypotheken-Pfandbriefe in Umlauf	655 466 278,19
Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin	22 666 174,22
Aufwertungsmasse für Pfandbriefe	15 633 195,34
Zur Verteilung bleibender Überschuß	4 812 910,09
	1 034 906 467,79
Außerd. Aval- u. Bürgschaftsverpflicht.	22 778 689,74

Gewinn- und Verlustrechnung 1930.

Soll:	RM
Unkosten und Steuern	15 781 540,63
Beitrag zum Roggen- und Goldpfandbrief-Spezialreservefonds	226 042,46
Beitrag zur Pensionskasse	306 225,—
	16 313 808,09
Zur Verteilung bleibender Überschuß	4 812 910,09
	21 126 718,18

Haben:	RM
Vortrag aus dem Vorjahr	159 439,07
Zinsen-Überschuß im Hypotheken-Geschäfte	4 692 810,44
Provisionen und sonstige Leistungen im Hypotheken-Geschäfte	1 751 681,27
Erträgnisse aus Dauernd. Beteiligung.	770 431,58
„ aus Wertpapieren und Konsortial-Beteiligung.	380 157,33
„ aus Wechseln u. Zinsen, Kupons und Sorten	5 491 757,37
Provisionen	7 880 441,12
	21 126 718,18

München, 3. März 1931.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Charlottenburger Wasser- u. Industriewerke A.G.

Bilanz am 30. September 1930

Aktiva:	RM
Kassenbestand	19 626,20
Beteiligungen und Wertpapiere	1 014 361,20
Neubau	274 876,68
Bankguthaben	1 007 222,80
Ausstehende Forderungen	3 662 766,15
Grundstücke und Gerechtsame	18 335 625,38
Anlage-Konten	53 147 531,44
Bestände	1 847 620,32
Sicherheiten von Kautionsgläubigern	16 863,—
Dem Fiskus gestellte Kautionen	1 960,—
	79 328 453,17

Passiva:		RM
Aktienkapital		60 000 000,—
Noch nicht eingelöste Teilschuldverschreibungen		1 817,—
Bankgläubiger		3 741 254,87
Sonstige Gläubiger		3 391 197,14
Kautionsgläubiger		81 047,27
Rückständige Dividende		32 241,20
Reservefonds		2 948 585,80
Erneuerungsfonds		4 193 596,27
Gewinn- und Verlustkonto:		
Gewinnvortrag aus dem Jahre 1928/29	363 686,93	
Reingewinn 1929/30	4 575 026,69	4 938 713,62
		79 328 453,17

Gewinn- und Verlustrechnung am 30. September 1930

Ausgaben:	RM
Betriebsunkosten	1 786 670,76
Allgemeine Geschäftsunkosten	744 120,09
Steuern, Stempel, öffentliche Abgaben	2 380 516,21
Abschreibungen	52 816,84
Erneuerungsfonds	800 000,—
Reservefonds	240 790,90
Überschuß	4 938 713,62
	10 943 628,42

Einnahmen:	RM
Gewinnvortrag aus dem Jahre 1928/29	363 686,93
Geschäftsgewinn 1929/30	10 579 941,49
	10 943 628,42

Bayerische Vereinsbank

Unter Bezugnahme auf die §§ 9 u. ff. der Statuten geben wir hiermit bekannt, daß **Freitag, den 20. März 1931, vormittags 11 Uhr**, im großen Sitzungssaale des Bankgebäudes Maffeistraße 5 in München die 63. **ordentliche Generalversammlung** der Aktionäre der Bayerischen Vereinsbank stattfinden wird.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Aktionär berechtigt, zur Ausübung des Stimmrechtes oder zur Stellung von Anträgen in der Generalversammlung dagegen nur derjenige Aktionär, welcher spätestens **am 17. März lfd. Js.** seine Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer Effektengirobank bei einer der nachbezeichneten Stellen bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegt.

Hinterlegungsstellen sind:

die **Bayerische Vereinsbank in München und Nürnberg** sowie ihre **sämtlichen Niederlassungen,**

die nachbezeichneten Banken und Bankhäuser, nämlich:

in Berlin:

Mendelssohn & Co.,

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft,

E. L. Friedmann & Co.,

Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien;

in Frankfurt a. M.:

Baß & Herz,

Gebr. Bethmann,

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt a. M.,

Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank,

Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien,

Gebrüder Sulzbach;

in Köln:

A. Levy,

Sal. Oppenheim jr. & Co.;

in München:

Bayerische Staatsbank,

Merck, Finck & Co.;

die **deutschen Effektengirobanken**, diese jedoch nur für die dem Effektengiroverkehr angeschlossenen Bankfirmen.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Auf Grund der ordnungsmäßig erfolgten Hinterlegung werden den Aktionären Bescheinigungen erteilt, welche auf Namen lauten und die zukommende Stimmenzahl enthalten.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Geschäftsberichts des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Jahr 1930.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Verwendung des Reingewinnes.
4. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Wahl der Revisionskommission für 1931.

München und Nürnberg, 25. Februar 1931.

Die Direktion

J. P. Bemberg Aktien-Gesellschaft

Bilanz zum 30. September 1930

Vermögenswerte	RM	₰	RM	₰
Grundstücke			3 166 476	51
Gebäude . . . . . . Best. 1. 10. 29	12 790 221	36		
Zugang	4 116 837	46		
	16 907 058	82		
Abgang	116 183	22		
	16 790 875	60		
Abschreibungen	3 943 577	91	12 847 297	69
Maschinen, Inventar u. Utensilien . . . Best. 1. 10. 29	13 688 363	29		
Zugang	2 171 521	30		
	15 859 884	59		
Abgang	625 132	54		
	15 234 752	05		
Abschreibungen	7 357 715	56	7 877 036	49
Kasse	117 165	33		
Reichsbank und Postscheck	45 837	72	163 003	05
Wechsel und Schecks			729 637	51
Wertpapiere			736 528	97
Bankguthaben			3 556 975	27
Beteiligungen			5 419 945	66
Hypotheken			490 166	78
Patente			1	—
Vorräte:				
Roh- und Hilfsstoffe	1 486 756	82		
Halbfabrikate	1 290 051	55		
Fertigwaren	4 787 231	78	7 564 040	15
Schuldner:				
Waren-Forderungen	4 304 689	65		
Sonstige Forderungen *)	884 544	27		
Transitorische Posten	192 824	85	5 382 058	77
Bürgschaften 1 027 187.50				
Verlust (einschl. Gewinn-Vortrag)			14 000 000	—
			61 933 167	85

*) einschl. RM 322 072.27 Konzernforderungen

Verpflichtungen	RM	₰	RM	₰
Aktienkapital			40 000 000	—
Gesetzliche Rücklage			18 000 000	—
Gläubiger:				
Warenschulden	1 252 503	17		
Sonstige Schulden *)	427 404	98		
Guthaben von selbständigen Kassen und Werksangehörigen	646 382	74		
Transitorische Posten	1 233 630	97	3 559 921	86
Hypotheken			373 245	99
Bürgschaften 1 027 187.50				
			61 933 167	85

*) einschl. RM 71 247.92 Konzernverpflichtungen

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	RM	₰	RM	₰
Handlungsunkosten			2 700 249	97
Steuern			1 440 528	31
Abschreibungen auf Anlagen und Vorräte			7 545 316	70
Gewinn einschl. Gewinn-Vortrag. vor Vornahme der Sonderabschreib.			346 654	37
			12 032 749	35
Sonderabschreibungen auf Beteiligungen und stillgelegte Betriebe			14 346 654	37
			26 379 403	72

Haben	RM	₰	RM	₰
Gewinn-Vortrag			230 936	56
Brutto-Ueberschuß			11 476 025	15
Sonstige Ergebnisse			235 733	30
Zinsen			90 054	34
			12 032 749	35
Gewinn einschl. Gewinn-Vortrag, vor Vornahme der Sonderabschreib.			346 654	37
Verlust			14 000 000	—
			26 379 403	72

Wir haben die vorstehende Bilanz per 30. September 1930 nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung geprüft und bestätigen ihre Uebereinstimmung mit den von uns ebenfalls geprüften, ordnungsgemäß geführten Büchern der Gesellschaft.

Berlin, im Januar 1931. **Deutsche Treuhand-Gesellschaft.**
Horschig. **ppa Wenz.**

Die Generalversammlung vom 21. Februar 1931 hat den vorgelegten Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1929/30, die Bilanz per 30. September 1930 sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung genehmigt und Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt.

In den Aufsichtsrat wurden die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herr **Carl Benrath**, Herr Justizrat **Dr. Paul Wesenfeld** und Herr **Dr. Otto Schwarzschild**, Barmen, wiedergewählt. Herr **F. H. Fentener van Vlissingen**, Utrecht, wurde neu gewählt.

Der § 24 Abs. 1 der Satzung erhält gemäß Beschluß der Generalversammlung folgende Fassung: „Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr".

Wuppertal-Oberbarmen, den 23. Februar 1931.

Der Vorstand.

W. Langenbruch. **Dr. A. Putsch.**

Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten Aktien-Gesellschaft

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir hiermit zu der am

Donnerstag, den 26. März 1931, mittags 12 Uhr,

im Geschäftsgebäude der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin, Mauerstraße 39, I (Eichensaal), stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

mit dem Ersuchen ein, gemäß § 17 des Statutes ihre Aktien spätestens fünf Tage vor der Versammlung

- **bei unserer Gesellschaft in Köln-Deutz, oder**
- **bei dem Bankhaus A. Levy in Köln,**
- **bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Köln.**
- **bei dem Bankhause Deichmann & Co. in Köln,**
- **bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie in Köln,**
- **bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin, Düsseldorf und Essen,**
- **bei dem Bankhause Hagen & Co. in Berlin,**
- **bei der Bank des Berliner Kassenvereins in Berlin, jedoch nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots,**
- **bei dem Bankhause M. M. Warburg & Co in Hamburg**

zu hinterlegen oder einen Depotschein eines deutschen Notars einzureichen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß die Hinterlegung von Reichsbankdepotscheinen wegen der veränderten Verwahrungsbedingungen der Reichsbank kein Recht mehr zur Stimmrechtsausübung gibt.

Tagesordnung:

1. Wiederholte Vorlage der Bilanz und des Geschäftsberichtes des Aufsichtsrates und des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1929/30.
2. Wiederholte Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Verteilung des Reingewinnes sowie die Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1929/30.
3. Vorlage der Bilanz und des Geschäftsberichtes des Aufsichtsrates und des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1930/31.
4. Genehmigung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1930/31 und Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
5. Erteilung der Entlastung für Aufsichtsrat und Vorstand für das Geschäftsjahr 1930/31.
6. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Der Vorstand.

Köln-Deutz, den 2. März 1931.

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft

Bilanz per 30. September 1930.

Aktiva		RM
Grundstücke		27 723 076,—
Gebäude		73 995 000,—
Maschinen		20 859 000,—
Werkzeuge		1,—
Modelle		1,—
Inventar		1,—
Patente		1,—
Warenbestände		88 574 931,35
Kontokorrent		173 945 009,65
Hypotheken		951 000,—
Effekten		165 623 150,01
Kasse		333 071,22
Wechsel		14 714 132,10
Disagio aus Amerika-Anleihen		5 000 000,—
		571 718 374,33

Passiva		RM
Aktienkapital		200 000 000,—
Reservefonds		61 400 000,—
Aufgewertete Markanleihen Serie I bis VIII		14 346 300,—
7% Amerika-Anleihe ..	$ 10 000 000,—	
davon getilgt	$ 343 000,—	
	$ 9 657 000,—	40 559 400,—
6½% Amerika-Anleihe ..	$ 10 000 000,—	
davon getilgt	$ 3 477 000,—	
	$ 6 523 000,—	27 396 600,—
6% Amerika-Anleihe ..	$ 15 000 000,—	63 000 000,—
Hypotheken		3 831 349,51
Wohlfahrtseinrichtungen		7 282 934,08
Gekündigte Vorzugsaktien noch nicht eingelöst		318 220,65
Gekündigte Markanleihe Serie IX noch nicht eingelöst		174 739,24
Dividendeneinlösung, noch nicht eingelöste Dividendenscheine		183 537,33
Anleihezinsen, noch nicht eingelöste Zinsscheine auf Markanleihen		150 560,11
Genußrechte-Zinsen, noch nicht eingelöste Zinsscheine		31 381,65
Guthaben der Sparkasse		27 836 212,91
Kontokorrent		110 975 911,06
Gewinn- und Verlust-Rechnung: Reingewinn		14 231 227,79
		571 718 374,33

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. September 1930.

Debet	RM
Steuern	12 336 277,55
Abschreibungen	3 829 171,50
Bilanz: Reingewinn	14 231 227,79
	30 396 676,84

Kredit	RM
Vortrag aus 1928/29	644 856,99
Geschäftsgewinn	29 751 819,85
	30 396 676,84

Rechtsverbindliche Auflage dieses Heftes 13 000 Exemplare